

Stenographisches Protokoll

86. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 2. April 1952

Inhalt

1. Nationalrat

Angelobung des Abg. Mitterer (S. 3254)

2. Personalien

- a) Krankmeldungen (S. 3254)
- b) Entschuldigungen (S. 3254)

3. Bundesregierung

- a) Schriftliche Anfragebeantwortungen 387 bis 391 (S. 3254)
- b) Erklärungen des Bundeskanzlers Dr. Figl (S. 3254) und des Bundesministers für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Gruber (S. 3256 und S. 3290) zu dem neuen Entwurf des Staatsvertrages
Redner: Koplenig (S. 3263), Dr. Koref (S. 3266), Scharf (S. 3275), Dr. Gorbach (S. 3279), Ernst Fischer (S. 3286), Dr. Herbert Kraus (S. 3292), Huemer (S. 3295) und Dr. Strachwitz (S. 3296)
Entschließungsantrag Ing. Raab, Dr. Pittermann und Dr. Herbert Kraus, betreffend die völkerrechtswidrige Fortsetzung der Besetzung Österreichs durch fremde Armeen (S. 3274) — Annahme (S. 3297)

4. Ausschüsse

Zuweisung des Antrages 115 (S. 3254)

5. Immunitätsangelegenheit

Auslieferungsbegehren des Disziplinarrates der Rechtsanwaltskammer in Wien gegen den Abg. Dr. Scheff — Immunitätsausschuß (S. 3254)

6. Verhandlungen

- a) Gemeinsame Beratung über
 - α) Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (520 d. B.): Gelegenheitsverkehrs-Gesetz (528 d. B.)
Berichterstatter: Wallner (S. 3297)
 - β) Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (522 d. B.): Kraftfahrliiniengesetz 1952 (531 d. B.)
Berichterstatter: Populorum (S. 3299)
Redner: Elser (S. 3300), Krippner (S. 3303), Ebenbichler (S. 3305), Dr. Migsch (S. 3306) und Alois Gruber (S. 3306)
Annahme der beiden Gesetzentwürfe (S. 3307)
- b) Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage (499 d. B.): Zulässigkeit des Verbotes des Betretens von Gast- und Schankgewerbebetrieben durch bestimmte Personen (532 d. B.)
Berichterstatter: Reismann (S. 3308)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3308)
- c) Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage (511 d. B.): Schaffung von Ehren-

zeichen für Verdienste um die Republik Österreich (533 d. B.)

Berichterstatter: Geisslinger (S. 3308)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3308)

Eingebracht wurden

Antrag der Abgeordneten

Brunner, Kapsreiter, Dr. Gorbach u. G., betreffend Abänderung des 2. Verstaatlichungsgesetzes (2. Verstaatlichungsgesetz-novelle) (116/A)

Anfragen der Abgeordneten

Lakowitsch, Kapsreiter u. G. an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe, betreffend die Gebarung der Österreichischen Bundesbahnen im Jahre 1952 (444/J)

Horn, Mark, Rosa Jochmann u. G. an den Bundesminister für Inneres, betreffend eine Novelle zum Staatsbürgerschaftsgesetz (445/J)

Probst, Ferdinanda Flossmann, Horn u. G. an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Information der Abgeordneten über die finanzielle Lage des Bundes (446/J)

Dr. Herbert Kraus, Dr. Pfeifer, Dr. Stüber u. G. an den Bundesminister für Justiz, betreffend den Zeitpunkt der Verfügung nach Abschnitt II Z. 6 Abs. 1 des XIV. Hauptstückes des NS-Gesetzes 1947 (Verfügung über Möbel) (447/J)

Dr. Stüber, Dr. Pfeifer, Dr. Gasselich u. G. an den Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten, betreffend unsere Kriegsgefangenen (448/J)

Dr. Stüber, Dr. Gasselich, Neuwirth u. G. an den Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Kurkommissionen (449/J)

Dr. Stüber, Dr. Pfeifer u. G. an den Bundesminister für Finanzen, betreffend die Einbeziehung der Berufsausrüstung in den Vermögensverfall (450/J)

Dr. Stüber u. G. an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Privatbeteiligung des österreichischen Bundesschatzes im Strafverfahren gegen Dr. Peter Krauland und dessen ehemalige Beamte (451/J)

Anfragebeantwortungen

Eingelangt sind die Antworten

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abg. Dipl.-Ing. Babitsch u. G. (387/A. B. zu 412/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abg. Singer u. G. (388/A. B. zu 393/J)

des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau auf die Anfrage der Abg. Olah u. G. (389/A. B. zu 371/J)

des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau auf die Anfrage der Abg. Bleyer u. G. (390/A. B. zu 427/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abg. Dr. Pfeifer u. G. (391/A. B. zu 377/J)

3254 86. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 2. April 1952

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 5 Minuten

Präsident Kunschak: Die Sitzung ist eröffnet.

Die stenographischen Protokolle der 83. Sitzung und der 84. Sitzung sind in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und daher genehmigt.

Krank gemeldet haben sich die Abg. Maurer und Weinberger.

Entschuldigt haben sich die Abg. Dr. Nemezc, Strasser, Slavik und Gföller.

Der für den Abg. Dr. Margarétha einberufene Abg. Otto Mitterer ist zum ersten Male im Hause erschienen und wird die Angelobung leisten.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abg. Grubhofer, die Angelobungsformel zu verlesen, und den Herrn Abg. Mitterer, die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten.

Schriftführer Grubhofer verliest die Angelobungsformel. — Abg. Mitterer leistet die Angelobung.

Präsident: Der eingelangte Antrag 115 wurde dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Die schriftlichen Anfragebeantwortungen 387 bis 391 wurden den anfragenden Mitgliedern des Hauses übermittelt.

Der Schriftführer wird nunmehr den Einlauf verlesen.

Schriftführer Grubhofer: Vom Disziplinarrat der Rechtsanwaltskammer in Wien ist ein Auslieferungsbegehren gegen den Abg. Dr. Otto Scheff eingelangt.

Das Auslieferungsbegehren wird dem Immunitätsausschuß zugewiesen.

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. h. c. Dipl.-Ing. Figl: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der von den Regierungen der drei westlichen Besatzungsmächte in Österreich ausgearbeitete und der sowjetrussischen Regierung überreichte Vorschlag zur Beendigung der militärischen Besetzung Österreichs hat in der Angelegenheit des österreichischen Staatsvertrages eine Wendung gebracht, zu der der Nationalrat in seiner heutigen Sitzung Stellung nehmen will.

Schon anlässlich der ersten Regierungsbildung im Jahre 1945 habe ich in der Regierungserklärung vor dem Nationalrat als oberstes Ziel unserer Politik die Erreichung der vollen Souveränität und Freiheit Österreichs dargelegt. Die von den Besatzungsmächten an dieses Ziel geknüpften Bedingungen sind

einstweilen von Regierung und Volk in vollstem Maß erfüllt worden. Österreich hat sich von allen Einflüssen der ihm aufgezwungenen politischen Denkart der Jahre 1938 bis 1945 freigemacht und ordnet heute seine öffentlichen Angelegenheiten durchaus im Geiste der Demokratie.

Zweimal bereits hat sich das österreichische Volk seine oberste gesetzgebende Körperschaft im Wege freier, demokratischer Wahlen bestellt und im Vorjahr in gleicher Weise auch sein Staatsoberhaupt gewählt. Mit beispielhaftem Fleiß und unermüdlicher Arbeit war dieses Volk bemüht, seine durch den Krieg völlig zerstörte Wirtschaft wiederaufzubauen und daneben auch seinen kulturellen Aufgaben gerecht zu werden. Mit einer bewundernswerten, von aller Welt anerkannten Disziplin hat das österreichische Volk durch sieben schwerste Jahre alle Entbehrungen getragen und inmitten eines politisch aufgewühlten Europas im Innern seines Landes Ruhe und Ordnung bewahrt. Nichts ist dieses Volk schuldig geblieben, was von ihm zur Wiedererlangung seiner vollen Freiheit und Unabhängigkeit verlangt wurde. Und doch ist ihm heute noch immer die demütigende Rolle auferlegt, wie ein Vasallenvolk leben zu müssen, dem man es nicht zugestehen will, seine Angelegenheiten unabhängig von fremden Einflüssen nach eigenem Willen zu regeln.

Während eine Reihe von Staaten, die aus eigenem Entschluß an der Seite des nationalsozialistischen Deutschlands am Kriege gegen die Alliierten teilgenommen haben, bereits längst ihre Friedensverträge erhielten, muß das im Jahre 1938 als erstes der nationalsozialistischen Macht zum Opfer gefallene Land noch immer darauf warten, als freier Staat anerkannt zu werden. Österreich ist das einzige Land in Europa, in dem noch immer die Fahnen und Embleme der vier Besatzungsmächte als Zeichen seiner Unfreiheit und Abhängigkeit wehen.

In 258 Staatsvertragsverhandlungen ist es bisher nicht gelungen, eine Einigung zwischen den Verhandlungspartnern zu erzielen. Es wird allseits anerkannt, daß die Differenzen minimal waren, als man die Verhandlungen abbrach. Man hätte sich in einer halben Stunde über die noch ausstehenden Artikel einigen können, wenn von allen Seiten der gute Wille vorhanden gewesen wäre. Das österreichische Volk hat diese Einigung heiß ersehnt, obwohl es sich dessen bewußt war, daß damit schwere finanzielle Opfer verbunden sein würden. Aber unglücklicherweise war dieser Wille zur Einigung nicht überall vor-

handen. Die Besetzung hat weiterhin ange-dauert, und sie kostet uns bis jetzt ungefähr den halben Banknotenumlauf, auf alle Fälle aber weit, weit mehr als den im Staatsvertrag vorgesehenen Betrag von 150 Millionen Dollar, der als Ablöse für Fabriken, Liegenschaften und ländlichen Besitz bestimmt war, die man zum überwiegenden Teil unzutreffend als „deutsches Eigentum“ bezeichnete.

Seit 1949 ruhen die Verhandlungen über den Staatsvertrag tatsächlich, und im Jänner dieses Jahres kam es soweit, daß eine von den westlichen Regierungen nach London einberufene Sitzung der Sonderbeauftragten nicht stattfinden konnte, weil einer der vier Delegierten zur Sitzung einfach nicht erschienen war. Bis zu diesem Zeitpunkt waren es alle möglichen und unmöglichen Vorwände, mit denen der Abschluß des Staatsvertrages verhindert werden sollte.

Das österreichische Volk hat für diese Vorgänge genug Feingefühl, um zu erkennen, daß es nicht sachliche, in einzelnen Bestimmungen des Vertragsentwurfes begründete Einwände sind, die den Vertrag verhinderten, sondern rein machtpolitische Erwägungen, denen das Recht bisher weichen mußte. Der Rücken des österreichischen Volkes ist aber nicht breit und stark genug, um die materiellen Folgen eines solchen Zustandes länger tragen zu können. Und sein Rechtsgefühl wehrt sich entschieden dagegen, daß auf seinem Rücken weltpolitische Konflikte zu seinem Schaden ausgetragen werden. Wir glauben, daß es an der Zeit ist, diesem Zustand ein Ende zu bereiten, einem Zustand, der nicht nur für Österreich, sondern vor allem auch für die vier großen Mächte, die dieses kleine Land noch immer militärisch besetzt halten, unwürdig ist.

Die Westmächte haben einen neuen Versuch unternommen, Österreich die Freiheit wiederzugeben. Wir selbst waren bisher keine Verhandlungspartner, wir können auf den sachlichen Inhalt eines Abkommens über Österreich keinen allzu großen Einfluß nehmen, aber eines können wir, und das wollen wir heute tun — hier vom Forum der österreichischen, demokratisch gewählten Volksvertretung aus: unsere Stimme erheben gegen das Unrecht, das dem österreichischen Volk angetan wird, gegen die Nichterfüllung des feierlichen Versprechens, das mit der Moskauer Deklaration vom Jahre 1943 Österreich gegeben und im Jahre 1945 feierlich wiederholt wurde! Es ist die Stimme eines Volkes, das sieben Jahre nach Kriegsende durch seine Leiden und durch sein mustergültiges Verhalten ein Anrecht darauf erworben hat, als europäisches Kulturvolk mit einer jahrhundertealten Tradition behandelt zu werden.

Dieses Volk will nichts anderes, als in Ruhe in seinem freien und ungeteilten Vaterland leben und arbeiten können. Ich betone hier besonders das Wort „ungeteilt“. Für uns wäre kein Vertrag annehmbar, der nicht Österreich in seiner Gestalt vom 1. Jänner 1938 mit einer Regierung mit vollen Souveränitätsrechten für das ganze Bundesgebiet wiederherstellen würde. *(Lebhafte Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU.)* Aus diesem Grunde kommen für uns auch keinerlei Separatverträge in Frage, da wir genau wissen, daß derlei Verträge unser Ziel gefährden und über kurz oder lang zu einer Gefahr für unsere Heimat werden könnten. So entschieden wir unser Ziel der Wiedererrichtung eines freien und ungeteilten österreichischen Staates verfolgen, so entschieden treten wir allen Bestrebungen entgegen, die den bisherigen Zustand verewigen wollen und die aus rein propagandistischen Gründen Erfindungen in die Welt setzen, um die Räumung Österreichs zu verhindern. *(Erneuter Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU.)*

Eine der tollsten Erfindungen auf diesem Gebiet ist wohl das Märchen von der Remilitarisierung Österreichs. Man muß nur über die Grenzen schauen und die Aufrüstung verschiedener Nachbarstaaten betrachten, die heute schon über zahlenmäßig bedeutende und wohlausgerüstete Armeen verfügen. Wenn man im Vergleich dazu unsere bescheidenen Polizei- und Gendarmeriekräfte als Zeichen einer Remilitarisierung bezeichnet, dann kann man dies bestenfalls als Witz bezeichnen. Es ist bedauerlich, daß Österreicher versuchen, mit derartigen Märchen den Abschluß des Staatsvertrages hintanzuhalten. *(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.)*

Ich glaube als Chef der Österreichischen Bundesregierung, aber auch persönlich berechtigt zu sein, an die vier Besatzungsmächte einmal ein sehr offenes Wort zu richten. Man möge dieses offene Wort nicht als Vorwurf, sondern bloß als Feststellung betrachten. In wenigen Tagen jährt sich zum siebentenmal das Datum der Befreiung Österreichs. Damals wurde auch auf österreichischem Boden der Krieg beendet, und unser Volk erhoffte und ersehnte nach Jahren des Leidens, endlich wieder Freiheit und Unabhängigkeit zu erhalten. Vor wenigen Tagen aber waren es genau 14 Jahre, da die ersten österreichischen Häftlinge in den Konzentrationslagern Hitlers eingetroffen sind. Damals, als Österreich besetzt wurde, waren sich die vier Großmächte über ihre Haltung nicht einig. Und so ist niemand dem kleinen Österreich zu Hilfe geeilt, das Unrecht wurde nicht verhindert. Wir Österreicher waren die ersten ausländischen Gäste in Hitlers Zwangslagern. Tausende starben, die Überlebenden aber

hofften auf Befreiung. Die Staatsmänner, die damals die Geschicke der vier Großmächte leiteten und die die Besetzung Österreichs ruhig hinnahmen, waren der Meinung, ihr Bestes zu tun, wenn sich auch nachher herausstellte, daß gerade durch ihr Verhalten der Weltbrand nur noch mehr entfacht wurde und das Menschenmorden ins Gigantische wuchs.

Aber warum soll Österreich diese Irrtümer büßen? Warum sollen wir, die ersten Opfer, am längsten leiden? Ist es nicht ein Hohn auf jede Gerechtigkeit, wenn das Verbrechen Hitlers an Österreich durch die, die sich die Befreier von diesem Tun nennen, verewigt wird? Ich will jetzt keine Staaten nennen, die an der Seite Hitlers marschiert sind und schon längst ihre Freiheit erhalten haben. Wir neiden niemandem seine Freiheit, wir wünschen sie der ganzen Welt, aber wir beanspruchen sie mit vollem Recht auch für uns. *(Starker Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU.)*

Von dieser Tribüne des Parlamentes aus rufe ich in die Welt: Macht dem schmachvollen Zustand in Österreich ein Ende, befreit dieses kleine, arbeitsame und lebensmutige österreichische Volk von seiner Knechtung und gebt ihm seine Freiheit! *(Erneuter starker Beifall.)* Hier, auf österreichischem Boden, ist die einmalige Gelegenheit gegeben, den vielfachen Demonstrationen für den Frieden eine Tat des Friedens folgen zu lassen. *(Lebhafte Zustimmung bei ÖVP, SPÖ und KdU.)* Vollbringt sie, ihr Großen der Welt, diese Tat, und Österreich wird in seiner künftigen Politik beweisen, daß es nichts anderes will, als mit allen Völkern, die guten Willens sind, in Freundschaft und in Frieden leben. *(Stürmischer anhaltender, sich immer wieder erneuernder Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Gruber. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Karl Gruber: Hohes Haus! Wie dem Hohen Hause bekannt ist, hat die Bundesregierung im Herbst des vergangenen Jahres die Initiative ergriffen, um die vollkommen ins Stocken geratenen Verhandlungen über den Abschluß eines österreichischen Staatsvertrages wieder in Gang zu bringen. Zu diesem Behufe hat sie unter dem 31. Oktober eine Note an die amerikanische Regierung als diejenige Macht, die turnusmäßig eine neue Sitzung der Stellvertretenden Außenminister zur Beratung des Staatsvertrages einberufen hatte, gerichtet.

Dem Wunsche der Bundesregierung entsprechend, berief der USA-Vertreter bei der

Stellvertretenden Außenminister-Konferenz mit Note vom 28. Dezember eine Sitzung für den 21. Jänner in London ein. Die sowjetische Antwortnote vom 18. Jänner 1952 auf diese Einladung hatte folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Passant!

Indem ich den Empfang Ihres Schreibens vom 28. Dezember über die Frage der Einberufung einer Konferenz der Stellvertretenden Außenminister zur Vorbereitung eines Staatsvertrages mit Österreich, die am 21. Jänner in London stattfinden soll, bestätige, halte ich es für notwendig, Nachstehendes festzustellen:

Bekanntlich hat die Sowjetdelegation bei der letzten Konferenz der Stellvertreter den Vorschlag eingebracht, in allen vier Zonen Österreichs eine Untersuchung über die Durchführung der Beschlüsse der vier Mächte, betreffend die Demilitarisierung und Denazifizierung durch die österreichische Regierung zu veranlassen, damit der Alliierte Rat einen Bericht über die Resultate dieser Untersuchung vorlegen kann.

Eine derartige Untersuchung ist in der gegenwärtigen Zeit noch wichtiger geworden als früher.

Die Sowjetdelegation hat bei der Stellvertreterkonferenz auch mehrfach darauf hingewiesen, daß unter den obwaltenden Umständen die Frage eines Vertrages mit Österreich nicht unabhängig von der Frage der Durchführung der Verpflichtungen der Regierungen von England, den Vereinigten Staaten und Frankreich aus dem Friedensvertrag mit Italien, soweit diese die Errichtung eines Freistaates Triest betreffen, betrachtet werden kann.

Dies wurde bis jetzt nicht getan wegen der Opposition der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs, während Triest in eine anglo-amerikanische Militärbasis umgewandelt wurde. Welche Garantie gibt es unter derartigen Umständen für die Durchführung eines Vertrages mit Österreich?

Im Zusammenhang mit dem Vorschlag, eine neue Konferenz der Stellvertreter einzuberufen, verlangt die sowjetische Delegation, von dem Einverständnis der britischen Regierung und auch der amerikanischen und französischen Regierung unterrichtet zu werden, bei dieser Stellvertreterkonferenz die obgenannten Vorschläge der sowjetischen Delegation zu prüfen, betreffend die Ausführung einer Viermächteuntersuchung in Österreich und die Durchführung des Beschlusses über das Freie Territorium von Triest.

Kopien dieses Schreibens wurden von mir auch den Vertretern der Vereinigten Staaten

und Frankreichs bei der Stellvertreterkonferenz für die Vorbereitung eines österreichischen Vertragsentwurfes übermittelt.

Ihr aufrichtiger

Yeropmeyev m. p.
Chargé d'aff. ad interim der UdSSR
in Großbritannien

Die Sowjetunion machte also ihre Teilnahme an weiteren Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag von zwei Bedingungen abhängig, die wohl einer näheren Beleuchtung wert erscheinen.

Beginnen wir mit der sogenannten „Remilitarisierung Österreichs“. Diese immer wieder abgewandelte und vollkommen grundlose Beschuldigung läßt sich auf zwei Behauptungen reduzieren:

1. Die Westmächte errichten in Österreich eine Alpenfestung.
2. Österreich werde remilitarisiert.

Selbst nach der zur Stützung dieser Behauptungen im Auftrage der Kominform verfaßten Propagandaschrift, die sich hochtrabend „Weißbuch“ nennt, beschränkt sich die Errichtung dieser Alpenfestung hauptsächlich auf den Bau angeblich strategischer Straßen. So wird zum Beispiel eine Verbindungsstraße von Wels nach Braunau, über deren Notwendigkeit sich seit Jahren jeder Straßensachmann klar ist, in den Rang einer „Panzerrollbahn“ erhoben. (Heiterkeit.) Die Neutrassierung der Straße Waidring—St. Johann in Tirol, eines besonders schmalen, kurvenreichen und gefährlichen Straßenstückes der österreichischen Bundesstraße Nr. 1, avanciert ebenfalls zum strategischen Straßenbau.

Stellen wir uns nun einmal vor, die Londoner Stellvertreterkonferenz würde gemäß den sowjetischen Vorschlägen beauftragt werden, eine Untersuchung über die behauptete Remilitarisierung Österreichs durchzuführen. Ich überlasse es Ihrer eigenen Phantasie, Berechnungen darüber anzustellen, wie viele Jahre wohl vergehen würden, bis sich diese Kommission auf einen gemeinsamen Bericht einigen würde.

Nehmen wir immerhin an, ein solcher Beschluß käme irgendeinmal zustande. Was wäre seine praktische Folge? Die Straße Wels—Braunau müßte vielleicht wieder zerstört und in Ackerland rückverwandelt werden. Das gleiche Schicksal träfe die Straßen in Waidring, in Kundl usw. Die berühmte Militärstadt bei Salzburg, von der wir alle hoffen, daß sie recht bald der österreichischen Bevölkerung für Wohnzwecke zur Verfügung stehen wird, würde auch dem Erdboden gleichgemacht werden müssen. Die sowjetische Besatzungsmacht würde als Gegen-

leistung ihre umfangreichen militärischen Installationen in ihrer Zone zu zerstören haben.

Nehmen wir nun die zweite der sowjetischen Behauptungen, Österreich habe seine Gendarmerie in kriegerischer Absicht verstärkt, ja diese Gendarmerie sei sogar schon zu einer Gefährdung des Friedens geworden. Gesetzt den Fall, alle vier Mächte würden sich diese, ernstlich wohl kaum vertretbare russische Auffassung zu eigen machen und Österreich verpflichten, den Stand der Gendarmerie von 11.304 Mann wieder auf 10.000 herabzusetzen. Was hätte ein solches Begehren für einen Sinn, wenn Österreich auf Grund der Bestimmungen des Vertragsentwurfes befugt wäre, 58.000 Mann Militär einschließlich Gendarmerie aufzustellen? Kann es der russischen Diplomatie als wichtiges Ziel vorschweben, den Stand der österreichischen Gendarmerie für ein paar Monate um einige Prozente zu vermindern und gleichzeitig zuzustimmen, daß dieser Stand später auf das Vertragsoll erhöht wird? Wo liegt da die Logik?

Aber selbst wenn es gelingen würde, das Problem der sogenannten Remilitarisierung auf irgendeine Weise aus der Welt zu schaffen, dann harrte die zweite Frage, nämlich Triest, ihrer Lösung, die den Weg zum Staatsvertrag verbartikadiert.

Wir müssen hier fragen: Was hat Triest mit dem Staatsvertrag überhaupt zu tun? (Zustimmung.) Der Freistaat Triest wurde bekanntlich geschaffen, weil sich Italien und Jugoslawien beziehungsweise die sie protegierenden Mächte nicht über die territoriale Abgrenzung einigen konnten.

Nehmen wir nun an, daß sich morgen Italien und Jugoslawien über Triest einigen, ein Vorgang, der doch von jedem friedliebenden Menschen begrüßt werden müßte. Könnten wir dann hoffen, daß die sowjetische Diplomatie erklären würde, die Frage Triest habe sich damit erledigt und der Weg zum Staatsvertrag sei frei geworden, oder würde dann nicht wieder eine andere Sache, vielleicht die Frage von Formosa oder die Frage von Kaschmir, mit dem österreichischen Staatsvertrag in Konnex gebracht werden? (Erneute Zustimmung bei ÖVP, SPÖ und KdU.)

Was soll man von der sowjetischen Argumentation, daß erst die Räumung Triests eine Garantie für die Räumung Österreichs schaffe, halten? Triest ist nur von einer Mächtegruppe besetzt. Ob sie dieses Gebiet räumt, hängt also von ihr allein ab. Ganz anders aber in Österreich. Beide Vertragsentwürfe sehen die gleichzeitige Räumung durch die westlichen und die östlichen Truppen vor. Militärische Einrichtungen in Österreich gäbe es dann nur noch im Rahmen des künftigen Bundes-

heeres. Niemand mutet den Sowjets zu, das Land auch nur einen einzigen Tag vor den Truppen der anderen Mächte zu verlassen. Und gerade darin, daß alle Mächte gehalten sind, Österreich gleichzeitig zu räumen, liegt die Garantie für die Erfüllung des Vertrages, nicht aber in dem Begehren, die Erfüllung des Vertrages durch den Abschluß eines anderen Vertrages zu sichern. Entweder hat man das Vertrauen zur Vertragserfüllung, dann bedarf es keines Vertragsvertrages, oder man hat es nicht, dann nützt auch kein zweiter Vertrag, um den ersten zu stützen. Nur wäre es dann aufrichtiger und wohl auch nützlicher, klar zu erklären: Wir wollen den österreichischen Staatsvertrag nicht! (*Zustimmung.*)

Es ist gerade heute angemessen, rückblickend den Weg der Vertragsgeschichte zu verfolgen. Jahrelang kreisten die Bestrebungen der sowjetischen Delegierten um die Erfüllung ihrer Forderungen aus dem Titel des Deutschen Eigentums. Es war alles eher als leicht, diese Forderungen zu erfüllen, weil sie von vielen für unberechtigt und übertrieben angesehen wurden. Im Interesse unserer Freiheit und des Weltfriedens haben wir es trotzdem für richtig befunden, einem entsprechenden Kompromiß das Wort zu reden, in der Hoffnung, daß damit ein wichtiger Schritt zur Herstellung friedlicher Nachkriegsbeziehungen getan werde. In dieser Hoffnung wurden wir durch sehr eindeutige sowjetische Zusicherungen bestärkt. Sowjetischerseits wurde mir persönlich, aber auch den Vertretern der Westmächte, wiederholt erklärt, die letzten Hindernisse für den Vertragsabschluß würden wegfallen, sobald die sowjetischen Ansprüche aus dem Deutschen Eigentum erfüllt seien. Außenminister Wyschinski setzte seine Unterschrift unter das Pariser Protokoll vom Juni 1949, das als Gegenleistung der Erfüllung der sowjetischen Forderungen den raschen Abschluß des Staatsvertrages vorsah.

Recht behielten freilich jene, die von allem Anbeginn den sowjetischen Zusicherungen skeptisch gegenüberstanden. Wir haben versucht, diesem Pessimismus immer wieder entgegenzutreten, weil man Vereinbarungen auf keinen Fall durch pessimistische Meinungen entwerten darf, selbst auf die Gefahr hin, durch Tatsachen desavouiert zu werden. So sind wir bis zu einem gewissen Grad das Opfer unseres Vertrauens in die sowjetische Außenpolitik geworden.

Ich bin mir sehr wohl dessen bewußt, daß die Nachkriegswelt heute vielleicht auf einem Scheidewege steht. Nichts liegt uns ferner, als in dieser neuen Phase der internationalen Beziehungen Schwierigkeiten zu machen oder gar Öl ins Feuer zu gießen. Wenn ich trotzdem meine auf Grund jahrelanger Verhandlungen

mit russischen Diplomaten gesammelten Erfahrungen in der Feststellung zusammenfasse, daß die russischen Unterhändler es bisher meisterhaft verstanden haben, einer Verständigung aus dem Wege zu gehen, so tue ich es deshalb, weil ein realistischer Rückblick auf die bisherigen Verhandlungen erst die Grundlage für unsere weitere Einstellung geben kann.

Freilich muß man sich die Frage vorlegen, ob die bisherige Politik wirklich im Interesse der Sowjetunion gelegen war. Angenommen, der Staatsvertrag wäre 1949 abgeschlossen worden und die Welt wäre in den folgenden Jahren statt der Abenteuer in Korea Zeuge der einvernehmlichen Räumung unseres Landes geworden. Dann würden in den Vereinigten Staaten heute vielleicht nur 16 Milliarden Dollar für die Rüstung ausgegeben werden. Von einer deutschen Aufrüstung wäre wahrscheinlich überhaupt niemals die Rede gewesen. Der Anreiz für die deutsche Öffentlichkeit, einen energischen Versuch zur Wiedervereinigung Deutschlands unter einer gemeinsamen Regierung zu unternehmen, wäre vielleicht überwältigend. Vor allem aber gäbe es heute eine breite öffentliche Weltmeinung, die weitere Verhandlungen zwischen den Mächten mit Optimismus stützen würde.

Vergleicht man diese mögliche und wahrscheinliche Entwicklung mit dem, was tatsächlich eingetreten ist, so muß man sich die Frage vorlegen, ob nicht eine rechtzeitige gründliche Revision der sowjetischen Außenpolitik ihr größere Vorteile für die Konsolidierung ihrer durch die Leistungen der Roten Armee erzielten Erfolge gebracht hätte.

Die Sowjetunion hat sicherlich im letzten Kriege schwere Opfer gebracht. Sie hat aber auch aus dem Sieg die größten Vorteile gezogen. Wenn man bedenkt, daß Großbritannien lange Zeit den Krieg völlig allein geführt und seine ganzen finanziellen Reserven geopfert hatte, ohne irgend etwas Konkretes zu gewinnen, so wird es besonders augenfällig, in welcher verschiedenen Weise sich die Erfolge des Krieges verteilt haben. Die Sowjetunion hat sich Ostpolen, die baltischen Staaten, Bessarabien, einen Teil der Tschechoslowakei, Teile Finnlands und Deutschlands, Süd-Sachalin und andere Inseln des Pazifischen Ozeans eingegliedert. Im Westen und Osten der Sowjetunion sind riesige Gebiete in ein starkes Bündnissystem eingegliedert worden. Entgegen den Beschlüssen von Jalta wurde in diesen Bündnisländern die freie Demokratie beseitigt und jeglicher westliche Einfluß ausgeschaltet. Die politische Reaktion hierauf ist das tiefverwurzelte und einmütige Mißtrauen der westlichen Völker gegen die kommunistische Welt. Mag sein, daß man im Osten diese politische Entwicklung als Gegen-

posten zu den territorialen Gewinnen nicht besonders hoch einschätzt.

Nach Kriegsschluß hat es auch im Westen nicht wenige gegeben, die jedermann davon zu überzeugen versuchten, es sei ein berechtigtes Begehren der sowjetischen Politik, sich ein Glacis sogenannter „freundschaftlicher“ Regierungen zu schaffen. Heute ist freilich von jenem Glacis keine Rede mehr. Jene Glacisvölker gehören zum festen Bestand des östlichen Bündnissystems. Heute ist schon von einem neuen Glacis neutraler Staaten in Mitteleuropa die Rede.

Lassen Sie mich wiederum dieses Programm mit den Tatsachen konfrontieren. Die uns in diesem Zusammenhang warm empfohlene Neutralität hat zunächst einen internationalen politischen Aspekt, und zwar insoweit, als ihre Funktion darin bestehen soll, als eine Art Puffer zwischen zwei Welten zu wirken. Von diesem Gesichtspunkte aus gesehen, müßte jeder vernünftige Mensch wohl der Ansicht sein, daß eine neutrale Tschechoslowakei genau so nützlich wäre wie ein neutrales Österreich. Wie würden aber die kommunistischen Propagandisten aufschreien, wenn man das Verlangen stellen wollte, die Tschechoslowakei müsse ihre östliche Orientierung aufgeben und fernerhin einer Zone neutraler Staaten in Europa angehören.

Diese Feststellung ist von großer Bedeutung, weil aus ihr hervorgeht, daß den Kommunisten die Neutralität nicht als friedensförderndes System, als Element eines fairen Gleichgewichtes dienen soll, sondern als ein Trojanisches Pferd, um die Volksdemokratie in heute noch freie Gebiete einzuschmuggeln. Das ist noch viel klarer erkennbar, wenn wir den Begriff der Neutralität vom völkerrechtlichen Standpunkt aus näher betrachten; er hat bestimmte Verhaltensnormen zum Inhalt, zum Beispiel kann ein neutrales Land nicht Kriegsteilnehmer sein und darf keinem anderen Staate militärische Vorteile einräumen. Diese völkerrechtliche Neutralität ist für uns aus verschiedenen Gründen eine Selbstverständlichkeit.

Unser Volk ist wohl bereit, seinen Heimatboden nötigenfalls zu verteidigen, aber nicht, sich an kriegerischen Unternehmungen anderer zu beteiligen. (*Lebhafte Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU.*) Brähe nun morgen ein Krieg aus, ohne daß Österreich schon geräumt ist, und würden die Besatzungsmächte, anstatt aufeinander zu schießen, friedlich gegenseitig Trinksprüche austauschen, dann würde bei uns wohl niemand so töricht sein, diesen paradiesischen Zustand dadurch zu unterbrechen, daß er mit einer der uns verbliebenen Jagdfinten auf eine der Besatzungsmächte zu schießen beginnen würde. (*Heiterkeit und*

lebhafter Beifall.) Brähe der Krieg aber nach der Räumung des Landes aus, so würde das österreichische Parlament sicher nicht bereit sein, sich für eine Kriegsteilnahme zu entschließen, solange das Land nicht selbst überfallen wird. Übrigens hat die Bundesregierung wiederholt, zuletzt in der Anfragebeantwortung an den Abg. Koplenig, erklärt, daß sie nicht beabsichtige, sich irgendeinem aggressiven Mächteblock anzuschließen.

Die kommunistische Propaganda meint aber, wenn sie von Neutralität spricht, nicht die Neutralität im völkerrechtlichen Sinne, also einen klar umschriebenen, völkerrechtlichen Normen unterworfenen Zustand, sie versucht vielmehr, unter dem Begriff „Neutralität“ uns die Verpflichtung einzuwirtschaften, den militanten Kommunismus in Österreich zu tolerieren, ihm neue Aktionsmöglichkeiten einzuräumen, ihm an der Macht zu beteiligen und ihm in der Politik eine unserer Verfassung fremde Stellung einzuräumen. Der Zweck einer solchen Machination liegt klar auf der Hand, nämlich uns aller Widerstandsmöglichkeiten gegen die aggressive kommunistische Minorität zu berauben.

Als Beispiel für Neutralität wird uns oft die Politik der Schweiz vor Augen geführt. Dabei wird jedoch gerne verschwiegen, daß die Schweiz über eine erstklassige Wehrmacht verfügt, für die das Land beispiellose Opfer bringt, und daß sie den Wehrwillen ihrer Bürger ständig stärkt, um gegen einen etwaigen Angriff gerüstet zu sein. Die neutrale Schweiz ist also nach der Phraseologie der Kommunisten ein remilitarisierter Staat. Beweist man also nicht durch die Propaganda gegen jede Wehrmöglichkeit unseres Landes, daß man nicht ein neutrales Österreich, sondern ein wehrloses Österreich im Sinne hat? Nebenbei bemerkt ist die Schweiz Mitglied der Organisation für Europäische Zusammenarbeit in Paris. Sie wissen selbst, daß einer der Hauptvorwürfe gegen unser Land darin besteht, daß wir gleichfalls in dieser Organisation mitarbeiten. Wer übrigens die offizielle außenpolitische Zeitschrift der Sowjetunion „Die neue Zeit“ aufmerksam verfolgt, wird wissen, welche Würdigung die Schweizer Neutralität in Moskau findet.

Man spricht aber auch von Finnland. Was hatte dieses Land aber für seine relative Freiheit zu bezahlen, die es als unmittelbarer Nachbar der Sowjetunion genießt? Im Friedensvertrag mußte es nicht nur Teile seines Staatsgebietes an die Sowjetunion abtreten. Es mußte außerdem mit der Sowjetunion einen Schutz- und Beistandsvertrag abschließen, der es im Falle eines Krieges leicht verpflichten könnte, an der Seite der

Sowjetunion in den Krieg zu ziehen. All das sind für Sie keine Neuigkeiten. Aber es ist doch vielleicht nützlich, diese Tatsachen zusammenzufassen, um den demagogischen und intriganten Charakter jener Propaganda zu enthüllen, die uns veranlassen möchte, unsere Politik zu ändern; eine Politik, die lediglich darin besteht, jeden Versuch energisch abzuwehren, uns durch außerverfassungsmäßige Mittel unter Druck zu setzen. Eine solche Politik heißt bekanntlich im Jargon der Kommunisten „einseitige westliche Orientierung“. Wer sich Moskau nicht freiwillig unterwerfen will, wird zum Knecht anderer Staaten gestempelt. Freilich sind wir gegen derartiges Gerede längst abgehärtet. Die österreichische Politik bleibt, was sie ist: der Ausdruck des Freiheitswillens unseres Volkes. *(Lebhafte Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU.)*

Vor einiger Zeit habe ich dem Hause den alten Staatsvertrags- und heute den abgekürzten Vertragstext vorgelegt. Der bisherige, so lang und vergeblich verhandelte Staatsvertragsentwurf enthält Bestimmungen, die Österreich schwerste Lasten aufbürden würden. Innerhalb sechs Jahren vom Tage des Räumungsbegins an hätte Österreich 150 Millionen Dollar Ablöse für das durch einseitiges Begehren in Anspruch genommene Deutsche Eigentum zu bezahlen. Die gesamten Aktiven der DDSG in der östlichen Besatzungszone und der größere Teil der Ölfelder müßten für Jahrzehnte der Sowjetunion zur Ausbeutung überlassen werden.

Wir sind seinerzeit diese Verpflichtungen eingegangen in der Annahme, daß der Vertrag unverzüglich unterzeichnet und die Räumung Österreichs durch alle vier Großmächte durchgeführt würde. In dieser Hoffnung wurden wir enttäuscht. Unsere Ölfelder werden von der Besatzungsmacht schon seit Jahren ausgebeutet, ohne daß wir heute wissen, wie lange dieser Zustand noch andauern wird. Wir müssen uns daher vorbehalten, bei der endgültigen Abrechnung über diesen Punkt noch sehr eingehend zu sprechen. *(Lebhafte Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU.)*

Sie wissen selbst, wie die Verhandlungen über den Staatsvertrag immer schleppender wurden, um schließlich durch sowjetische Weigerung, an weiteren Besprechungen teilzunehmen, vollkommen ins Stocken zu geraten.

An dieser Stelle möchte ich bekanntgeben, daß die Westmächte bereit waren, bei der im Jänner geplanten Sitzung der Stellvertretenden Außenminister die noch wenigen offenen Punkte im Sinne der russischen Vorschläge im wesentlichen anzunehmen und den Vertrag zu unterschreiben. Erst die sowjetische Weigerung, sich an weiteren Diskussionen zu beteiligen, hat eine Lage geschaffen, die es erforderlich

machte, nach neuen Verhandlungswegen zu suchen.

Die Westmächte haben am 13. März 1952 der Sowjetunion einen neuen Vertragsentwurf überreicht, der folgenden Wortlaut hat:

Ich übergehe die Präambel und gehe sofort in die Verlesung der einzelnen Artikel des Vertragsentwurfes ein.

„Artikel 1

Die Alliierten und Assoziierten Mächte anerkennen, daß Österreich als ein souveräner, unabhängiger und demokratischer Staat wiederhergestellt ist.

Artikel 2

1. Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären, daß sie die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit Österreichs, wie sie gemäß dem vorliegenden Vertrag festgelegt sind, achten werden.

2. Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären, daß eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung zwischen Österreich und Deutschland verboten ist. Österreich anerkennt voll und ganz seine Verantwortlichkeiten auf diesem Gebiet.

Artikel 3

Die Grenzen Österreichs sind jene, die am 1. Jänner 1938 bestanden haben.

Artikel 4

1. Das Übereinkommen über den Kontrollapparat in Österreich vom 28. Juni 1946 verliert mit dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages seine Wirksamkeit.

2. Mit dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages hört die gemäß § 4 des Abkommens über Besetzungszonen in Österreich und die Verwaltung der Stadt Wien vom 9. Juli 1945 errichtete interalliierte Regierungsbehörde (Komendatura) auf, irgendwelche Funktionen hinsichtlich der Verwaltung der Stadt Wien auszuüben. Das Übereinkommen über die Besetzungszonen in Österreich tritt mit der Beendigung der Räumung Österreichs durch die Streitkräfte der Alliierten und Assoziierten Mächte und jedenfalls mit dem Ablauf von 90 Tagen, angefangen vom Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages, außer Kraft.

3. Die Streitkräfte der Alliierten und Assoziierten Mächte und die Mitglieder der Alliierten Kommission für Österreich werden so bald wie möglich und jedenfalls innerhalb von 90 Tagen, angefangen vom Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages, aus Österreich zurückgezogen.

4. Die österreichische Regierung wird den Streitkräften der Alliierten und Assoziierten Mächte und den Mitgliedern der Alliierten

86. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 2. April 1952 3261

Kommission für Österreich bis zu ihrer Zurückziehung aus Österreich alle Rechte, Immunitäten und Erleichterungen gewähren, die ihnen unmittelbar vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages zustanden.

5. Die Alliierten und Assoziierten Mächte verpflichten sich, der österreichischen Regierung innerhalb des festgesetzten Zeitraumes von 90 Tagen zurückzustellen:

- a) alle Zahlungsmittel, die den Alliierten und Assoziierten Mächten für Okkupationszwecke kostenlos zur Verfügung gestellt worden und im Zeitpunkt der Beendigung der Zurückziehung unverausgabt geblieben sind;
- b) alles österreichische Eigentum, das von alliierten Streitkräften oder von der Alliierten Kommission requiriert wurde und sich noch in deren Besitz befindet.

Artikel 5

Von Österreich werden keine Reparationen verlangt, die sich aus dem Bestehen eines Kriegszustandes in Europa nach dem 1. September 1939 ergeben.

Artikel 6

Jede der Alliierten und Assoziierten Mächte soll innerhalb des in Artikel 4 festgesetzten Zeitraumes von 90 Tagen alles Eigentum — unbewegliches und bewegliches jeder Art —, das sich als deutsches Eigentum oder Kriegsbeute in Österreich in ihrem Besitz befindet oder von ihr beansprucht wird, an Österreich zurückgeben.

Artikel 7

1. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen, das sich mit Deutschland im Kriegszustand befunden hat, den Status einer Vereinten Nation am 8. Mai 1945 besaß und nicht Signatar des vorliegenden Vertrages ist, kann dem Vertrag beitreten und ist nach Beitritt für die Zwecke des Vertrages als Assoziierte Macht anzusehen.

2. Die Beitrittsurkunden sollen bei der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hinterlegt werden und treten mit der Hinterlegung in Kraft.

Artikel 8

Der vorliegende Vertrag, dessen russischer, englischer und französischer Text authentisch ist, soll ratifiziert werden. Er tritt unmittelbar nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, durch das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, durch die Vereinigten Staaten von Amerika und durch Frankreich einerseits und durch Österreich andererseits in Kraft. Die Ratifikationsurkunden sollen in möglichst kurzer Zeit bei

der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hinterlegt werden.

Der Vertrag soll bezüglich jeder Alliierten oder Assoziierten Macht, die gemäß Artikel 7 dem Vertrage beitrifft und deren Ratifikationsurkunde hienach hinterlegt wird, am Tag der Hinterlegung in Kraft treten.

Der vorliegende Vertrag soll in den Archiven der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hinterlegt werden, die jedem der Signatarstaaten beglaubigte Abschriften übermitteln wird.“

Der abgekürzte Entwurf des Staatsvertrages, den ich lieber als ein Räumungsprotokoll bezeichnen möchte, stellt eine Verhandlungsbasis dar, die das österreichische Problem von dem Wirrwarr ungelöster untergeordneter Fragen befreit.

Es ist heute ziemlich klar geworden, daß nur allgemeine politische Umstände, wie sie sich aus der fortschreitenden Entwicklung der Weltlage ergeben werden, die Sowjetunion bewegen können, die allen Grundsätzen internationaler Moral hohnsprechende Besetzung des Landes gleichzeitig mit den anderen Besetzungen aufzuheben. Es versteht sich, daß wir heute noch nicht den Preis bestimmen können, der bei Unterzeichnung des Vertrages als Gegenleistung für die Räumung als angemessen zu betrachten sein wird. Diese Frage wird unter Berücksichtigung aller die internationale Lage bestimmenden Faktoren das Parlament zu entscheiden haben. Der neue Vertragsentwurf der Westmächte ist jedenfalls ein Verhandlungsinstrument, das geeignet scheint, uns die Entscheidungsfreiheit wiederzugeben. Dieser Vertragsentwurf ist kein Diktat, sondern eine Verhandlungsgrundlage.

Die Sowjetunion ist eingeladen, ihrerseits positive und konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Wir wissen nicht, ob und wann Rußland den Weg echter Verständigung beschreiten wird. Dem Osten mag es als kluge Diplomatie erscheinen, einmal erreichte Konzessionen in den Eisenschrank zu legen und sich den Zeitpunkt der Gegenleistung selbst vorzubehalten. Diesen Standpunkt können wir nicht akzeptieren; denn der Zeitpunkt der Gegenleistung ist an den Zeitpunkt der Leistung gebunden, außer es ist darüber etwas Besonderes vereinbart. Je länger die Besetzung andauert, ein desto größerer Posten „Ausbeutung unseres Landes“ muß in die Endabrechnung eingestellt werden. *(Lebhafte Zustimmung bei ÖVP, SPÖ und KdU.)* Ein Vertragsentwurf mit bereits einseitig in Anspruch genommenen Konzessionen darf nicht zum Mühlstein werden, der uns am Halse hängen bleibt, ohne heute seinen Zweck zu erfüllen.

Die Bundesregierung war immer der Meinung, daß ein dem Friedensvertrag ähnlicher Staatsvertrag nicht einer rechten Wertung der österreichischen Haltung entspricht. Wir waren schon 1945 der Ansicht, daß Österreich auf dieselbe Behandlung Anspruch habe wie die Tschechoslowakei oder andere besetzte Länder. Wenn sich jetzt die Westmächte zum Standpunkt der vorbehaltlosen Anerkennung der österreichischen Souveränität bekennen, so kehren sie nur dorthin zurück, wo die Politik der Großmächte immer hätte ihren Ausgang nehmen sollen. Hoffen wir, daß sich auch die Sowjetunion zu derselben großzügigen Auffassung entschließen kann.

Das österreichische Volk erhofft darüber hinaus von allen Besatzungsmächten, solange die aufgezwungene Besetzung dauert, weitere Maßnahmen zur Verbesserung der örtlichen Verhältnisse. Solche Maßnahmen werden insbesondere bei den Besatzungskosten und der Anpassung ihrer Wohnungsansprüche an die Lage der betroffenen Bevölkerung erwartet. Ich möchte bei diesem Anlaß das leuchtende Beispiel der kanadischen Besatzungstruppen in Deutschland hervorheben, die kundgemacht haben, daß zugunsten von Familienmitgliedern grundsätzlich kein Wohnraum im Wege von Requirierungen in Anspruch genommen wird. (*Lebhafter Beifall.*) Nur eine solche großzügige und gerechte Politik kann die Unabhängigkeit Österreichs wirklich fördern.

Was Österreich und ein friedliches Europa braucht, ist vor allem eine Viermächteeinigung über die Räumung unseres Landes. Es wurde schon oben betont, daß das Tor zu Verhandlungen weit offen steht. Aber dem Frieden dienen nicht länger unsubstantiierte Vorwürfe, endlos sich hinziehende Debatten mit der langen Klaviatur der Vertragsprozedur. Nur klare, unzweideutige und präzise Vorschläge können nunmehr als Beitrag zum Frieden gewertet werden, Vorschläge, deren Tragweite offen zutage liegt und die Garantien für die völlige Räumung zu einem bestimmten Zeitpunkte geben.

Eine Vereinbarung über die ehealdigste Räumung unseres Landes ist natürlich Angelegenheit der vier Besatzungsmächte. Ich möchte aber heute schon die Forderung anmelden, daß jegliche Bestimmungen, die meritorisch Angelegenheiten in Österreich regeln, mit der österreichischen Regierung verhandelt werden. Ich möchte heute nochmals klar aussprechen, daß man uns nicht zumuten kann, unbegrenzt und untätig der weiteren Verschleppung der Räumung unseres Landes zusehen. Ich halte es vielmehr für erforderlich, nötigenfalls die Vermittlung der Vereinten

Nationen anzurufen. (*Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.*) Ich bitte Sie daher schon heute um prinzipielle Kenntnisnahme unserer Absicht, zum gegebenen Zeitpunkt die notwendigen vorbereitenden Schritte bei den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen einzuleiten. Eine formelle Bitte an die Vereinten Nationen um Vermittlung würde jedoch dem Hause zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Wenn das Forum so vieler Nationen seine Aufmerksamkeit auf das österreichische Problem konzentrieren sollte, dann wird man dies nicht gering einschätzen dürfen. Ich glaube, daß wir damit nicht nur die besten Aussichten haben werden, zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt die Räumung unseres Landes zu erreichen, sondern daß auch bis dahin das permanente Interesse der Vereinten Nationen an den Vorgängen in Österreich der beste Schutz unserer Bevölkerung gegen Übergriffe seitens der Besatzungsmächte sein wird.

Wenn sich die Überzeugung vieler Staaten in der Welt in augenscheinlicher Weise kundgibt, daß das Verhalten einer Macht gegenüber einem Volke unserer geschichtlichen Reputation jeglichem Rechtsempfinden Hohn spricht, dann kann ich mir nicht gut vorstellen, daß es die Sowjetunion à la longue vorzieht, dem Urteil der Weltmeinung hartnäckig zu widersprechen um der nicht allzu großen Vorteile willen, die ihnen die österreichische Position bringt und die Jahr für Jahr mehr durch die Bildung eines neuen Weltgleichgewichtes für die Sowjetunion an Gewicht verlieren.

Wir Österreicher sind die letzten, die nicht bereit wären, alles beizutragen, um eine internationale Verständigung möglich zu machen. Ich glaube aber nicht, daß wir dieser Verständigung durch flachen Opportunismus dienen können. Wie sollen die östlichen Machthaber jemals einsehen, daß ihre Methoden für die Lösung europäischer Probleme inadäquat sind, wenn wir ungerichte und maßlose, ja rechtswidrige Eingriffe in unsere Lebenssphäre mit Verbeugungen quittieren würden?

Der erste Verbündete unseres Kampfes um die Freiheit ist der Glaube an das Recht! (*Starker Beifall bei den Regierungsparteien und beim KdU.*) Ich weiß sehr gut, daß manche aus ihrem bequemen Behagen gerissen werden, wenn wir den Mut haben, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Aber der wichtigste Hebel zur Wiedergewinnung der österreichischen Freiheit ist und bleibt der Wille unseres Volkes selbst. Nur wenn die Besatzungsmächte damit rechnen müssen, daß die Besatzung von Jahr

86. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 2. April 1952 3263

zu Jahr mehr auf den steigenden Unwillen des österreichischen Volkes stößt, ja daß die Gegner der österreichischen Freiheit mehr und mehr mit der Verachtung der gesamten Bevölkerung rechnen müssen, dann wird die Einsicht Platz greifen, daß eine ehrenvolle Räumung des Landes geringere Nachteile für die Reputation und für die Interessen der Okkupanten bedeutet. *(Zustimmung.)*

Es ist unsere Aufgabe, die Willensäußerungen unseres Volkes in Einklang mit den internationalen Möglichkeiten zu halten. Unser Volk ist trotz der äußeren Unfreiheit sieben Jahre lang innerlich frei und einig geblieben. Die Wiedergewinnung unserer vollen Souveränität und die Bewahrung unserer Einheit sind und bleiben der Hauptinhalt unserer Politik. Die innere Freiheit ist das Fundament, auf dem wir Stein um Stein das Gebäude unserer äußeren Freiheit aufbauen können! *(Lebhafter sich immer wieder erneuernder Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU.)*

Präsident Dr. Gorbach *(der inzwischen den Vorsitz übernommen hat)*: Zur Stellung eines formalen Antrages hat sich der Herr Abg. Ing. Raab zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Raab: Ich beantrage, über beide Regierungserklärungen sofort die Debatte zu eröffnen.

Der Antrag wird angenommen.

Abg. Kopleng: Meine Damen und Herren! Es ist in Österreich schon zur Gewohnheit geworden, die Fragen der Außenpolitik in diesem Hause nur dann zur Diskussion zu stellen, wenn die Regierung das Parlament als Forum für ihre allgemeinen Deklarationen verwenden will. Es wäre aber wahrhaft notwendig, daß die Abgeordneten des Parlaments sich gründlich mit den Ergebnissen der Außenpolitik der Regierung Figl-Schärf beschäftigten und sich auch über die verhängnisvollen Folgen dieser Außenpolitik klar werden.

Die Regierung hat wiederholt versprochen, daß sie eine Außenpolitik durchführen wird, die Österreich den Staatsvertrag und die Unabhängigkeit bringt, eine Politik, die unserem Lande wirtschaftliche Sicherheit, ja den Aufschwung der Volkswirtschaft garantiert. Zieht man aber heute die Bilanz der Regierungspolitik, so zeigt sich ein ganz anderes Bild. Der Staatsvertrag ist heute weiter in die Ferne gerückt als je zuvor. Mehr noch, der sogenannte Skelettvertrag, dessen Entwurf an die Abgeordneten verteilt wurde, bedeutet nichts anderes als die Annullierung aller bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen über den Staatsvertrag.

Wirtschaftlich gesehen steht Österreich heute vor einer Katastrophe. Die Regierungsparteien selbst sprechen von einem Dilemma zwischen Massenarbeitslosigkeit und Inflation. In Wirklichkeit werden wir bei Fortsetzung dieser Politik beides haben, sowohl steigende Massenarbeitslosigkeit als auch die Inflation. Das ist die Bilanz der Regierungspolitik, die auf das engste mit den außenpolitischen Fragen zusammenhängt, die heute auf der Tagesordnung stehen.

Der unmittelbare Anlaß zur heutigen Sitzung, zur Großkundgebung, wie sie das Koalitionsblatt „Neues Österreich“ gestern bezeichnet hat, ist die Note der Westmächte an die Sowjetunion mit dem Vorschlag eines Skelettvertrags an Stelle des Staatsvertrags. Sinn und Inhalt des amerikanischen Vorschlags, der auch die Unterschriften von England und Frankreich trägt, ist es, alles für null und nichtig zu erklären, was bisher mit der Sowjetunion über Österreich vereinbart wurde.

Die Westmächte, sekundiert von der österreichischen Regierung, von Schärf und Gruber, begründen ihren neuen Vorschlag damit, daß die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag überholt sind. Der Sinn dieser Behauptungen liegt darin, daß sie im Rahmen ihrer Politik der Kriegsvorbereitungen, der militärischen Aufrüstung Europas, der Bildung der sogenannten Europa-Armee jede Verständigung mit der Sowjetunion ablehnen und sich auch in Österreich die Hände freimachen wollen zur Beschleunigung ihrer Kriegsvorbereitungen.

Charakteristisch für den ganzen Vorschlag dieses Skelettvertrages ist, daß sowohl die Westmächte als auch die führenden österreichischen Regierungspolitiker von Anfang an erklärt haben, daß dieser neue Vorschlag keine Aussicht habe, verwirklicht zu werden. Dieser Vertragsentwurf ist daher nichts anderes als ein Betrug; denn in Wirklichkeit begraben sie damit den Gedanken des Staatsvertrages und des Abzugs der Besatzungstruppen aus Österreich überhaupt. Der Sinn des Vorschlages der Westmächte ist also, auch in Österreich den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion zu verschärfen und die Brücke zur Verständigung zwischen den Großmächten abzubrechen.

Es ist unbestritten, daß die Welt und damit auch Österreich heute im Zeichen des Kalten Krieges stehen. Dieser Kalte Krieg hat im Jahre 1946 begonnen, als der Führer der englischen Konservativen Winston Churchill in seiner Rede in Fulton zum antikommunistischen Kreuzzug aufrief und kurz darauf

3264 86. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 2. April 1952

der amerikanische Präsident die sogenannte Truman-Doktrin proklamierte.

Der Kalte Krieg bedeutet den Bruch aller internationalen Vereinbarungen durch Amerika und die Ersetzung des Grundsatzes der Verständigung der Großmächte durch den Versuch Amerikas, den anderen seinen Willen aufzuzwingen. Man braucht sich nur an die wichtigsten Verträge zu erinnern, die Amerika in den letzten Jahren gebrochen hat, an die Annullierung des Potsdamer Abkommens, den Abschluß eines einseitigen Vertrages mit Japan unter Bruch internationaler Vereinbarungen, die Verletzung des italienischen Friedensvertrages durch die Wiederaufrüstung Italiens und insbesondere durch die fortdauernde Besetzung von Triest. Ich erinnere an den Bruch der Vereinbarungen über Deutschland durch die Zerreißung des Landes, die Remilitarisierung Westdeutschlands und die Wiedereinsetzung der Rüstungskapitalisten, Kriegsverbrecher und Hitler-Generäle und die Verewigung der Besetzung Westdeutschlands.

Kalter Krieg, das bedeutet fieberhaft von Monat zu Monat gesteigerte Kriegsrüstung auf Kosten der Lebenshaltung der arbeitenden Menschen. Das Ergebnis dieses Kalten Krieges sind steigende Preise und Sinken der Löhne. Das Ergebnis ist, daß sowohl die großen als auch die kleinen kapitalistischen Länder Europas vor dem Bankrott stehen.

Kalter Krieg, das bedeutet die Errichtung von Militärstützpunkten rund um den Erdball. Amerikanische Stützpunkte sind heute bereits in fast allen kapitalistischen Ländern der Welt errichtet. Kalter Krieg, das bedeutet die Stärkung der reaktionären und faschistischen Kräfte in allen kapitalistischen Ländern, Sammlung und Mobilisierung aller Kriegsverbrecher und faschistischen Überbleibsel für die Kriegsziele der amerikanischen Imperialisten. Kalter Krieg, das bedeutet die Wiederbelebung des japanischen und vor allem des deutschen Imperialismus als Werkzeug der Amerikaner im Kampf gegen die Sowjetunion und gegen die zur Freiheit strebenden Völker.

Es besteht kein Zweifel, daß die Frage Deutschland heute zur zentralen Frage der Weltpolitik geworden ist. Es gibt auch keinen Zweifel, daß ohne die Lösung der deutschen Fragen, die den Interessen des deutschen Volkes und der Völker Europas entspricht, ein wirklicher Friede nicht errungen werden kann. Es ist aber ebenso klar, daß durch die Bildung eines geeinten und friedliebenden Deutschlands die entscheidenden Voraussetzungen für den Frieden in Europa geschaffen werden.

Dieses Ziel verfolgt die Politik der Sowjetunion, die in ihrer bekannten Note über Deutschland zum Ausdruck gekommen ist. Was die Sowjetunion in bezug auf Deutschland vorschlägt, ist die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und souveränen Deutschlands, Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland, Bildung einer deutschen Nationalarmee zur Verteidigung der deutschen Grenzen, vertragliche Bindung des neuen Deutschlands, daß es an keiner Koalition oder Militärkombination gegen einen der kriegführenden Staaten des zweiten Weltkrieges teilnimmt.

Die Westmächte haben bekanntlich diesen weitgehenden Vorschlag der Sowjetunion brüsk abgelehnt. Amerika führt seine Politik der Zerreißung Deutschlands fort, die es mit dem Bruch des Potsdamer Abkommens begonnen hat. Es besteht darauf, daß Deutschland in den aggressiven Atlantikblock eingebaut wird und den entscheidenden Teil für die Europa-Armee, für den Krieg gegen die Sowjetunion stellt.

Amerika braucht für seinen Aggressionsplan den deutschen Imperialismus als seinen wichtigsten Gehilfen in Europa. Es ist daher bereit, dem Imperialismus in Westdeutschland wieder ähnliche Zugeständnisse zu machen, wie sie die Westmächte seinerzeit Hitler gemacht haben, um ihn zum Krieg gegen die Sowjetunion zu stärken.

Wenn heute die sogenannte Bonner Regierung mit einer solchen Frechheit von der Integration Europas, von der Ausdehnung der Grenze Westeuropas bis zum Ural spricht, so ist das nichts anderes als die Wiederholung der von der Geschichte auf den Misthaufen geworfenen Neuordnung Europas durch Hitler. Die Hitler-Neuordnung hat damit begonnen, daß Österreich an die deutschen Imperialisten preisgegeben wurde. Es ist bekannt, daß die amerikanischen Imperialisten den Ruhrmagnaten die Übergabe des sogenannten Deutschen Eigentums in Westösterreich zugesichert haben. Es ist bekannt, daß die Amerikaner mit aktiver Unterstützung der österreichischen Regierung in immer stärkerem Maß eine Politik verfolgen, die zur Eingliederung und Unterordnung der Wirtschaft in Westösterreich unter die westdeutsche Kriegsindustrie führt.

Es ist klar, daß ein geteiltes Deutschland, das heißt der wiedererstandene Imperialismus in Westdeutschland für Österreich die ständige Gefahr der Zerreißung unseres Landes bedeutet. Es ist klar, daß die Amerikaner, die sich nur dann bereit erklären, den sogenannten Generalvertrag mit Westdeutschland abzuschließen, wenn ihre Truppen auf unbestimmte Zeit in Westdeutschland bleiben, auch nicht die Absicht haben, diese ihre Truppen aus West-

österreich zurückzuziehen. Daraus ergibt sich ganz eindeutig, daß der sogenannte Skelettvertrag, den man zum Betrug des Volkes Räumungsprotokoll nennt, eine eminente Gefahr für die Einheit Österreichs und der Versuch der Verewigung der Besetzung Österreichs ist. (*Abg. Frühwirth: Die wollt ihr ja!*)

Es ist auf der anderen Seite aber ebenso klar, daß die Errichtung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands auf der Basis der Verständigung der Großmächte die Lösung der österreichischen Frage mit sich bringt, die endgültige Sicherung der Einheit Österreichs, den raschen Abzug der Besatzungstruppen und den wirtschaftlichen Aufschwung Österreichs bedeutet. Die Politik einer Regierung, die wirklich Österreichs Interessen vertritt, müßte es daher sein, eine solche Lösung der deutschen Frage zu befürworten und mit allen Kräften zur Verständigung der Großmächte beizutragen.

Aber die Regierung Figl-Schärf tut das Gegenteil; denn sie hat alles auf die Karte des Kalten Krieges gesetzt. Die beiden Regierungsparteien versuchen sich bei der aktiven Teilnahme an dem von Amerika entfesselten Kalten Krieg gegenseitig zu übertrumpfen. Ich erinnere nur an die Reden, die hier im Hause gehalten wurden, an die Erklärung des Abg. Dr. Pittermann, daß derjenige, der nicht bereit ist, Opfer für den Kalten Krieg zu bringen, ein Deserteur ist. Die österreichische Regierung nimmt deswegen mit einer solchen Dienstbefissenheit am Kalten Krieg teil, weil sie, wie sie im übrigen selbst oft erklärt hat, sich der Hoffnung hingibt, daß Amerika das Übergewicht bekommen und dann der Sowjetunion seinen Willen aufzwingen werde. (*Zwischenrufe.*)

Aber, meine Herren und Damen, die Tatsachen zeigen, daß diese Spekulation eine Fehlspekulation ist. Die Sowjetunion ist heute wirtschaftlich und politisch stärker als je in der Geschichte. Die jetzt durchgeführte neuerliche fünfte Preissenkung bestätigt, daß ihre Friedenspolitik eine Friedenswirtschaft ist, das heißt der ständigen Hebung der Lebenshaltung der Volksmassen entspricht. (*Abg. Dr. Pittermann: Und der Rüstungsausgaben!*) Der Versuch, die Sowjetunion zu isolieren, ist kläglich gescheitert. Im Gegenteil! Die Politik der Sowjetunion gewinnt immer mehr Freunde und Unterstützung unter den Völkern der ganzen Erde, was sich sogar in der Abstimmungsmaschinerie der UNO zeigt. Die amerikanische Atombombendiplomatie hat kläglich Schiffbruch erlitten, und seitdem die ganze Welt weiß, daß die Sowjetunion über Atombomben verfügt, haben es selbst ameri-

kanische Senatoren aufgegeben, täglich mit der Atombombe zu drohen.

Noch kläglicher erwiesen hat sich die Politik der westlichen Imperialisten in den Kolonial- und Halbkolonialländern. Schon mehr als zwei Jahre ist das chinesische Volk unter den Fahnen der Volksrepublik geeint. Der weltgeschichtliche Sieg des chinesischen Volkes hat dem Freiheitskampf Vietnams, Malayas, Birmas, Ägyptens und Tunesiens unwiderstehliche Kräfte gegeben.

Auf den Schlachtfeldern Koreas wurde die prahlerische Prophezeiung von der militärischen Unbesiegbarkeit Amerikas zerstört und zerschlagen. Der Krieg in Korea hat aber auch enthüllt, wie der amerikanische Imperialismus die UNO zu ihrem Werkzeug erniedrigt hat. Sie haben den Krieg in Korea begonnen und das Firmenschild der UNO für ihren Krieg genommen. Sie haben ihre europäischen Verbündeten immer wieder vor vollzogene Tatsachen gestellt. Sie verhandeln neun Monate in Korea über einen Waffenstillstand und halten es nicht einmal für notwendig, selbst ihre Verbündeten darüber zu informieren.

Und schließlich kann doch wohl nicht einmal der Herr Außenminister Gruber bestreiten, daß in den letzten Jahren die Gegensätze zwischen den westlichen kapitalistischen Ländern gewachsen sind, und vor allem kann wohl von niemandem geleugnet werden, daß der Widerwille und der Widerstand der Volksmassen gegen die amerikanischen Kriegstreiber gewaltig angewachsen ist.

Dieser Widerstand hat schon nicht wenige Opfer unter den Anhängern des Kalten Krieges gefunden. Der Marshall des Marshallplans ist in der Versenkung versunken. Sein Kollege Forrestal endete im Irrenhaus. Der Korea-General Mac Arthur wurde mit Schimpf und Schande in Pension geschickt. Der Initiator des Korea-Krieges Foster Dulles hat abgedankt. Der amerikanische Rüstungsdirektor Wilson hat sich ins Privatleben zurückgezogen, und von Präsident Truman, dem Führer des Kalten Krieges, wird vielleicht bald nur mehr die Photographie mit Autogramm auf dem Schreibtisch des Vizekanzlers Schärf bleiben. (*Heiterkeit. — Zwischenrufe. — Abg. Cerny: Bei euch sind alle umgebracht worden!*)

Es ist also klar, daß Amerika den Kalten Krieg verloren hat und daß die Politik der Stärke Bankrott gemacht hat. Auf diese Politik ist aber in den letzten Jahren die Außenpolitik der Koalitionsregierung orientiert.

Das Ergebnis der vollkommen verfehlten Außenpolitik der österreichischen Regierung haben wir nun vor uns. Mit aller Klarheit

muß daher gesagt werden, daß es auf diesem Weg nicht weitergeht und die Existenz unseres Landes mit jedem Tag mehr gefährdet wird, wenn diese Regierung im Namen Österreichs weiterwirtschaften kann. Darum fordern wir in diesem ernsten Augenblick mit allem Nachdruck, daß die österreichische Außenpolitik grundlegend geändert wird. (*Zwischenrufe.*)

Österreichs Existenz hat zur Voraussetzung, daß Europa nicht in Kriegshysterie und Furcht lebt, daß bei uns nicht an der Zerreißen in zwei Teile, sondern an der Verständigung gearbeitet wird. Deswegen halten wir es für notwendig, daß das österreichische Parlament dem Friedenswillen des österreichischen Volkes in einem eindringlichen Appell an die Großmächte Ausdruck gibt.

Die Abgeordneten des Linksblocks unterbreiten daher dem Parlament folgende Entschliebung, die ich hiemit zur Verlesung bringe. (*Abg. Cerny: Brauchst gar nicht verlesen! — Heiterkeit.*)

Der Nationalrat wolle beschließen:

Im Namen des österreichischen Volkes, das in Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit zu leben wünscht und nicht zum Opfer eines neuen Krieges werden will, wendet sich das österreichische Parlament mit dem eindringlichen Appell an die Großmächte:

den unheilvollen Kalten Krieg zu beenden; keinerlei militärische Stützpunkte in Europa zu errichten;

ihre Truppen aus allen fremden Ländern zurückzuziehen;

die deutsche Frage, die zur zentralen Frage von Krieg und Frieden geworden ist, in der Weise zu lösen, daß das deutsche Volk in einem geeinigten und demokratischen Deutschland, das sich von allen politischen und militärischen Kriegskombinationen freihält, selbst über sein Schicksal entscheidet;

unserem österreichischen Volk als Ergebnis einer Verständigung einen Staatsvertrag zu geben, der ein unabhängiges, ungeteiltes, demokratisches Österreich in Frieden und Freiheit garantiert.

Das Parlament fordert die Bundesregierung auf, alles Erdenkliche zu tun, um eine weltpolitische Verständigung zu erleichtern, im Interesse Österreichs jede Parteinahme im Kalten Krieg zu vermeiden und darauf zu bestehen, daß der Staatsvertrag nicht durch einen die Lage gefährlich verschärfenden „Skelettvertrag“ umgebracht werde.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Unterstützungsfrage zu stellen, und appelliere an die Abgeordneten, für diese Entschliebung zu stimmen. (*Zwischenrufe.*)

Wir sind überzeugt, daß diese Entschliebung den einzigen Weg zeigt, der zur Freiheit Österreichs führt. Wir sind aber ebenso überzeugt, und die Erfahrungen haben es bewiesen, daß unsere gegenwärtige Regierung weder imstande noch gewillt ist, diesen Weg zu gehen. Es ist daher die Pflicht aller verantwortungsbewußten Männer und Frauen in Österreich, sich zusammenzuschließen und eine Regierung des Friedens zu erkämpfen, die Österreich allein die Freiheit bringen wird.

Bei der Unterstützungsfrage wird der Antrag nicht genügend unterstützt und steht daher nicht in Verhandlung.

Abg. Dr. Koref: Hohes Haus! Ich glaube, es dürfte kein Mitglied des Hauses geben, das nicht unter dem Eindruck der Würde und der Bedeutung der heutigen Sitzung steht, abgesehen von den paar Linksblockabgeordneten, die ja längst nicht mehr die Ehre verdienen, sich Österreicher zu nennen (*Zustimmung bei den Regierungsparteien*), sondern die wir am liebsten, je eher desto besser, als Exösterreicher hinauskomplimentieren würden. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Honner: Sie amerikanischer Hausknecht! — Abg. Dr. Pittermann: Honner, die Volksstimme des Moskauer Kuriers!*)

Hohes Haus! Wir stehen unter dem Eindruck dieser heutigen bedeutenden Sitzung. Wir wissen, daß der in Lissabon ausgearbeitete und am 13. März der Sowjetunion präsentierte sogenannte Kurzvertrag für das Leben, für die Entwicklung und die Wirtschaft des österreichischen Volkes und Staates von ganz entscheidender Bedeutung sein kann.

Wenn der Herr Abg. Koplénig — ich will in dieser Stunde wahrhaftig nicht weiter mit ihm polemisieren — eine Liste von amerikanischen Politikern und Funktionären aufgezählt hat, die meistens aus irgendeinem privaten Grund, immer aber freiwillig aus der Politik ausgeschieden sind, so wäre es ein leichtes, dem Herrn Abg. Koplénig und seinen Parteifreunden einen ganzen Katalog von Politikern aus den Volksdemokratien entgegenzuhalten, die allerdings unfreiwillig ausgeschieden sind und denen man dann plötzlich über Nacht den Prozeß und mitunter auch den Garaus gemacht hat. Ich möchte ihn erinnern an die Slanskys und Clementis in der Tschechoslowakei, an die Gomolka in Polen, an die Rajks in Ungarn, und wie alle diese an sich bedauernswerten Existenzen heißen mögen, von denen man nicht mehr weiß, ob sie überhaupt noch und wo sie ihr Dasein fristen. (*Abg. Frühwirth: Von den Losowskis, Sinowjews und Bucharins gar nicht zu reden!*) Darüber hinaus aber möchte ich mich nicht

mehr weiter mit dem Linksblock beschäftigen, der keine Gelegenheit vorübergehen läßt, um nicht österreichische, sondern um russische Politik in diesem Saale zu vertreten und zu betreiben. (*Abg. Cerny: Die werden ja ohnehin auch bald gesäubert! — Heiterkeit.*)

Es darf im Zusammenhang mit dem sogenannten Kurzvertrag oder Räumungsprotokoll nicht ganz übersehen werden, daß Rußland drei Tage vorher an die Westmächte ein sogenanntes deutsches Friedensangebot gerichtet hat und daß mit diesem Friedensangebot, man könnte sagen, der Kalte Krieg — von dem heute der Herr Abg. Koplénig schon ein paarmal gesprochen hat — in einen psychologischen Krieg übergegangen ist. Die russische Sphinx gibt wieder einmal ernste und schwere Rätsel zu lösen auf.

In diesem Zusammenhang ist begreiflicher Weise schon wiederholt das Wort vom Trojanischen Pferd und vom Danaergeschenk in der deutschen Presse gefallen. Timeo Danaos, et dona ferentes! — Ich fürchte die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen! Auf jeden Fall aber ist zu erkennen, daß Moskau bereit ist, einen sehr hohen Preis zu bezahlen, um Deutschland aus dem westlichen Verteidigungssystem herauszumanövrieren. Wir begreifen vollständig, daß in Deutschland die große Masse der Bewohner den Standpunkt vertritt, alle Verhandlungsmöglichkeiten müßten ausgenutzt werden. Diesen Standpunkt würden in der gleichen Lage selbstverständlich auch wir vertreten. Interessanterweise sind auch schon schwere Bedenken und ernste Befürchtungen aufgetaucht, der Vorschlag sei seitens der Sowjetunion gemacht worden, um eine Grundlage für eine russische Verschleppungstaktik à la österreichischer Staatsvertrag zu schaffen. Kein Geringerer als der Zweite Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Ollenhauer, hat ja erklärt, man müsse eine Lösung nach dem Muster Österreich ablehnen, und das wird niemand besser verstehen als wir Österreicher selbst.

Seit 14 Jahren ist dieses gequälte Land von fremden Mächten okkupiert; wir werden eine Okkupation nicht los, die gegen alles Völkerrecht verstößt und die Menschenrechte ständig in brutalster Weise verletzt. Alle unsere Appelle, alle unsere Not- und Verzweiflungsschreie sind bisher ohne Erfolg geblieben. Es ist wahrhaftig eine starke Zumutung an das österreichische Volk, weiterhin diese Zustände zu ertragen.

Mein Parteifreund Vizekanzler Dr. Schärf hat erst unlängst vor Pressevertretern Amerikas, wie ich glaube, mit Fug und Recht, die große moralische Widerstandskraft des österreichischen Volkes rühmend hervor-

gehoben. Herr Bundeskanzler Ing. Figl hat heute einen Hinweis gemacht auf die echten, unverfälschten demokratischen Grundlagen unseres staatlichen Lebens und auf die Disziplin, die das österreichische Volk in allen diesen beklagenswerten und schwierigen Situationen an den Tag gelegt hat.

Hohes Haus! Ein Kolonialvolk nach dem anderen wirft sein imperialistisches Fremdjoch ab oder beginnt an den Ketten zu rütteln. Die Frage ist erlaubt: Was haben wir Österreicher verbrochen, daß man unsere Nerven auf solche Zerreißproben stellt (*lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien und dem KdU*) und daß man uns schlechter behandelt, als heute sogenannte Kolonialvölker behandelt werden können?

Ich darf einen ganz kleinen geschichtlichen Rückblick machen. Am 1. November 1943 wurde von den Außenministern der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und der Sowjetunion die Moskauer Deklaration beschlossen und der Weltöffentlichkeit bekanntgegeben. Wir haben die Aufgabe, verehrte Damen und Herren, immer wieder die Weltöffentlichkeit daran zu erinnern, daß man in der Moskauer Deklaration darüber übereingekommen ist, daß Österreich, das erste freie Land, das der Aggression Hitlers zum Opfer fiel, von der deutschen Herrschaft befreit werden solle und daß das Ziel die Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreichs sei.

Seither, seit der Publikation der Moskauer Deklaration, sind nun fast neun Jahre vergangen. Hohes Haus! Es ist keine Übertreibung — denn nur allzusehr neigen die Menschen leider zur Vergeßlichkeit —, wenn ich sage, daß ein unsagbares Martyrium, daß eine unschilderbare Kette von Leid und von Elend in diesen neun Jahren über das österreichische Volk hinweggegangen ist. Seit 1938 flossen nicht bloß Hekatomben Blutes, sondern auch die Ströme von Tränen sind noch nicht versiegt, die aus all diesem schrecklichen Leid resultieren. Es ist ein Zustand, der zum Himmel schreit, und wir haben nicht bloß das moralische Recht, sondern wir haben die moralische Verpflichtung, bei jeder sich bietenden Gelegenheit an das Weltgewissen zu appellieren und die Weltöffentlichkeit aufzurütteln.

Wir dürfen die Nerven nicht verlieren! Das ist richtig. Aber auch unsere Anklage darf und soll nicht verstummen. Und wenn ich da wieder ganz kurz in dieser denkwürdigen Sitzung rekapituliere, was man dem österreichischen Volk in diesen Jahren zugemutet hat und zumutet, dann glaube ich, daß das in Ordnung ist und daß wir dazu Berechtigung haben.

3268 86. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 2. April 1952

Ich erwähne nur ganz kurz die schamlosen Verschleppungen von Menschen, denen man nicht einmal ein ordentliches Verfahren macht, von denen man nicht einmal erfährt, was man ihnen überhaupt zur Last legt, die einfach eines schönen Tages verschwinden, und nicht einmal ihre Angehörigen erfahren, was aus ihren Leuten, die da verschleppt wurden, geworden ist. Es werden Österreicher vor fremde Militärgerichte zitiert; manchmal werden sie in geheimen Verhandlungen ohne Beistellung eines Verteidigers einfach abgeurteilt und verschwinden irgendwo, meistens vermutlich hinter dem Eisernen Vorhang. (*Abg. Frühwirth: Das ist die Freiheit, die sie meinen!*) Wie oft haben wir in diesem Hause schon gegen die verfassungswidrige Brief- und Telephonzensur protestiert, gegen gewalttätige, durch nichts zu rechtfertigende Delogierungen, gegen die Kontrollen an den Zonen Grenzen, die gegen die gesetzlich verbürgte Freizügigkeit im eigenen Lande verstoßen und die eine sehr erhebliche Schädigung unseres Fremdenverkehrs darstellen.

Darf ich auch noch daran erinnern, daß man politischen Flüchtlingen, die unter Einsatz ihres Lebens aus irgendeinem volksdemokratischen Staate nach Österreich kommen, um die Luft der Freiheit genießen zu können, um den Schergen der Volksdemokratie zu entgehen, entgegen einem jahrtausendealten Brauche aller Kulturvölker hier das Asylrecht verweigern muß und verweigert, weil eine Besatzungsmacht dies einfach von uns brutal verlangt! Fast täglich melden unsere Zeitungen — Sie brauchen nur heute wieder die Tagespresse aufzuschlagen — Gewalttaten von Uniformierten, die Furcht und Schrecken um sich verbreiten. Ob diese Schreckenstaten, ob diese Gewaltakte jemals eine Sühne finden, wofern man es überhaupt der Mühe wert findet, einzuschreiten, das erfährt die Öffentlichkeit in unserem Lande niemals.

Hohes Haus! Es ist so: Der Österreicher gleicht einer hilflosen Kreatur, deren Schrei förmlich ungehört im Äther verhallt. Die Hoffnungen auf Befreiung, auf Erlösung, sind bisher immer enttäuscht, sind bisher immer betrogen worden. Ich darf an die bewegte Geschichte unserer Staatsvertragsverhandlungen erinnern. Der Herr Außenminister Dr. Gruber hat heute schon in eingehender Darstellung darauf Bezug genommen. Am 14. Jänner 1947 begannen auf der Round-Table-Konferenz in London diese Verhandlungen, und sie haben sich seither fortgesetzt. 258 solcher Sitzungen haben stattgefunden: in London, in Paris, in Washington, in New York, in Moskau und auch hier in Wien. Die Außenminister sind zusammengekommen, die Stellvertretenden Außenminister, eigens dazu be-

fugte und bevollmächtigte Sonderbeauftragte, haben sich zusammengefunden. Von den ursprünglich 59 Artikeln konnte man in mühseligen Verhandlungen und Auseinandersetzungen schließlich und endlich den ganzen Inhalt dieses Staatsvertrages auf 47 Artikel reduzieren, von denen bis zum Sommer 1949 alle bis auf fünf, die offengeblieben sind, verabschiedet wurden.

Ich möchte auch noch auf die Tatsache verweisen, die der Herr Außenminister Dr. Gruber heute hier schon erwähnt hat, daß die drei Westmächte für den 21. Jänner dieses Jahres abermals eine Verhandlung in London über den österreichischen Staatsvertrag anberaunt haben und daß der Sowjetvertreter einfach nicht erschienen ist, sodaß die Verhandlungen nicht aufgenommen werden konnten. Ich glaube, die ganze österreichische Öffentlichkeit ist sich trotz all der demagogischen Darstellungen und Entstellungen seitens der Kommunistischen Partei Österreichs darüber im klaren, daß einzig und allein das immer wiederkehrende Nein, das immer wiederkehrende Njet der sowjetrussischen Staatsmacht schuld daran ist, daß wir bisher noch zu keinem Endergebnis in dieser für Österreich so wichtigen Angelegenheit gekommen sind. Ich brauche die Serie all dieser lächerlichen Ausreden, die da ins Treffen geführt wurden, nicht zu wiederholen, es sind lächerliche Propagandakniffe, deren sich leider auch die Kommunistische Partei Österreichs entgegen ihrer moralischen und patriotischen Verpflichtung bedient. Herr Kanzler Dr. Figl hat heute hier erklärt, daß rein machtpolitische Erwägungen dafür maßgebend waren und es noch sind, und ich glaube, daß das die einzig richtige Darstellung der Dinge ist.

Seit der Zeit, als diese Ausreden nicht mehr zogen, geht die Kommunistische Partei Österreichs einen sehr gefährlichen Weg. Sie ist zu Denunziationen und sonstigen sehr bedenklichen Machinationen übergegangen. Ohne Rücksichtnahme auf das Wohl Österreichs werden Behauptungen aufgestellt, die sehr gefährlicher Natur sind und die sehr gefährliche Konsequenzen nach sich ziehen können. Österreich habe die Absicht, heißt es da, ein Sonderabkommen mit der einen oder anderen Großmacht oder mit den Westmächten abzuschließen, Österreich arbeite auf die Zerreißung des Landes hin. Wir haben heute wieder aus dem Munde des Herrn Abg. Kopenig dieselbe unerhörte, infame Behauptung gehört, die unserem Land so schweren Schaden bereiten kann.

Erst vor ganz kurzer Zeit hat unser Herr Bundespräsident auf die denkwürdigen Länderkonferenzen des Jahres 1945 hingewiesen, die über alle damaligen Schwierigkeiten hinweg

die Wiederherstellung der Einheit dieses Landes zum Ziele hatten. Hohes Haus, dies war das große Konzept unseres unvergeßlichen Bundespräsidenten Dr. Karl Renner. Das im November 1945 frei gewählte österreichische Parlament und die rechtmäßig eingesetzte Bundesregierung haben bisher unentwegt an dem Ziele festgehalten, die Einheit Österreichs aufrechtzuerhalten. *(Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP.)* Ich darf hier wohl feierlich erklären, daß die Begriffe Ostösterreich und Westösterreich in den Herzen und Hirnen der Österreicher überhaupt nicht existieren! *(Stürmischer Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU. — Abg. Dr. Pittermann: Leider aber bei gewissen Presseorganen!)* Sie sind erst durch die unseligen Demarkationslinien entstanden, deren Beseitigung unser aller Sehnsucht gilt. Österreich ist eine Einheit, Volk und Staat bilden diese unzertrennliche Einheit, und wir werden uns niemals mit der derzeit bestehenden Zoneneinteilung abfinden. *(Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Der Objektivität und Gerechtigkeit halber muß hier festgestellt werden, daß drei Großmächte von ihrer Seite aus schon manches, ja, man kann sagen, das Mögliche getan haben, um diese unwürdigen Zustände auf ein Minimum zu reduzieren. Für diesen Beweis der Respektierung unserer Gefühle und unserer Interessen sind wir dankbar. *(Abg. Frühwirth: Wir würden nur wünschen, daß Rußland folgt! — Zustimmung.)*

Hohes Haus! Ich möchte heute noch eine weitere Feststellung machen. Wir sind eine Bastion der Demokratie und eine Bastion der Freiheit in Mitteleuropa und wollen es auch bleiben *(lebhafter Beifall bei den Sozialisten und der ÖVP)*, eine Bastion, die uneinnehmbar ist, allen Schikanen zum Trotz. Hohes Haus! Wir sind uns darüber klar, daß unser Kampf um die Erhaltung der Einheit und um die Erringung der Freiheit des Landes der ganzen Welt zugute kommt. Wir stehen dort, wo es gilt, die Demokratie und die Freiheit zu verteidigen und die abendländische Kultur zu schützen und zu stärken.

Wir sind nicht waffenlos im geistigen Sinne des Wortes — nur in diesem Sinne sind wir es nicht —, aber wir wissen, wie armselig unsere bescheidene Exekutive in dieser Beziehung aussieht, wie hilflos sie eigentlich dasteht, wenn sie zum Beispiel da und dort einmal Anlaß hätte, gegen Exzesse seitens der einen oder anderen Besatzungsmacht einzuschreiten. Im militärischen Sinne des Wortes sind wir völlig waffenlos. Aber wir sind nicht gesinnungslos! Wir sind wohl wehrlos, aber wir sind nicht ehrlos! *(Beifall.)* Auch aus unserem Bekenntnis zur westlichen

Kultur, zu der unser Volk so viele wertvolle, ja wertvollste Beiträge auf allen Sektoren geleistet hat, machen wir kein Hehl: Wir sind und bleiben der westlichen Kultur, der Kultur des Abendlandes zugeneigt und verbunden.

Verehrte Damen und Herren! Wie schwierig auch immer unsere geographische Situation hier in diesem Mitteleuropa sein mag, wie sehr wir uns dessen auch bewußt sind, daß wir an einem neuralgischen, an einem sehr nervenschwachen Punkt gelegen sind, so lehnen wir doch auf jeden Fall einen Neutralitätsbegriff und eine neutrale Haltung ab, die so verstanden wird, daß wir uns gefügig und willenlos zum Willkürobjekt sowjetrussischer Machtpolitik erniedrigen lassen. *(Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Durch unsere unbeugsame Haltung und durch unser unerschrockenes Beispiel verteidigen wir auf eigener Scholle im Rahmen der sozialen Gemeinschaft ein kostbares, ja vielleicht das kostbarste Gut, über das der Mensch verfügt, das Gut der persönlichen Freiheit. Was Ministerpräsident Attlee von der Labour Party Englands einmal gesagt hat, gilt auch für die Sozialistische Partei Österreichs und sollte meiner Meinung nach für alle patriotisch gesinnten Österreicher im gleichen Maße gelten: Wir kämpfen für eine Welt, die individuelle Freiheit mit geplanter Wirtschaft und Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit verbindet!

Kein Österreicher, soweit er den Namen Österreicher verdient, denkt in Wahrheit an die Teilung seines Landes. Das Märchen vom Sonderabkommen ist auf der Miststätte der kommunistischen Propaganda gewachsen und dient dazu, Verwirrung zu stiften und dem politischen und wirtschaftlichen Kredit unseres Landes Schaden zuzufügen. Wir verwahren uns vor aller Welt gegen solche Unterstellungen. Die Zerreißung Österreichs ist eher ein Wunschtraum auf der anderen Seite. Er wird aber nie Wirklichkeit werden! *(Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP.)* Es ist nach meiner festen Überzeugung dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen und daß solche Wunschträume nicht in Erfüllung gehen.

Der Kurzvertrag, von dem wir heute sprechen, leitet vielleicht eine neue Etappe in der Geschichte Österreichs ein. Er bringt eine neue außenpolitische Wendung; zumindest möchten wir Österreicher dies aus ganzem Herzen wünschen.

Von den acht Artikeln, die uns heute der Herr Bundesminister Dr. Gruber vorgelesen hat, enthält eigentlich nur der sechste ein Novum. Er dürfte daher zum Angelpunkt der Verhandlungen — wenn es zu solchen kommt

— und zum Drehpunkt der Sowjettaktik werden. Woher aber der Herr Abg. Koplénig das weiß, vermag ich nicht zu beurteilen. Er hat von dieser Stelle aus eigentlich bereits die Erklärung abgegeben, daß der Kurzvertrag, der Skelettvertrag, wie er auch offiziell heißt, keine Grundlage für Verhandlungen bilden werde. Wir wissen nicht, von welcher Seite diese Eingebung kommt. Es ist aber jedenfalls sehr bezeichnend, daß Herr Koplénig hier Dinge enunziert, die gegen die Interessen von mindestens 95 Prozent der österreichischen Bevölkerung verstoßen. *(Zustimmung. — Abg. Koplénig: Ich werde Ihnen beweisen, von wem diese Dinge stammen! — Abg. Frühwirth: Koplénig ist für den Abzug aller Besatzungstruppen, nur nicht der russischen!)*

Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 erklärt, daß von Österreich keine Reparationen gefordert werden sollen, ermächtigt jedoch die Sowjetunion, Reparationsansprüche, die sie gegen Deutschland erhebt, aus der besetzten deutschen Zone und aus entsprechenden deutschen Aktiven im Ausland zu bestreiten.

In dieser unglückseligen und, ich darf wohl sagen, unbedachten Formulierung liegt der Schlüssel zu allem weiteren Unheil für uns Österreicher. Die von der Sowjetunion — freilich eigenmächtig — vorgenommene Interpretation des Begriffes „deutsche Aktiven“ oder „deutsches Eigentum“ ist zur Tragödie des österreichischen Volkes und zur Katastrophe der österreichischen Wirtschaft geworden. So wurde ein sehr erheblicher Teil des österreichischen Nationalvermögens unter den verschiedensten Vorwänden, Verklausulierungen und gewaltsamen Auslegungskünsten dem Zugriff der sowjetrussischen Besatzungsmacht willkürlich ausgesetzt und unterworfen. Ein Musterbeispiel dafür ist die seit 1829 bestehende Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, die von der sowjetrussischen Besatzungsmacht mit Beschlagnahme belegt und als Deutsches Eigentum erklärt wurde. Seither ist der für Österreich und schließlich für ganz Europa so lebenswichtige Donauverkehr im großen und ganzen eigentlich lahmgelegt.

Die Artikel 5 und 6 des Räumungsprotokolls setzen fest, daß von Österreich nicht nur keine Reparationen gefordert werden, sondern daß an Österreich alle Eigentumswerte an Liegenschaften und beweglichem Vermögen zurückgestellt werden sollen, die, unter welcher Bezeichnung immer, als deutsches Eigentum oder als Kriegsbeute in Österreich in Besitz gehalten oder beansprucht werden.

Gegen diese so positiv und vorteilhaft in das österreichische Lebensinteresse einschneidend einzige neue Bestimmung des österreichischen

Kurzvertrages hat hier von dieser Stelle aus der Führer der Kommunistischen Partei Österreichs polemisiert. *(Abg. Koplénig: Sie sind ein Lügner!)* Man kann nur sagen: Schande über sein Haupt und Schande über seine Partei! *(Lebhafte Zustimmung bei SPÖ und ÖVP. — Abg. Koplénig: So ein Lügner! Beweisen Sie, daß ich das gesagt habe! — Anhaltende Zwischenrufe. — Präsident Böhm, der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, gibt das Glockenzeichen.)*

Wir rufen es in alle Welt hinaus: Zistersdorf gehört Österreich! *(Starker Beifall bei den Regierungsparteien.)* Es ist österreichischer Boden, es ist österreichisches Öl und es ist österreichisches Volksvermögen. *(Erneuter Beifall.)* Im Jahre 1949 wurde eine Ablösesumme von 150 Millionen Dollar für das sogenannte Deutsche Eigentum vereinbart. Seither sind drei Jahre schrankenlosester Ausbeutung vorübergegangen. Man schätzt das Ausbeutungsertragnis pro Jahr — es ist das eine Rohschätzung — auf 50 Millionen Dollar. Das sind seit 1947 insgesamt 250 Millionen Dollar! *(Rufe: Hört! Hört! — Abg. Geisslinger: Ist das auch eine Lüge, Herr Koplénig?)* Hohes Haus! Es ist sonach der neue Vorschlag nach jeder Richtung hin — wirtschaftlich und moralisch — vollauf gerechtfertigt. Wir haben mit dieser rohen Schätzung, die ein Privatinstitut vorgenommen hat, allein schon um 100 Millionen Dollar mehr bezahlt, als die im Jahre 1949 zwischen den vier Großmächten paktierte Ablösesumme ausmacht.

Es ergibt sich eine drastische Situation. Wir empfangen und empfangen im reichsten Maße im Wege des Marshallplanes seit vier Jahren wirksamste Hilfe zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Die amerikanischen Staatsbürger zahlen hohe Steuern. Die Kommunisten Österreichs verdächtigen und verhöhnen diese Hilfe. *(Zwischenrufe.)* Die mehr als 300 in der sowjetischen Zone demontierten Fabrikanlagen wurden aus diesen Geldern wieder mit neuen modernen Maschinen ausgestattet. Die Russen sind so die Nutznießer dieser gewaltigen Investitionen und dieser kostspieligen Bemühungen! Ich habe unlängst einen Ausspruch gehört, der eigentlich in zwei kurzen Zeilen in recht einprägsamer Form die Situation in dieser Hinsicht kennzeichnet und geißelt: „Rußland melkt die Kuh, die Amerika füttert!“ *(Zustimmung bei SPÖ und ÖVP.)* Dieser Ausspruch, glaube ich, kennzeichnet so richtig die Situation. Und wenn die Herren vom Linksblock nur über ein kleines Quantum moralischen Schamgefühls verfügen würden, dann würden sie das Wort „Marshallplan“ nicht mehr in den Mund nehmen. *(Erneute Zustimmung. — Abg. Honner: Die Stimme Amerikas! — Gegenrufe bei der SPÖ. — Abg.*

Koplenig: Wir haben aber Arbeitslosigkeit und Inflation!)

Rußland will nicht nur die strategische Position Österreich nicht räumen, es will auch die wirtschaftliche Position, die ihm hier in Österreich gegeben ist, nicht preisgeben, auf sie nicht verzichten. Eine Gegenüberstellung der befruchtenden Wirkung des Marshallplanes auf die österreichische Volkswirtschaft, der befruchtenden Wirkung der amerikanischen Hilfsaktionen einerseits (*Abg. Ernst Fischer: Ihr seid die Bastarde dieser Befruchtung!*) und auf der anderen Seite der dauernden Schädigung der österreichischen Wirtschaft durch die Plünderungen, die Demonstagen, die Güterkonfiskationen und nicht zuletzt durch die USIA-Betriebe müßte wohl den letzten Angehörigen der Kommunistischen Partei Österreichs eines Besseren belehren und ihm die Augen öffnen, sofern überhaupt noch ein Rest guten Willens vorhanden ist. (*Zustimmung. — Abg. Koplenig: Das hören wir jeden Tag in der „Stimme Amerikas“, und es hilft trotzdem nichts!*)

Hohes Haus! Man vernimmt im übrigen da und dort Stimmen, die Österreich an die Einlösung gewisser Verträge mahnen. Was die Verhandlungen über die Tilgung der österreichischen Vorkriegsschulden anbelangt, so erkläre ich namens meiner Partei folgendes:

Man hat Österreich das feierliche Versprechen gegeben, es als selbständigen und unabhängigen Staat wiederherzustellen. Solange dieses Versprechen nicht eingelöst ist, sind auch Verhandlungen über solche Vorkriegsschulden nicht am Platze, die seinerzeit ein selbständiges und unabhängiges Österreich gemacht hat. Zunächst soll diese feierliche Zusage eingelöst werden, dann werden wir und dann wollen wir über unsere diesbezüglichen Verpflichtungen verhandeln.

Das gleiche gilt bezüglich der Besatzungskosten. Die Alliierten haben jedes moralische und faktische Recht verloren, von Österreich Besatzungskosten zu verlangen. (*Beifall bei SPÖ, ÖVP und KdU.*) Ich muß mich wieder der Gefahr aussetzen, daß mir der Zwischenruf „Stimme Amerikas“ entgegenschallt, der jetzt schon etwas abgeleiert ist. Der Objektivität und der Gerechtigkeit halber muß ich denn doch feststellen, daß, wenn ich mich nicht irre, seit 1947 die amerikanische Besatzung von uns keine Besatzungsgelder mehr verlangt, im Gegenteil, die hier auflaufenden Kosten selbst trägt und bezahlt. (*Abg. Honner: Schuldig bleibt! — Ironische Heiterkeit bei den Regierungsparteien. — Abg. Seidl: Er ist wider seinen Willen naiv!*)

Ich möchte mit allem Nachdruck hier im Interesse des österreichischen Volkes, im Inter-

esse der österreichischen Volkswirtschaft feststellen: Die Besatzungsmächte haben die Pflicht, die völkerrechtlich fundierte Pflicht, alle Schäden zu ersetzen, die unserem Land aus der Fortdauer der Besetzung erwachsen. (*Zustimmung bei SPÖ, ÖVP und KdU.*)

Zu den ärgsten Schäden, die Österreich bisher völlig ungerechtfertigterweise auf sich nehmen mußte, gehört die beispiellose Wirtschaftspiraterie, die wir mit dem Begriff USIA verbinden und selbstverständlich mit tiefster Entrüstung und Empörung ablehnen müssen. Wir erklären feierlich, daß diese Zustände untragbar, unmoralisch und völkerrechtswidrig sind. Wir fordern die Regierung auf, ernstlich zu prüfen, ob gegen diese völkerrechtswidrigen Zustände nicht vor einem internationalen Forum Beschwerde zu erheben sein wird. Wir fordern ferner die Regierung auf, dafür zu sorgen, daß sich das Finanzministerium endlich ermannt, die Steuerschulden der Besatzungsbetriebe festzustellen und auch einzutreiben. (*Zustimmung bei den Sozialisten.*) Wir verlangen, daß es zumindest ernstlich den Versuch macht. (*Abg. Frühwirth: Das ist ein vergebliches Bemühen, denn Gewalt ist nach ihrer Auffassung Recht! — Abg. Koplenig: Raab geht mit der Fahne für die Freiheit Österreichs voraus! — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident **Böhm** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe, meine Herren! Der Redner kann sich ja nicht verständlich machen.

Abg. Dr. **Koref** (*fortsetzend*): Objektive und genaue Erhebungen aller dieser schweren wirtschaftlichen Schäden werden bei künftigen Verhandlungen sicherlich eine sehr entscheidende Rolle spielen. Wir verwahren uns jedenfalls — das möchte ich mit aller Emphase und allem Nachdruck betonen — dagegen, als Kolonialvolk nach der Manier des 19. Jahrhunderts behandelt zu werden! Diese Zeiten sind in Asien und Afrika vorbei, und es ist eine Schmach, daß sich das österreichische Volk so etwas bieten lassen muß. Wo ist da die Kommunistische Partei Österreichs, die in der Lage wäre, dagegen feierlich Protest zu erheben, die in der Lage wäre, ihren Einfluß in dieser Richtung geltend zu machen? Ich glaube, daß dieser Einfluß in Wirklichkeit gar nicht besteht, weil in der Kominform die Kommunistische Partei Österreichs ohnehin als eine quantité négligeable betrachtet wird. (*Abg. Honner: Aber die ganze Zeit beschäftigt ihr euch nur mit den Kommunisten!*)

Herr Abg. Honner! Die Brandweiner, die bereit sind, jeden Beweis gegen die Westmächte und gegen Österreich promptest zu liefern, gegen besseres Wissen, gegen bessere Einsicht und gegen die nackten Tatsachen,

verdienen unsere volle Verachtung. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*) Es bleibt eine unauslöschliche Schande, daß sich solche Verräter an der österreichischen Sache und an den Interessen der österreichischen Unabhängigkeit überhaupt finden.

Die Kommunistische Partei macht Österreich gelegentlich auch heftige Vorwürfe, daß es den Osthandel vernachlässige und so selbst seine eigene Handelsbilanz schwer schädige. Hohes Haus! Wie sieht es in dieser Beziehung in Wirklichkeit aus? Verzeihen Sie mir, wenn ich Ihnen jetzt einige Zahlen präsentiere. Die Prozentsätze, die ich hier nenne, beziehen sich auf den Anteil der Importländer an der betreffenden Warengruppe nach ihrem Werte.

Wir haben im Jahre 1935 aus Polen 3·2 Prozent unseres Getreideimportes bezogen, im Jahre 1950 überhaupt nichts. Aus Ungarn haben wir im Jahre 1935 29 Prozent unseres gesamten Getreideimportbedarfes gedeckt, im Jahre 1950 0·1 Prozent. Ferner haben wir im Jahre 1935 97·4 Prozent unseres Mehlimportbedarfes aus Ungarn gedeckt, im Jahre 1950 haben wir 0·0 Prozent von dort bezogen. Wir haben im Jahre 1935 unseren Eierbedarf zu 26 Prozent aus Polen gedeckt, im Jahr 1950 nur zu 13·6 Prozent, aus Ungarn 1935 zu 59 Prozent — immer, was das Gesamtquantum des Importes anbelangt —, im Jahre 1950 nur zu 12·3 Prozent. An die Stelle dieser volksdemokratischen Staaten als Eierlieferanten ist im Jahre 1950 die Türkei getreten, die 57·5 Prozent unseres Eierimportbedarfes gedeckt hat, während wir im Jahre 1935 von der Türkei überhaupt keine Eier bezogen haben.

Ich könnte Ihnen noch mit einer ganzen Reihe solcher eindrucksvoller Zahlen dienen, die eine sehr beredte Sprache sprechen. Aber nicht wir sind daran schuld, nicht die österreichische Regierung ist daran schuld, daß sich die Verhältnisse so gewendet und so geändert haben, sondern schuld daran sind die volksdemokratischen Staaten selber, die sich völlig Rußland ausgeliefert haben, die unter dem stärksten Druck stehen und nach Rußland Lebensmittel liefern müssen, während die eigenen Leute in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in Bulgarien und in Rumänien argen Lebensmittelmangel leiden. Es herrschen dort Bewirtschaftungsmaßnahmen, die wir in diesem Ausmaß nicht einmal während der Zeit des Krieges gekannt haben. (*Abg. Honner: Das ist wieder eine Lüge! — Ruf bei den Sozialisten: Wir haben den Fischer im Osthandel bezogen! — Anhaltende lebhaftes Zwischenrufe. — Präsident Böhmer gibt das Glockenzeichen.*)

Im Jahre 1937 sind 31 Prozent aller Einfuhren und 26 Prozent aller Ausfuhren Österreichs auf die Oststaaten, die Tschechoslowakei,

Ungarn, Polen, Rumänien und Bulgarien, entfallen. Im Jahre 1951 betrugen diese Anteile nur mehr 10 bzw. 13 Prozent. Der Außenhandel mit diesen Staaten ist also wirklich sehr stark zurückgegangen; aber ich betone noch einmal: Nicht durch unsere Schuld! Er wird nicht von unserer Regierung gedrosselt, sondern da sind verschiedene Ursachen maßgebend, über die sich die Herren selbst im stillen Kämmerlein völlig im klaren sind. Ein Handel setzt freie Grenzen voraus, einen freien Verkehr. Heute sind die Volksdemokratien abgesperrt mit Stacheldraht, abgesperrt mit Minenfeldern; Handelsvertreter werden überhaupt nicht zugelassen. Die Furcht, in ein Spionageverfahren zu geraten, läßt überhaupt eine Aussprachemöglichkeit nicht zu und lähmt die gegenseitige Aussprache völlig.

Das Agrarland Ungarn ist in einem starken Industrialisierungsprozeß begriffen. Das Land, das einmal blühendes Agrarland gewesen ist, vermag heute nicht einmal mehr seine eigene Bevölkerung zu ernähren. (*Abg. Honner: Das ist wieder eine Lüge! — Heiterkeit. — Abg. Prinke: Leg eine andere Platte auf! — Abg. Honner: Die ganze Rede ist nichts als eine einzige infame Lüge und Verdrehung! — Präsident Böhmer gibt das Glockenzeichen.*) Jedenfalls sind die kompetenten Stellen Österreichs nicht gewillt, Steyr-Traktoren gegen Paprika oder Paradeismark in das volksdemokratische Ausland auszuführen. (*Abg. Dr. Pittermann: Oder gegen Friedenstauben! — Heiterkeit.*)

Die Vorwürfe der Kommunistischen Partei in dieser Beziehung sind also in keiner Weise stichhältig, sie fallen vielmehr auf das volksdemokratisch-kommunistische System in seiner geistigen Grundstruktur zurück.

Hohes Haus! Österreich braucht dringend einen Schlußstrich unter diese traurige Epoche seiner Geschichte. Wie sind nun die Aussichten für diesen Kurzvertrag? Darf ich darüber noch ein paar Worte verlieren. Die „Neue Zeit“, das kommunistische Landesorgan Oberösterreichs, schreibt in ihrer Nummer vom 25. März: „Die große Chance für Österreich liegt“ — bitte, Herr Abg. Koplenig, passen Sie sehr gut auf! — „nun darin, auf dieser Linie“ — gemeint ist das russisch-deutsche Friedensangebot — „auch die Sache des österreichischen Staatsvertrages vorwärtszutreiben. Wenn von Österreich eine entsprechende Initiative ausginge, wäre mit einmal eine Plattform geschaffen, auf der die Frage des österreichischen Staatsvertrages neu ins Rollen gebracht werden könnte, sogar bevor es zu Abmachungen und Entscheidungen über den deutschen Friedensvertrag kommt.“

86. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 2. April 1952 3273

Man kann sagen: Soviel Worte, soviel Heuchelei! Der Kurzvertrag wäre eine solche Initiative. Der Linksblock hat aber in seiner an die Regierung gerichteten parlamentarischen Anfrage vom 19. März den Kurzvertrag als einen einseitigen Akt der Westmächte bezeichnet.

Im übrigen ist die Wiener „Volksstimme“, das offiziöse oder offizielle Organ der Kommunistischen Partei Österreichs, entgegenge-setzter Meinung. Sie, die „Volksstimme“, verweist ausdrücklich auf den Passus der sowjetrussischen Deutschlandnote, daß nach Abschluß eines deutschen Friedensvertrages alle europäischen Probleme leichter zu lösen seien, darunter auch der österreichische Staatsvertrag.

Wir meinen, Hohes Haus, die Haltung Rußlands gegenüber dem österreichischen Kurzvertrag wird ein Prüfstein für den guten Willen Sowjetrußlands sein. Sie könnte jedenfalls ein höchst eindrucksvoller Beweis für die russische Friedensbereitschaft sein.

Die Friedensschalmeien und die Friedenspropagandaaktionen der Kominform beziehungsweise der von ihr aufgezogenen zahlreichen getarnten Organisationen stehen allerdings einigermaßen im Widerspruch zum Stand der russischen Rüstungen. Während die Westmächte 1945 sofort abgerüstet haben, war dies bei Rußland nicht annähernd der Fall. Seither aber erfolgte auf russischer Seite eine stark forcierte Wiederaufrüstung. Die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 8. März dieses Jahres bringt — ebenso übrigens auch die „Berichte und Informationen“ — Daten über das russische Rüstungsbudget, die ich dem Hohen Hause nicht vorenthalten möchte.

Rußland gibt offiziell nach eigenen Angaben 24 Prozent der Gesamtausgaben für Rüstungszwecke aus, nämlich 114 Milliarden Rubel gegenüber 96 Milliarden Rubel im Vorjahr. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß im Budget weitere 30 Milliarden Rubel enthalten sind, deren Verwendungszweck nicht genannt wird — (Abg. Dr. Pittermann: *Das ist für Überbrückungshilfe! — Heiterkeit*) ja, für militärische Überbrückungshilfe! —, und daß der Großteil des sogenannten Investitionsprogramms mit 143 Milliarden Rubel gegenüber 106 Milliarden des Vorjahres ebenfalls wahrscheinlich zu den Rüstungsausgaben zählt. Die genannte Zeitung schreibt: Fachleute schätzen demgemäß, daß über 50 Prozent des Gesamtbudgets Rußlands für militärische Zwecke, für Rüstungsaufgaben, bestimmt sind. Dazu muß noch bemerkt werden, daß die Preise für strategische Güter von Staats wegen sehr tief gehalten werden.

All dies läßt die kommunistischen Friedentauben in einem entsprechenden Licht erscheinen. Sie sind wie so viele andere Aktionen auf der kommunistischen Seite dazu bestimmt, die Dummen, die leider nicht alle werden, zu Werkzeugen gefährlicher Tarnungsmanöver zu machen. (Abg. Slavik: *Dort sitzt ein ganzes Quintett!*) Das Geschrei von der Remilitarisierung Österreichs mutet angesichts solcher Zahlen und der Tatsache, daß man Deutschland nunmehr die Rüstungsfreiheit zurückzugeben geneigt ist, geradezu als herausfordernd komisch an.

Der Herr Abg. Kopenig hat heute erklärt, Amerika brauche den deutschen Imperialismus. Wir erkennen an dem deutschen Friedensangebot, daß Rußland recht gern mit einem neutralisierten Deutschland auf seinem Schachbrett rechnen möchte, das dann nach dem Abzug der westlichen Besatzungsmächte von dem östlichen Nachbarn entsprechend behandelt und bearbeitet werden könnte.

Ich darf nur noch daran erinnern, um zum Abschluß zu kommen, daß noch vor einem Jahre in Europa auf russischer Seite zusammen mit den Satellitenstaaten 120 bis 150 Divisionen zur Verfügung standen. Diesem ungeheuren militärischen Aufgebot standen 12 westliche Divisionen gegenüber. Bekanntlich ist es das Ziel des Westens, der sogenannten Atlantikpakt-Länder, alles in allem 50 bis 60 Divisionen aufzustellen — aber nicht aus irgendwelchen Aggressionsabsichten heraus, sondern um einigermaßen ein Gleichgewicht herzustellen, wenn davon überhaupt die Rede sein kann.

Die „Österreichische Volksstimme“ läßt in ihrer Nummer vom 12. März einen russischen Funktionär — ich weiß nicht, welche hohe Stelle er bekleidet — namens Swerew sagen: „Die Sowjetunion betreibt unveränderlich und konsequent eine Politik des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern.“ Es ist nicht schwer zu sagen, ob die Rüstungsdaten eine Bestätigung für diese Behauptung oder für deren Gegenteil darstellen.

Der Herr Abg. Kopenig hat den Kurzvertrag heute als unannehmbar bezeichnet, aber nicht aus Gründen, die im Interesse Österreichs gelegen sind, sondern er hat sich — gewiß nicht zum erstenmal, vermutlich auch nicht zum letztenmal — zum Anwalt der russischen Politik und ihrer „Njet“-Taktik gemacht. (Abg. Geisslinger: *Aber es fragt ihn, Gott sei Dank, ohnedies niemand!*)

Hohes Haus! Viel Anlaß zu Optimismus besteht ja vielleicht angesichts all dieser vorgebrachten Fakten und Tatsachen nicht. Wir wollen aber die Hoffnung und den Glauben an den Sieg der Vernunft und nicht zuletzt die Hoffnung und den Glauben an den Sieg des

3274 86. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 2. April 1952

Rechtes nicht aufgeben und nicht verlieren. Ich sage es ganz offen: Je stärker sich der Westen ralliiert, festigt und seine Abwehr — ich unterstreiche dieses Wörtchen Abwehr — organisiert, je eindeutiger dieser Wille zum Ausdruck kommt, umso mehr wird die kühle Berechnung auf der anderen Seite die Oberhand behalten! Und darin allein liegt für uns ein Grund zum Optimismus und ein Grund zum Glauben an den kommenden Frieden. (Abg. Koplénig: *Amerikanisch bis auf die Knochen!* — Abg. Dr. Pittermann: *Sie leiden an volksdemokratischer Gehirnerweichung!* — Abg. Honner: *Boogie-Woogie-Sozialisten!* — *Heiterkeit.*) Kollege Honner, Sie sind ein bedauernswerter Machorka-Sozialist!

Der bekannte französische Journalist Ernest Pezet hat vorgestern in der Zeitung „Le Monde“, die in der Welt viel gelesen wird, geschrieben: „Die Sowjetunion wird den abgekürzten Vertrag ablehnen, und der Westen wird sich weigern, auf das alte Konzept zurückzukommen. Beide Teile hoffen, auf diese Art und Weise später zu einem mit weniger drastischen Hypotheken belasteten Abkommen zu gelangen.“

Es ist schwer zu sagen, welchem von beiden großen, augenblicklich unser aller Interesse in Anspruch nehmenden Problemen, dem deutschen Friedensvertrag oder dem österreichischen Kurzvertrag, die Priorität der Behandlung zukommen wird. Der deutsche Friedensvertrag stellt jedenfalls einen viel umfassenderen und schwierigeren, einen viel heikleren Komplex dar. Der österreichische Kurzvertrag könnte bei einigem gutem Willen in wenigen Stunden abgeschlossen sein. Wir teilen die Auffassung unseres Herrn Außenministers, der hier heute erklärt hat, daß der Kurzvertrag ohne weiteres eine akzeptable Verhandlungsbasis darstellt. Wir schließen uns vollinhaltlich der Forderung an, daß die österreichische Regierung bei allen wichtigen Belangen gehört werden müsse.

Ich möchte nur noch eine die Sachlage — wie ich glaube — zutiefst kennzeichnende Bemerkung machen. Sie ist nicht neu, sie muß aber in diesem Zusammenhang doch wieder gemacht und der Weltöffentlichkeit wieder vor Augen gehalten werden. Staaten, die an der Seite Hitler-Deutschlands, an der Seite der Hitler-Armeen gekämpft haben, haben schon längst ihre Friedensverträge. Es ist richtig, wie es der Herr Bundesminister Dr. Gruber gesagt hat: Wir gönnen allen Völkern die Freiheit; wir könnten höchstens den Wunsch anfügen, daß diese Völker, die zum Teil an der Seite Hitlers gekämpft haben und die schon den Friedensvertrag haben, die Freiheit besser hätten hüten mögen, als sie es getan haben.

Wir müssen aber für unser Österreich dasselbe Recht reklamieren, das einfach ein primitives Naturrecht darstellt. Wir fordern die eheste Räumung unseres Landes von sämtlichen fremden Truppen! (*Lebhafter Beifall.*) Wir fordern unsere Freiheit! (*Neuerlicher lebhafter Beifall.*)

Tausende von Gräbern, die in Österreich und auch in fremder Erde die Leichname von Österreichern bergen, berechtigen uns zu diesem Ruf und zu dieser Forderung, tausende Menschen, die in Konzentrationslagern, in Arbeitszwangslagern, in Gestapogefängnissen und Kerkern ihr Leben für die Freiheit dieses Landes geopfert haben. Ihr Geist und der Geist der vielen Zehntausende, die schwere und schwerste Haft überstanden haben, berechtigt uns zu dieser Forderung. Die Großmächte, vor allem die Sowjetunion, mögen unseren Schrei hören. Es ist der Ruf nach Gerechtigkeit, nach Freiheit und Selbständigkeit. Wer ihn nicht hört, wer ihn nicht hören will, belastet sich vor dem Forum der Geschichte mit einer großen Verantwortung und nicht zuletzt auch mit der Schande, ein altes Kulturvolk in einem unerträglichen Zustand belassen zu haben.

Das in der Moskauer Deklaration gegebene Versprechen harrt also der dringenden Einlösung. Das Anbot des deutschen Friedensvertrages würde eine Farce bleiben, wenn nicht auch raschest der Wille sichtbar würde, dem kleinen Österreich die Souveränitätsrechte zurückzugeben. Man schaffe ein mündiges, ein souveränes Österreich, man stelle das alte Österreich im Bestande der Ersten Republik wieder her, und die Welt wird wieder aufatmen mit uns! Sie wird, wenn auch Deutschland als ein einiges und befriedetes Deutschland wiedererstanden sein wird, Wege einer gesunden und friedlichen Entwicklung gehen können.

Wenn heute das österreichische Parlament und morgen die Landtage der österreichischen Bundesländer diesen heißen Wunsch an die Verantwortlichen dieser Erde richten, dann mögen sie Gehör finden, weil die Stunde dafür wahrhaftig überreif ist! (*Lebhafter Beifall.*)

Hohes Haus! Ich überreiche hiemit dem Hohen Präsidium den Antrag der Abg. Ing. Raab, Dr. Pittermann und Dr. Herbert Kraus, der folgenden Wortlaut hat:

Der Nationalrat nimmt den Bericht der Bundesregierung zur Kenntnis.

Der Nationalrat gibt der tiefen Empörung des österreichischen Volkes Ausdruck und protestiert neuerlich gegen die völkerrechtswidrige Fortsetzung der Besetzung Österreichs durch fremde Armeen, gegen die Aufrechterhaltung der Militärgerichtsbarkeit in

allen Zonen, gegen die Ausbeutung der wirtschaftlichen Hilfsquellen und gegen die fortgesetzte Einmischung der Besatzungsmächte in die inneren Angelegenheiten Österreichs.

Der Nationalrat protestiert leidenschaftlich gegen das Unwesen alliierter Geschäftsbetriebe innerhalb der Republik Österreich, welche die Wirtschaftsgesetze mißachten und die österreichischen Steuern schuldig bleiben.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages. *(Starker Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Präsident Böhm: Der vom Abg. Dr. Korof eingebrachte Antrag ist genügend unterstützt. Er steht deshalb zur Verhandlung.

Abg. Scharf: Hohes Haus! Anlässlich der bevorstehenden Reise des österreichischen Bundeskanzlers nach Amerika haben die ÖVP-Blätter eine Reihe von Artikeln gebracht, in denen die Regierung Figl wegen ihrer besonderen Stabilität gelobt wurde. Seit 1945 haben wir in Österreich die Regierung Figl, aber seit 1945 haben wir in Österreich auch die Besetzung. Diese Parallellität ist nicht zufällig. Es ist schon so, daß auch die österreichische Regierung sehr entscheidend mit die Verantwortung für die Verhältnisse in Österreich trägt. Heute, da die Frage des österreichischen Staatsvertrages zur Debatte steht, müßte diese Regierung, wenn es ihr nicht nur um eine infame antisowjetische Hetze gehen würde, auch die Frage stellen, ob sie in den vergangenen sieben Jahren die richtige, den Interessen des österreichischen Volkes entsprechende Politik betrieben hat. Es ist bezeichnend, daß man im Gegensatz dazu hier die Reise des Bundeskanzlers zum Anlaß genommen hat, um wieder einmal alle Register der Hetze zu ziehen und mit einer Reihe von Provokationen diese Reise vorzubereiten.

Eine solche Politik, die auf Provokationen und einseitigen Bindungen aufgebaut ist, kann niemals den Interessen des österreichischen Volkes und höchstens den Interessen der imperialistischen Politik Amerikas dienen. Die Bindungen gegenüber dieser amerikanischen Politik sind in den vergangenen Jahren so weit gegangen und gehen auch heute noch so weit, daß man bereit ist, für sie auf österreichische Interessen zu verzichten. Der Außenminister Dr. Gruber hat hier darauf hingewiesen, daß seit Jahren das österreichische Öl ausgebeutet wird, ohne daß Österreich davon etwas hat. Ich muß in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß der österreichischen Regierung der Vorschlag gemacht worden ist, das österreichische Öl, die Zistersdorfer Betriebe gemeinsam zu führen, und daß die österreichische Regierung diesen Vorschlag schon seinerzeit zum Anlaß

einer antisowjetischen Hetze gemacht hat. Die österreichische Regierung hat sich geweigert, Verhandlungen über den Vorschlag zu führen, und die Forderung aufgestellt, daß von allen vier Besatzungsmächten über diese Frage entschieden werden muß. Die Entscheidung, die von diesen vier Besatzungsmächten getroffen wurde, ist im österreichischen Staatsvertragsentwurf festgehalten, und nach dieser Entscheidung soll die Sowjetunion 60 Prozent des österreichischen Öls und das westliche Kapital 40 Prozent bekommen.

Wir sehen, daß der Kampf, den die österreichische Regierung gegen den sowjetischen Vorschlag geführt hat, nicht im geringsten mit dem Kampf für österreichische Interessen etwas zu tun hat, sondern daß er einzig und allein dem westlichen Kapital, den amerikanischen Interessen gedient hat. Als diese Frage in Österreich zur Debatte stand, haben eine Reihe von Mitgliedern des Parteivorstandes der SPÖ die Aufnahme der Verhandlungen mit dem sowjetischen Element gefordert. Wenn dieser Forderung der Mitglieder des Parteivorstandes damals Folge geleistet worden wäre, dann hätte sich Österreich seit sieben Jahren an der Erdölproduktion beteiligen können.

Wenn sich die österreichische Regierung von vornherein auf den Standpunkt der österreichischen Neutralität gestellt hätte, dann hätten wir in Österreich längst eine andere Atmosphäre, wäre es längst möglich gewesen, die Forderung des österreichischen Volkes nach Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Abzug der Besatzungsmächte erfüllt zu sehen.

In einer ähnlichen Weise wie in der Frage des Zistersdorfer Öls wird auch die Hetze in der Frage der USIA-Betriebe geführt, und in der letzten Parlamentssitzung ist man sogar dazu übergegangen, den verfassungsmäßigen Grundsatz des gleichen Rechtes aller Staatsbürger vor dem Gesetz zu brüskieren. Die Begründung, die für diese Hetze heute wieder angeführt wurde, sind die angeblichen Steuerhinterziehungen der USIA-Betriebe. In Wahrheit aber ist es auch hier so, daß die österreichische Regierung die Eintragung der USIA-Betriebe in das Handelsregister verhindert und damit die Vorschreibung gewisser Steuern, wie der Körperschaftsteuer, unmöglich macht. Die österreichische Regierung will auf der einen Seite die USIA-Betriebe etwa als ein gestohlenen Gut bezeichnen, auf der anderen Seite aber von diesem Diebstahl wie Hehler die Steuern einziehen.

Auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei im Jahre 1947 ist ein Vorschlag eingebracht worden, der zur Lösung der Frage des Deutschen Eigentums hätte dienen können. In dem Antrag, der von der Tiroler Landesorganisation

3276 86. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 2. April 1952

der SPÖ eingebracht wurde, heißt es: „Eine der Hauptschwierigkeiten für den Abschluß des Staatsvertrages bedeutet die Frage des Deutschen Eigentums. Die Sowjetunion, sichtlich in der Besorgnis, daß die österreichische Volkswirtschaft in die Hände des amerikanischen Kapitals gerät, besteht auf dem Eigentumsrecht der von ihr als Deutsches Eigentum bezeichneten Betriebe und Unternehmungen.“

Und nun weist dieser Antrag der Landesorganisation Tirol einen Ausweg: „Österreich verpflichtet sich, alle Betriebe und Unternehmungen, die schließlich als Deutsches Eigentum von den Alliierten erklärt werden, zu verstaatlichen, und verpflichtet sich ferner, in aller Zukunft kein Auslandskapital für diese verstaatlichten Betriebe in Anspruch zu nehmen.“

Dieser Vorschlag ist von der rechtssozialistischen Führung abgelehnt worden, weil sich die Vertreter der Regierungspolitik weigern, eine Verständigung mit der sowjetischen Besatzungsmacht herbeizuführen, weil sie an der gegenwärtigen Situation im Interesse der imperialistischen amerikanischen Politik festhalten wollen. Es ist die amerikanische imperialistische Politik, die nicht duldet, daß es zwischen der österreichischen Regierung und der Sowjetunion zu einer Verständigung kommt.

Der Abg. Raab hat in der letzten Parlaments-sitzung gegen die USIA-Betriebe Stellung genommen und unter anderem erklärt: Wenn man versucht, durch die USIA eine wirtschaftliche Infiltration des ganzen österreichischen Wirtschaftslebens zu erreichen, ist es unsere heilige Pflicht, dagegen aufzutreten. Wir sehen, der Abg. Raab versucht sich als Kämpfer für die österreichische Unabhängigkeit hinzustellen. Wie einseitig und unaufrichtig seine Erklärung ist, geht jedoch daraus hervor, daß gerade diese Wirtschaft, die von der ÖVP und dem Herrn Raab beherrschte Wirtschaft Österreichs, der amerikanischen Infiltration, dem amerikanischen Einfluß vollkommen widerstandslos ausgeliefert worden ist.

Ich spreche nicht nur von den Einflüssen des amerikanischen Kapitals auf österreichische Betriebe; ich spreche davon, daß die gesamte Wirtschaft, soweit sie den österreichischen Wirtschaftspolitikern untersteht, durch den Marshallplan dem amerikanischen Einfluß ausgeliefert worden ist. Die Amerikaner bestimmen, welche Investitionen in Österreich durchgeführt werden müssen, wie die Währungs-politik geführt werden muß, welchen Wechselkurs der Schilling gegenüber anderen Währungen halten soll. Sie bestimmen über unsere Zollpolitik, über die Produktion der Rohstoffe, über den österreichischen Außen-

handel. Diese Politik, die die österreichische Wirtschaft dem amerikanischen Einfluß ausliefert, hat mit dem Kampf für die Freiheit Österreichs aber schon nicht das geringste zu tun. Hier werden Phrasen vertreten von denen, die selber das Gegenteil von dem tun, was sie verkünden.

Der Herr Abg. Dr. Koref hat hier davon gesprochen, daß Österreich eine Bastion der Freiheit in Europa ist. Die Wahrheit ist, daß das österreichische Volk unter den gegenwärtigen Umständen nicht das Gefühl hat, daß es in Freiheit lebt. Das österreichische Volk weiß ganz genau, daß es die Freiheit nur im Kampf gegen diese Regierungspolitik erringen können. Wenn in Österreich heute von Freiheit geredet wird, dann kann sie nur in dem Sinn verstanden werden, daß die Amerikaner in Österreich die Freiheit haben, über unsere Wirtschaft und unsere politischen Fragen zu entscheiden.

Die Auslieferung Österreichs durch den Marshallplan hat Österreich eine Reihe von Schädigungen gebracht: die Exportschwierigkeiten, den Raubbau an den österreichischen Rohstoffen, die Verpflichtung zu Rohstoffexporten zu Schleuderpreisen, die wachsende Arbeitslosigkeit und den sinkenden Lebensstandard der werktätigen Bevölkerung. Das sind die Wohltaten des sogenannten Marshallplans! In Wahrheit sind es KriegstrIBUTE, die die werktätige Bevölkerung für die amerikanischen Kriegsvorbereitungen zu leisten hat.

Die Folgen dieser Bindungen, die die österreichische Regierung eingegangen ist, haben die Schwierigkeiten in Österreich leider immer nur vergrößert. Wir müssen es hier klar und eindeutig aussprechen: Für alle Schäden, die aus diesen einseitigen Bindungen Österreichs entstehen, wird die österreichische Regierung sich dereinst zu verantworten haben. Was wir in Österreich brauchen, sind nicht einseitige Bindungen, sondern Handelsbeziehungen, freundschaftliche Beziehungen zu allen Nachbarstaaten; was wir nötig haben, ist eine Politik der Neutralität, die uns die Möglichkeit gibt, die Lebenshaltung unserer Bevölkerung zu verbessern und die Unabhängigkeit und Selbständigkeit unseres Staates zu erringen.

Überall in Europa beginnen sich die werktätigen Menschen gegen die amerikanische Kriegspolitik zur Wehr zu setzen. Der Widerstandswille ist bereits so mächtig geworden, daß selbst rechtssozialistische Politiker, die sich sonst widerstandslos der amerikanischen Politik unterwerfen, da und dort gezwungen sind, gegen den amerikanischen Kurs Stellung zu nehmen. Da war es Jules Moch in Frankreich, der mit zwanzig Abgeordneten gegen die Europa-Armee-Resolution, die von

der französischen Regierung eingebracht wurde, Stellung bezog. Da sind es selbst die Rechtssozialisten in Italien, die Saragat auf die Seite gedrängt haben, der bedingungslos die Atlantik-Politik der Regierung De Gasperi unterstützt hat. In England ist es der ehemalige Gesundheitsminister Bevan, der mit einer Gruppe von 60 Abgeordneten gegen das Budget der Aufrüstung Stellung genommen hat. Und schließlich hat sich auch die deutsche Sozialdemokratische Partei gegen die Ablehnung der sowjetischen Friedensvorschläge durch Amerika ausgesprochen und sich dagegen gewehrt, daß man Deutschland zwingt, nur einseitige Bindungen mit dem Westen einzugehen.

Wie aber sieht es diesen Tatsachen gegenüber mit den Vertretern der Rechtssozialisten in Österreich aus? Sie haben sich bisher bedingungslos der Politik der amerikanisch orientierten ÖVP angeschlossen, sie haben bedingungslos den amerikanischen Kriegskurs mitgemacht. Die Bourgeoisie, die kapitalistischen Klassen haben in der Vergangenheit immer wieder versucht, die werktätige Bevölkerung durch außenpolitische Probleme von wirklich lebenswichtigen Fragen abzulenken und sie für die Pläne der kapitalistischen Politik gefügig zu machen. Wir müssen feststellen, daß heute in Österreich von der rechten SP-Führung eine solche Politik mitgemacht und gefördert wird. Die SP stellt sich damit an die Seite der Hetzer gegen die Sowjetunion, um die werktätige Bevölkerung dazu zu bringen, die Lasten, die man ihr für die Kriegsvorbereitungen aufhalsen will, zu übernehmen. Die amerikanische Besatzungsmacht in Österreich kann treiben, was sie will, man wird nie ein Wort des Protestes hören. Da werden Bauernaustreibungen durchgeführt, um militärische Festungsanlagen und Festungsstätten aufzubauen, wie das in Wals und Siesenheim der Fall ist, da werden ganze Berge abgeholzt, weil irgendwelche militärischen Anlagen angelegt werden sollen, wie zum Beispiel am Kreuzberg bei Salzburg, es können was für Ausschreitungen immer erfolgen, die Regierung wird keine Stimme dagegen erheben. Sie schweigt darüber. Aber wenn der Regierung irgendeine Falschmeldung über die sowjetische Besatzungsmacht oder Teile von ihr zukommen, dann wird sie zum Anlaß für große Protest-erklärungen und Regierungsresolutionen gemacht.

Bezeichnend für diese Haltung der Regierungspolitik ist wohl die Erklärung des Innenministers Helmer vom 2. März, in der er zur Ablenkung von der Stadl Paura-Explosionskatastrophe plötzlich ein Manöver der sowjetischen Besatzungsmacht im Raum Scheibbs—Amstetten erfand, an dem sich

220 Panzer beteiligt haben sollen. Die ganze Skrupellosigkeit und Verlogenheit dieser Propaganda geht vor allem aus den Methoden hervor, mit denen versucht wurde, diese Lüge aufrechtzuerhalten: Der sowjetische Informationsdienst hatte mitgeteilt, daß im Raum Scheibbs—Amstetten überhaupt keine Übungen der sowjetischen Besatzungsmacht stattgefunden haben, geschweige denn, daß sich daran irgendwelche Panzer beteiligt hätten. Was erklärt nun der Innenminister Helmer dazu? Daß er durch Beschwerden der Zivilbevölkerung, die über Flurschäden und ähnliches berichtet hätte, von diesen Manövern Kenntnis erhalten habe.

Es hat sich nun eine Delegation des Friedensrates (*Heiterkeit*) an Ort und Stelle begeben und mit einer Reihe von Leuten gesprochen, so mit dem Bezirkshauptmann von Amstetten, Hofrat Hentl, dem Kontrollinspektor der Gendarmerie Geretschläger vom Bezirksgendarmeriekommando Amstetten, mit Vizebürgermeister Soukup, der gleichzeitig Obmann der Bezirksorganisation der Sozialistischen Partei ist, mit Amtsdirektor Ellböck sowie mit dem sowjetischen Stadtkommandanten. Alle diese Personen haben einhellig mitgeteilt, daß ihnen von sowjetischen Manövern in diesem Gebiet nichts bekannt ist und daß sie auch keine Panzer in der Gegend feststellen konnten. Das sind die Tatsachen.

Die Delegation des Friedensrates, die das ermittelt hat, wollte natürlich die festgestellten Widersprüche gegenüber der Erklärung des Innenministers Helmer aufklären und hat um einen Empfang bei ihm angesucht. Aber der Herr Innenminister war an der Klärung der Angelegenheit nicht interessiert, denn er wäre dabei einer Lüge überführt worden. Wie hat doch heute Herr Bundeskanzler Figl hier erklärt: „Es ist bedauerlich, daß Österreicher versuchen, mit derartigen Märchen den Abschluß des Staatsvertrages hintanzuhalten.“ Ja, hieher paßt es! Mit solchen Märchen wird in Österreich die Atmosphäre geschaffen, die dem Abschluß des Staatsvertrages so entgegensteht. So sieht der Kampf für die Freiheit Österreichs aus. Er dient, in dieser Weise geführt, weder dem Ansehen noch der Freiheit des österreichischen Staates, sondern einzig und allein dem Kriegskonzept der amerikanischen Imperialisten.

Österreich und das österreichische Volk haben kein Interesse an der Zuspitzung der weltpolitischen Konflikte, Österreich und das österreichische Volk sind nicht daran interessiert, an einen feindlichen Kriegsblock angeschlossen zu werden, das österreichische Volk verlangt eine Politik der Freundschaft und der Neutralität nach allen Seiten. Es war ein sozialistischer Schriftsteller und Redakteur des

„Neuen Österreich“, der auf diese Tatsache in einem Artikel am 25. Jänner sehr klar aufmerksam gemacht hat. In seinem Artikel heißt es: „Solange der eine Block sich zu dem Verdacht berechtigt glaubt, wir würden, sobald wir den Staatsvertrag haben, sofort mit fliegenden Fahnen zum andern Block übergehen, solange können wir kaum erwarten, daß unsere Wünsche in Erfüllung gehen. Das ist der wahre und innerste Grund, weshalb wir den Vertrag bisher nicht bekommen haben... Aus dieser negativen Betrachtung können wir aber auch positive Schlüsse ziehen. Wenn es uns gelingt, den Verdacht der einseitigen Bindung und Verpflichtung zu entkräften und der Weltöffentlichkeit die Überzeugung beizubringen, daß wir jetzt und in aller Zukunft keinem der Blöcke Land, Menschen und Waffen ausliefern werden, dann brauchen wir nicht auf den sternenweiten Zeitpunkt der Generalbereinigung zu warten, dann wird durch unsere Freiheit und Unabhängigkeit niemandem ein Machtverlust oder ein Machtgewinn verurteilt.“

Das sind konkrete Worte, hier wird klar ein Weg gezeigt, und auf den kommt es an. Nicht das Jammern über die Last der Besetzung, nicht die einseitige Bindung an das imperialistische Amerika oder die einseitige Hetze gegen die sowjetische Besatzungsmacht hilft uns weiter. Es nützt nichts, allein davon zu sprechen, daß wir den Staatsvertrag wollen; man muß auch die Mittel anwenden und die Wege gehen, die zum Abschluß des Staatsvertrages führen. Das ist das Interesse des österreichischen Volkes, und deshalb verlangen wir von unserer Regierung nicht eine Hetzpropaganda, sondern eine Politik der Neutralität, der Völkerfreundschaft und des Friedens.

Statt dessen aber wird nun in Österreich von der Regierung die Propaganda für den Skelettvertrag eingeleitet. Man will uns einen Vertrag schmackhaft machen, der vollkommen einseitig von der amerikanischen Besatzungsmacht, von Amerika beziehungsweise den westlichen Alliierten ausgearbeitet worden ist, und will uns weismachen, daß wir diesen Vertrag leichter bekommen könnten als etwa den Vertrag, an dem schon in mehr als 250 Sitzungen beraten worden ist und der bereits konkrete Vereinbarungen aller vier Besatzungsmächte enthält. Wenn von seiten der westlichen Alliierten von solchen Vereinbarungen ganz einfach die Bestimmungen weggelassen werden, die ihnen nicht passen, dann ist das sicher kein Fortschritt auf dem Wege zum Abschluß des Staatsvertrages. Es sind die amerikanischen Stellen selbst, die zugeben, daß ein solcher Vertragsentwurf für die Sowjetunion unannehmbar sei. Es sind die amerika-

nischen Stellen selbst, die das behaupten. Wenn sie also trotzdem einen solchen Entwurf propagieren, dann kann man sich nur vorstellen, daß es sich hier entweder um ein bloßes Propagandamanöver handelt oder daß ein einseitiger Vertrag beabsichtigt ist, wie etwa der Japanvertrag, der aber auch Österreich in dieselbe Situation bringen würde, in der sich Japan heute befindet. Japan hat zwar einen Friedensvertrag bekommen, aber nach wie vor bestimmen in Japan die Amerikaner, die dort eine Besetzung auf unbestimmte Dauer aufrechterhalten.

Das ist aber nicht das, was die österreichische Bevölkerung will. Wir wollen nicht einen Skelettvertrag, der Österreich zu einem Skelett zu machen droht, sondern wir wollen die Einheit und Unabhängigkeit unseres Landes bewahrt wissen. Die Gefahr der Zerreißung Österreichs muß abgewehrt werden. Zu dieser Überzeugung gelangen immer mehr Menschen in Österreich, die auch erkennen, daß der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen Situation eine Politik der Neutralität ist. Der Herr Außenminister Dr. Gruber hat sich hier allerdings gegen die Neutralitätspolitik ausgesprochen, und wir müssen uns daher auch darüber im klaren sein, daß wir von der gegenwärtigen Regierung und mit dem gegenwärtigen Kurs der Außenpolitik den Staatsvertrag in Österreich nicht bekommen werden. Wir werden es erleben, daß uns diese Regierung auch in den kommenden Jahren vorjammern wird über die Schwierigkeiten, die sie in Österreich beim Regieren hat, weil wir noch immer die Besetzung haben, weil wir noch immer den Staatsvertrag nicht bekommen konnten.

Als Linksozialist möchte ich hier auf eine Stelle in der programmatischen Erklärung der Sozialistischen Arbeiterpartei hinweisen, in der der Weg und die Linie für eine österreichische Außenpolitik aufgezeigt werden. Es heißt hier:

„Durch seine geographische Lage an der Zonenschnittlinie der Weltmächte wäre Österreich in einem dritten Weltkrieg besonders gefährdet. Jede Verschärfung der weltpolitischen Spannungen verlängert die vierfache Besetzung und die damit verbundene Beschränkung der staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität.“

Das Interesse Österreichs erfordert eine Regierung, die verhindert, daß sich die Gegensätze der Mächte an der österreichischen Frage versteifen. Nur wenn sich die österreichische Regierung aus den Konflikten der Weltmächte heraushält, wenn sie eine Politik striktester Neutralität befolgt und freundschaftliche Beziehungen nach allen Seiten aufbaut, werden der Abschluß des Staatsvertrages und der Abzug der Besatzungsmächte ermöglicht. Durch

die einseitigen Bindungen Österreichs an das imperialistische Lager werden die staatspolitische Souveränität und die Interessen der österreichischen Wirtschaft preisgegeben, wird die Einheit Österreichs gefährdet.“

Was wir in Österreich brauchen, ist eine Politik der Verständigung, ist eine Politik des Heraushaltens aus den weltpolitischen Konflikten, ist eine Politik der Neutralität. Wir wissen, daß wir eine solche Politik von der österreichischen Regierung nicht mehr zu erwarten haben. Aber die österreichische Bevölkerung erkennt auch immer klarer, daß wir eine neue Regierung brauchen, die bereit ist, den Kampf zu führen, damit wir uns aus der Abhängigkeit gegenüber dem imperialistischen Westen befreien und eine Politik in Österreich betreiben können, die den österreichischen Interessen entspricht, damit wir unsere Wirtschaft nicht mehr den amerikanischen Kriegsvorbereitungen unterordnen müssen, sondern eine Friedenswirtschaft aufbauen können, durch die die Lebenshaltung aller werktätigen Menschen verbessert wird, damit wir in Österreich eine neutrale Staatspolitik durchsetzen, durch die der Staatsvertrag und der Abzug der Besatzungsmächte herbeigeführt wird. Wir wollen nicht länger die Opfer der Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Kräfte sein. Wir wollen nicht die Gefahr des Zerissenwerdens auf uns nehmen. Wir wollen nicht, daß die knechtenden Verhältnisse, unter denen wir gegenwärtig leben, weiterdauern. Wir brauchen ein freies, unabhängiges, demokratisches Österreich!

Abg. Dr. Gorbach: Hohes Haus! Vierzehn Jahre nach der Naziinvasion, achteinhalb Jahre nach der Verlautbarung der Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 und nicht ganz sieben Jahre nach dem Kriegsende überreichten vor einigen Tagen die drei Westmächte in Moskau eine Note, die den Abschluß eines acht Artikel umfassenden Vertrages zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs beziehungsweise die Räumung des österreichischen Landes zum Gegenstand hat. Die Sowjets haben, wie das heute schon öfters ausgeführt worden ist, die Fortsetzung der Staatsvertragsverhandlungen von Umständen abhängig gemacht, die mit der österreichischen Frage nichts zu tun haben, und weiters die Weigerung ausgesprochen, an weiteren Beratungen teilzunehmen.

Mit diesem neuen Schritt der Westmächte sollen die ins Stocken geratenen Staatsvertragsverhandlungen wieder in Fluß gebracht werden, wobei der vorgeschlagene neue Textentwurf die Tatsache berücksichtigt, daß sich die Lage seit Kriegsende so sehr verändert hat,

daß frühere Streitfragen längst überholt erscheinen. Das gilt für eine Reihe von politischen Bestimmungen und wirtschaftlichen Zugeständnissen. Was uns noch vor vier Jahren an Geldopfern für das sogenannte Deutsche Eigentum, die Überlassung der Erdölquellen und die Verleihung von Bohrkonzessionen zugemutet wurde, war sicherlich schwer und drückend. Sie schienen uns aber tragbarer als die Kosten einer weiterdauernden mehrjährigen Besetzung dieses Landes.

Doch unsere Hoffnungen erwiesen sich als trügerisch, es kam nicht zum Abschluß des Vertrages. Die Besetzung dauert fort, und die inzwischen vergangenen Jahre haben von uns mehr verlangt als die Summe von 150 Millionen Dollar, die seinerzeit vereinbart worden wäre. Es sind bisher um nicht weniger als 500 Millionen Dollar Werte aus diesem österreichischen Land herausgepreßt worden, und 50 Millionen Dollar kosten uns weiterhin die militärischen Sorgfaltsmaßnahmen, die die Besatzungsmächte uns liebenswürdigerweise angedeihen lassen.

Seit 1946, meine Frauen und Herren, schleppen sich die Verhandlungen über den Staatsvertrag in quälender Monotonie fort, und auch der in Rede stehende Versuch scheint nach den Ausführungen des Herrn Abg. Koplénig hinsichtlich eines positiven End Erfolges außerordentlich problematisch zu sein. Wie oft in der Vergangenheit hat ein starres Nein die Einigkeit unter den Siegermächten verhindert! Das geht aus den einzelnen Phasen der verschiedenen Verhandlungen hervor, die von den Österreichern anfangs mit froher Zuversicht, später mit achselzuckender Skepsis und schließlich und endlich mit grimmigem Hohn verfolgt wurden. Wir fragen nun, ob die Großmächte den Vorschlag, Österreich zu einem freien, von allen Besatzungstruppen geräumten souveränen Land zu machen, finalisieren oder nicht. Es ist klar, daß die Anbahnung eines solchen Weges alle Besatzungsmächte zwingt, vor der Weltöffentlichkeit zu bekennen, ob ihnen die Freiheit und Unabhängigkeit, die Frage der Souveränität Österreichs eine lügenhafte Phrase oder wirklicher Ernst ist.

Das österreichische Volk hat ein sehr gutes Gedächtnis, und es erinnert sich sehr wohl jener Moskauer Deklaration vom 1. November 1943, in der es hieß, daß Großbritannien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika Österreich als das erste freie Land betrachten, das der brutalen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer gefallen ist. Das österreichische Volk erinnert sich aber auch gut daran, daß die drei Großmächte in der gleichen Deklaration ihren

Wunsch zum Ausdruck brachten, ein freies und unabhängiges Österreich wiedererrichtet zu sehen und den Österreichern die Bahn zu ebnen, auf der sie und ihre Nachbarvölker jene politische und wirtschaftliche Sicherheit finden können, die die einzige Grundlage eines dauernden Friedens ist. Das österreichische Volk erinnert sich aber auch an jenen Teil der Deklaration, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß Österreich einen Teil der Verantwortung mitzutragen haben würde dafür, daß es an der Seite Hitlers in den Krieg gezogen ist.

Ich weiß, daß diese Deklaration in bitterster Notzeit dem österreichischen Volke als ein strahlendes Licht erschien. Sie brachte damals in die Verzweilungskrise weiter Kreise unseres Volkes einen Schimmer gläubiger Zuversicht. Wir sahen damals in den Alliierten unsere Befreier, und wir hatten damals unbedingtes, unzerstörtes und durchaus festes Vertrauen zu ihnen. Ich war damals noch unfrei, jedoch innerhalb der gnadenlosen Einsamkeit des uns mit Stacheldraht umgebenden Raumes erfaßte uns darob tiefinnere Bewegung. Keiner von uns konnte damals damit rechnen, die Freiheit und Wiedergeburt Österreichs zu erleben. Aber wir wußten eines: daß wir nicht umsonst gekämpft und gelitten hatten und daß das Ziel unseres Strebens erreicht werden würde. Ein freies und unabhängiges Österreich würde wiedererstehen und die brutale Machtpolitik ein Ende finden.

Aber daß letzten Endes die Moskauer Deklaration für uns ein Unterpfand war, das freute uns besonders hinsichtlich der Bedeutung Österreichs in einem freien und friedlichen Europa, und ebenso, daß die Alliierten zum Ausdruck gebracht haben, dieser Erkenntnis auch in der praktischen Politik voll und ganz Rechnung zu tragen. Dieser Teil der Deklaration aber, in dem sie Österreichs Verantwortung dafür festgestellt haben, daß es an der Seite Hitler-Deutschlands in den Krieg getreten wäre, diese Bemerkung war jedoch nicht so stark, daß sie letzten Endes die leuchtenden Hoffnungsstrahlen dieser Deklaration hätte verdunkeln können, zumal weil sie uns von jenen Großmächten auferlegt wurde, die im Jahre 1938 keinen Finger gerührt haben, uns in unserem Verzweilungskampfe beizustehen.

Aus allen diesen Gründen erinnert sich das österreichische Volk also sehr wohl der Moskauer Deklaration und aller jener Versprechungen, die uns damals auch über den Äther gemacht worden sind. Aus den gleichen Gründen aber hat das österreichische Volk auch ein sehr feines Gehör für den Versuch, die Schuld an den Folgen der Katastrophpolitik der Alliierten auf dieses arme, getretene,

geschundene und ausgebeutete österreichische Volk abzuwälzen.

Der Herr Abg. Fischer und der Abg. Koplenig haben in diesem Hause zum wiederholten Male behauptet, daß das österreichische Volk, daß die österreichische Regierung und daß wir Österreicher selbst daran schuld wären, daß bisher der Staatsvertrag verhindert worden ist. (*Abg. E. Fischer: Nur die Regierung!*) Wir wittern die Gefahr und wir wollen wissen, Herr Abg. Fischer, was hinter dem Versuch steckt, uns und der freigewählten Regierung schon jetzt die Schuld aufzuhalsen, daß uns die Freiheit und Unabhängigkeit noch immer vorenthalten wird. Wir sind nicht gesonnen, diese Dinge und Versuche stillschweigend hinzunehmen, sondern wir sind gewillt, uns zu wehren und eine ganz offene Sprache zu führen. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*) Wer von der Remilitarisierung Österreichs spricht, der ist entweder ein Naivling, ein Dummkopf oder ein Verbrecher, der wider sein besseres Wissen spricht. (*Erneuter Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist doch lächerlich, die Behauptung aufzustellen, daß die paar tausend Gendarmen und Polizisten in unserem Lande einen Beweis dafür zu liefern vermöchten. Die Ausrüstung dieser Polizisten hat nicht einmal den Stand von 1938 erreicht, und ihre Bewaffnung würde jeden Verbrecherlehrling mitleidig lächeln lassen. Und dabei ist Österreich nicht nur von den Truppen der mächtigsten Staaten dieser Welt besetzt, sondern darüber hinaus auch von Nachbarn umgeben, die bis an die Zähne bewaffnet sind. Es sind nicht wenige Volksdemokratien, die an uns angrenzen, wo die Männer für den Kriegsdienst nicht mehr ausreichen und man daher sogar Frauen auf Grund gesetzlicher Bestimmungen im Waffenhandwerk schult. (*Zustimmung.*) Es ist uns nicht unbekannt geblieben, daß Scharfschießübungen und Maschinengewehrunterricht dort selbst zum Erziehungsplan der Kinder gehören.

Bulgarien wurde durch den Friedensvertrag eine bewaffnete Macht von 56.800 Mann zuerkannt. Nach den Mitteilungen, die uns zugekommen sind, unterhält Bulgarien jetzt 180.000 Mann zuzüglich 100.000 Polizisten, und das alles unter der Dominanz einer bekannten Großmacht. Es ist wohl klar, daß unter solchen Umständen das bilaterale Vertragssystem zusammengebrochen ist. Wenn man das alles hört und weiß, dann wagt man noch der österreichischen Regierung Remilitarisierung vorzuwerfen?

Ich frage, Hohes Haus: Was soll geschehen, wenn eines Tages doch einmal der österreichische Staatsvertrag abgeschlossen wird?

Binnen 90 Tagen werden dann die fremden Truppen das Land verlassen müssen. Ja, ist es denkbar, daß innerhalb der kurzen Frist von 90 Tagen die zugestandenen bewaffneten Kräfte in der Höhe von 56.000 Mann ohne entsprechende Vorbereitungen aufgestellt werden können? Wenn ich an die österreichische Regierung eine Frage richte, dann ist es die: Was hat die österreichische Regierung getan, und wenn sie noch nichts getan hat, was gedenkt sie zu tun, um die Voraussetzungen zu schaffen, daß innerhalb jener bewußten 90 Tage tatsächlich ein österreichisches Bundesheer aufgestellt werden kann, das wenigstens symbolisch unsere Grenze gegen die waffenstarrten Nachbarn bewacht? (*Beifall bei den Parteigenossen.*) Ich fordere geradezu die Österreichische Bundesregierung auf, von diesem primitiven Recht eines Volkes, die Grenzen seines Landes zu bewachen, Gebrauch zu machen und den alliierten Regierungen mitzuteilen, welche Schritte sie für notwendig hält und daher unternimmt, um jene Voraussetzungen zu schaffen, die erforderlich sind, wenn 90 Tage nach Abschluß des Vertrages nicht mehr alliierte Besatzungstruppen — schlecht und recht — unsere Grenzen beschützen. Diese Aufforderung an die österreichische Regierung ist die Antwort der übergroßen Mehrheit dieses Parlamentes und damit des österreichischen Volkes an die Kommunisten, wenn sie ihre Lüge über die Remilitarisierung Österreichs als Verleumder ihres eigenen Vaterlandes verbreiten. (*Beifall bei den Regierungsparteien.*)

Das österreichische Volk hat nunmehr ganze sieben Jahre Zeit gehabt, die redseligen Versprechungen und die papierenen Deklarationen mit den von den Siegermächten seither geschaffenen Tatsachen zu vergleichen. Die Bilanz, die wir ziehen müssen, ist erschütternd, sie führt zu einem vernichtenden Urteil.

Wir maßen uns sicherlich nicht an, darüber zu urteilen, ob die katastrophale Situation, in der sich die Menschheit von heute befindet, auf die Unfähigkeit oder auf die Machtgier einzelner oder aller Siegermächte zurückzuführen ist oder ob sie die Ursache darin hat, daß den Menschen ihre eigenen Erfindungen und Organisationen über den Kopf gewachsen sind. Aber das österreichische Volk legt ohne gedanklichen Rückhalt den Siegermächten die Abrechnung darüber vor, was sie seinerzeit versprochen und was sie bis jetzt gehalten haben. (*Beifall bei den Regierungsparteien.*) Jedenfalls weist das österreichische Volk jede Schuld an der heutigen verfahrenen Lage mit aller Entschiedenheit zurück. Darin sieht es keine Anmaßung, sondern sein gutes Recht im Kampfe um die politische, wirtschaftliche und kulturelle Freiheit.

Wie bereits gesagt, sind wir Österreicher achteinhalb Jahre nach der Verlautbarung der Moskauer Deklaration und fast sieben Jahre nach Kriegsende weder frei noch unabhängig und besitzen weder die wirtschaftliche noch die politische Sicherheit, und jedes Kind weiß, daß die Großmächte in der Lage wären, die Grundlage für eine solche Sicherheit und für einen solchen Frieden zu schaffen.

Wir müssen uns fragen: Sind die Alliierten dieser Aufgabe nachgekommen? Hat sich ihre Meinung seit dem 1. November 1943 so grundlegend geändert, oder sind sie nur zu unfähig, diese Aufgabe zu lösen? Und eines drängt sich im besonderen bei der Beantwortung dieser Frage auf: daß nach der Niederwerfung und Zerschlagung des preußischen Militärapparates in der ganzen Welt das Wettrüsten eine Steigerung erfahren hat wie nie zuvor. Militärmaschinen wurden entwickelt, die die deutsche bei weitem übertroffen haben. Selbstverständlich ist man allerwegen um eine Erklärung hiefür nicht verlegen; denn alles das geschieht nur zur Verteidigung der Menschenrechte, zur Verteidigung des jeweiligen Vaterlandes gegen Angreifer, und alles das wurde nur geschaffen zur Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung. Und weil man auf Grund des gegenseitigen Mißtrauens unentwegt daran ist, diese Machtpositionen auszubauen, neue Militärmaschinen zu errichten, findet man keine Zeit, die Grundlagen für einen dauernden Frieden zu schaffen.

Und so kommt es auch, daß Österreich nach dieser langen Zeit seit Kriegsende noch immer von Abordnungen solcher Militärmaschinen besetzt ist; so kommt es, daß trotz des großen stummen Händefaltens, das nach den Worten Wildgans' allein gerichtet ist auf Gerechtigkeit, noch immer, zumindest nach der amtlichen Statistik, 943 österreichische Söhne, die den Waffenrock mit dem Arbeitskittel vertauscht haben, in der fernen Kriegsgefangenschaft nach erlösender Liebe lechzen. Und so kommt es, daß die Siegermächte aus Österreich ein Zentrum der Spionage und der Gegenspionage gemacht haben. Und so kommt es, daß in unserem angeblich befreiten Lande Menschen wie tolle Hunde von der Straße weggefangen werden und auf Nimmerwiedersehen verschwinden. (*Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien und beim KdU.*) Und so kommt es, daß Menschen aus ungeklärten oder unerklärlichen Gründen aus den Stockwerken der Häuser und aus fahrenden Zügen zu Tode stürzen. Und so kommt es, daß unsere Sicherheitsbehörden anläßlich solcher Verbrechen und Tatbestände nicht einmal die Möglichkeit haben, diese Verbrechen

aufzuklären und die Täter der Strafe zuzuführen.

In den letzten Jahren wurden innerhalb des österreichischen Bundesgebietes von den Besatzungsmächten insgesamt 1779 österreichische Staatsangehörige verhaftet (*Hört! Hört!-Rufe bei den Regierungsparteien*): vom amerikanischen Element 99, vom britischen Element 26, vom französischen Element 86 und vom sowjetischen Element 1568. (*Hört! Hört!-Rufe bei den Regierungsparteien.*) Nach längerer oder kürzerer Dauer wurden wieder in Freiheit gesetzt: von den Amerikanern 65, von den Briten 15, von den Franzosen 44 und von den Sowjets 722. Noch in alliierter Gewahrsam sind: bei den Amerikanern 34, bei den Briten 11, bei den Franzosen 42 und bei den Sowjets 821.

Die Zahl der im Auftrag der sowjetischen Besatzungsstellen verhafteten und nach Rußland gebrachten Österreicher bezieht sich nur auf jene, die den österreichischen Behörden bekannt sind. Es langen noch immer Nachrichten über österreichische Staatsbürger ein, die seinerzeit nach Kriegsschluß von sowjetischen Besatzungsorganen angehalten und, unbekannt wohin, weggebracht worden sind. Über das Schicksal der verhafteten Personen kam den österreichischen Behörden, mit Ausnahme von der sowjetischen Besatzungsmacht, Nachricht zu. In keinem einzigen Fall wird der Aufenthalt der in die UdSSR gebrachten österreichischen Staatsbürger bekanntgegeben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß nach den bisherigen Auskünften des sowjetischen Außenamtes 14 Österreicher, die zur Strafverbüßung in die UdSSR verbracht worden sind, verstorben sind. 19 Österreicher, die die über sie verhängten Strafen zum Teil schon über Jahresfrist verbüßt haben, können nicht in die Heimat zurück, trotz der Anstrengungen unserer Regierung, weil ihnen das sowjetische Auslandsvisum bisher verweigert worden ist.

Und so kommt es, meine sehr verehrten Frauen und Herren, daß die Siegermächte aus Österreich ein Zentrum der politischen Propaganda und Gegenpropaganda gemacht und uns die freie Verfügung über unsere Radiostationen entzogen haben. Wir müssen ohnmächtig zusehen, wie die Großmächte die Sender vor allem dazu benützen, die geistigen Grundlagen des Friedens zwischen den Völkern dieser Erde immer mehr zu zerstören. (*Ruf bei der ÖVP: Hör zu, Kollege!*)

Und so kommt es schließlich, daß viele Jahre nach Kriegsende gewisse Siegermächte nach eigenem Gutdünken über unser Eigentum verfügen und daß unsere wertvollsten Rohstoffquellen, Werkstätten und Maschinen endgültig

in ihren Besitz übergegangen, ja auf unserem eigenen Grund und Boden exterritorial geworden sind. Wir müssen noch immer zusehen, wie wertvolle Güter und unermeßliche Werte dauernd nach allen Seiten aus unserem Land strömen.

Es ist daher begreiflich, daß all das, was hier in diesem Land Verantwortung trägt, sich mit aller Entschiedenheit gegen die Methoden der USIA-Geschäfte wendet, die ja ein Dorn in unserer Volkswirtschaft sind und für unsere Wirtschaft auf die Dauer eine Gefahr bedeuten. (*Zustimmung bei den Regierungsparteien.*) In Wien haben wir allein 92 USIA-Verkaufsgeschäfte, die Weinhallen gar nicht inbegriffen, in Niederösterreich 48, im Mühlviertel 3 und im Burgenland 4.

Meine Frauen und Herren! Nicht die Gerechtigkeit ist für diese Entscheidungen und für diese Tatsachen, die die Alliierten in diesem Land gesetzt haben, ausschlaggebend und nicht der Wille, die Existenzmöglichkeit eines unabhängigen Österreich zu sichern oder gar die Grundlagen für einen dauernden Frieden zu schaffen. Nein! Für diese Dinge ist eine Politik bestimmend, die darauf ausgeht, die eigene militärische, politische und wirtschaftliche Machtposition in diesem Land immer mehr auszudehnen und zu stärken.

Und so kommt es auch, daß wir unter der Last der Besatzungskosten ächzen und von einer alliierten Kontrollkommission regiert werden, die sich in alle Dinge unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens einmengt, dies, obwohl sich ihre Vertreter kaum jemals einigen können, sondern sich in Todfeindschaft gegenüberstehen.

Eine der schlimmsten Einschränkungen der österreichischen Souveränität besteht in der Kontrolle der Gesetzgebung. Seit fünf Jahren — um nur einen Fall zu nennen — ist das Randgemeindengesetz noch nicht in Rechtskraft erwachsen, weil es immer wieder am Veto der sowjetischen Besatzungsmacht scheitert.

Ich möchte aber, um nicht einseitig zu erscheinen, darauf verweisen, daß es unverständliche Maßnahmen auch seitens des amerikanischen Elementes gibt. Ich meine hier den Fall des Krankenhauses in der Peter Jordan-Straße. Das Kaufmännische Krankenhaus umfaßt einschließlich eines Altersheimes fünf Gebäude. In dem Hauptgebäude allein ist für 400 Krankenbetten Platz; das Altersheim kann nach seiner Widmung ungefähr 140 Kaufleuten die Möglichkeit bieten, dort ihren Lebensabend zu verbringen. Diese gesamte Anlage des Kaufmännischen Krankenhauses hält das amerikanische Element weiterhin — allerdings gegen Bezahlung einer Miete — in Benützung

obwohl dieses Gebäude vom amerikanischen Element offenkundig nicht zur Gänze benötigt wird. In den letzten beiden Jahren betrug der Belag im Krankenhaus durchschnittlich nur 15 bis 20, maximal 35 Patienten. Es ist wohl auch hier der Appell an die zuständige Besatzungsmacht am Platze, das Kaufmännische Krankenhaus möglichst umgehend, zumindest aber den Teil zu räumen, der nicht unbedingt von der Besatzungsmacht benötigt wird.

Wenn wir uns nunmehr fragen: Worin liegt das Ergebnis dieser sieben Jahre seit Kriegsende?, so fällt die Antwort darauf nicht schwer. Es besteht darin, daß die Befreiung unseres Landes von den alliierten Mächten wohl mit schweren Opfern des Blutes und Gutes erkämpft worden ist, daß dieser wehrhafte Beitrag zu unserer Befreiung aber nicht die logische und notwendige Fortsetzung in einer wahren Friedenspolitik finden konnte, weil sich, wie schon gesagt, die in der Moskauer Deklaration noch einigen Alliierten sofort nach Niederwerfung des gemeinsamen Gegners in einander feindliche Siegermächte verwandelten. Das Ergebnis dieser sieben Jahre besteht darin, daß man uns entgegen der Moskauer Deklaration das vorenthält, was als wesentlich für ein freies und unabhängiges Gemeinwesen notwendig ist. Man verfügt dann und wann über uns und man verfährt mit uns, als ob wir halb wilde Einwohner eines Korallen eilandes wären. Statt der Freiheit und der Unabhängigkeit hat man uns ein Statut beschert, daß deswegen das schlechteste in der ganzen Welt ist, weil es gleichzeitig von vier einander widerstreitenden Kolonialherren mit entgegengesetzten Zielen gehandhabt wird.

Wir Österreicher wissen sehr wohl, daß die feierliche Moskauer Deklaration nicht den Charakter eines verbindlichen Vertrages besitzt, doch in ihrer offiziellen und kategorisch gefaßten Stellungnahme stellt sie eine moralische Verpflichtung großen Ausmaßes dar, die nicht ungestraft gebrochen werden kann. Wenn man diese verhältnismäßig einfache österreichische Frage nicht zu lösen vermag, wie werden dann die Großmächte mit den schwierigeren Problemen in der Welt fertig werden? In dieser Beziehung ist das Versagen der Siegermächte in der österreichischen Frage ein böses Omen und trägt entsetzliche Unsicherheit und Ungewißheit in alle Welt, weil dieses Versagen der sichtbarste Ausdruck eines grundsätzlichen Nichtwollens oder Nichtkönnens ist.

Es gibt nach unserer Auffassung kein österreichisches Problem, aber es gibt leider ein Großmächte-Problem in Österreich. Nichts ist unproblematischer als die österreichische

Frage. Wir Österreicher wissen, daß die internationale Politik mehr denn je ein großes Schachbrett darstellt. Wir sind uns darüber natürlich im klaren, daß auf Grund der geographischen Lage eine Einigung über den Staatsvertrag nur im Rahmen einer allgemeinen Regelung zwischen den Großmächten möglich ist. Der bisherige Verlauf der Staatsvertragsverhandlungen hat diese Einsicht und Erkenntnis nur allzusehr bestätigt. Die Staatsvertragsverhandlungen stocken regelmäßig, wenn sich die internationale Situation verschärft, und sie kommen in Fluß, wenn eine gewisse Entspannung eingetreten ist oder gewünscht wird. Wenn nun die Verhandlungen seit einiger Zeit überhaupt nicht mehr in Fluß gebracht werden können und ins Stocken geraten sind, können nur naive Gemüter glauben, daß dies seine Ursache in der Triester Frage oder in der Erbsenschuld hat.

Der Umstand, daß Österreich das Opfer internationaler Spannungen ist, kommt uns sehr teuer zu stehen, ja so teuer, daß dadurch die Grundlage unserer Wirtschaft und unserer Existenz bedroht erscheint. Seit sieben Jahren werden die Gegensätze der Großmächte auf unserem Rücken und auch auf unsere Kosten ausgetragen. Sieben Jahre lang haben wir das ausgehalten und werden es auch noch länger aushalten müssen; denn wir wissen: Wenn Österreich fällt, fällt mit ihm Europa und mit Europa der Frieden der Menschheit!

Befreit und doch in drückendstem Maße unfrei, immer zwischen Krieg und Frieden und stets zwischen Sein und Nichtsein dahinvegetierend — das ist die Tragik dieses armen Landes!

Wir haben doch bei Gott seit langer Zeit bewiesen, daß wir über die moralischen Qualitäten und die demokratischen Voraussetzungen verfügen, selbst Herr in unserem Hause sein zu können. Keine Drohungen, keine Verhetzung, keine Schädigung unserer Lebensinteressen hat es vermocht, uns irgendwelchen extremen Bewegungen zu verschreiben und gefährlichen Experimenten in die Arme zu treiben. Selbst die wegen lächerlicher Formaldelikte zu Unrecht Verfolgten haben mehr Besonnenheit und Verantwortungsgefühl bewiesen als diejenigen, die diese Gesetze erzwangen.

Nur ein Teil dieser maßvollen Besonnenheit und moralischen Qualitäten, die das österreichische Volk in den vergangenen sieben Jahren unter Beweis gestellt hat, würde ausreichen, um eine endgültige Befriedung der weltpolitischen Situation herbeizuführen.

Die Menschen aller Völker im Westen und Osten, sie rufen nach dem Frieden — ich will es glauben, daß es ihnen Herzenssache ist —

sie rüsten aber, weil keiner den Krieg verlieren will. Das ist die Formel, die am ehesten und überzeugendsten zum Ausdruck bringt, welcher Art die Beziehungen der Völker untereinander sind. Wir glauben daher nicht mehr an salbungsvolle Phrasen und auch nicht an verschiedene Friedensoffensiven, die mit verächtlichem Eifer und größter Aufdringlichkeit vorgetragen werden. Wir erinnern uns nur zu gut daran, daß Hitler gerade in jenen Jahren am meisten vom Frieden sprach, als er den Krieg am eifrigsten vorzubereiten im Begriffe war.

Das ist es, was ich heute von der Tribüne des Parlaments in aller Offenheit zu sagen habe. Wir haben heute die Frage an die Welt zu richten: Wie lange soll dieses Österreich, das erste Opfer Hitlers, noch das Opfer jener sein, die Hitler besiegt haben? Auch unsere Kraft geht einmal zu Ende. Die Großmächte mögen aber zur Kenntnis nehmen, daß der Zusammenbruch Österreichs den Zusammenbruch des Friedens bedeuten und sie mit in den Abgrund reißen würde. Es geht also nicht allein um Österreich, es geht um viel mehr.

Stünden nur die Interessen und die Existenz Österreichs auf dem Spiel, so wäre es in einer Zeit, wo nur brutale Machtpositionen entscheidend sind, schlecht um uns bestellt und der Appell an das Gewissen der Welt in den Wind gesprochen. Da aber vom ungeteilten Bestand Österreichs mehr abhängt als dieser selbst, so haben wir die Hoffnung, daß am Schluß doch die Vernunft obsiegen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die kommunistische Presse in diesem Land läßt fast keinen Tag vergehen, ohne daß sie Zeter und Mordio schreit über angebliche Zerreißungspläne, die der Herr Außenminister Dr. Gruber und mit ihm die ganze Regierung unterstützen. Die Unsinnigkeit und die Böswilligkeit dieser Erfindung liegt auf der Hand. Rund zwei Drittel der Minister und der Staatssekretäre sind Wiener oder Niederösterreicher. Sie werden doch niemals zustimmen, daß ihre engere Heimat den Russen ausgeliefert wird. Aber auch wir von den anderen Zonen wünschen nur eines, was unser Land betrifft: die Einheit dieses österreichischen Vaterlandes. Ob dieses gesamtösterreichischen Denkens haben wir in den vergangenen Jahren der Besetzung sehr viele Opfer gebracht und immer wieder Wasser in den Wein unseres Wollens und Planens gegossen.

Die politische Dummheit der Friedensmacher von 1919 hat das große Vaterland, unter dessen Schwingen vierzehn Völkerschaften friedlich vereint waren, zerschlagen, und ein engstirniger Nationalismus hat für einige

Jahre das Eigenleben unseres kleinen Österreichs ausgelöscht. Es ist wiedererstanden, und wir wollen es nicht neuerlich verlieren. Und welche Opfer ideologischer, materieller und politischer Art uns auferlegt werden um der Einheit dieses Vaterlandes willen — wir werden sie darob tragen. Im Gewissen verpflichtet, im Herzen gebunden und von verstandesmäßigem Erkennen geführt, werden wir niemals lebendige Werte und Symbole abendländischer Kultur im Stiche lassen! *(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Es ist nicht das erste Mal, daß wir in diesem Niemandslande des Kalten Krieges an der Grenzlinie vieler Völker und Systeme unsere Stimme erheben und der Welt zurufen: Es ist Gefahr im Verzuge! Erfüllt eure Versprechungen! Wir Österreicher sind ein altes Volk mit der reichen Erfahrung, die man sich in Jahrhunderten bei der Führung eines großen Vielvölkerreiches erwirbt, und unser Gehör ist für die Gefahren verschiedener Art geschärft. Wir wissen, wie sie zu bannen wären, denn dies Österreich ist das einzige Land, über das zwischen Osten und Westen überhaupt noch diskutiert werden kann. Österreich ist die einzige Brücke zwischen Osten und Westen, die noch gangbar ist. Gelingt es, über die österreichische Frage eine Einigung zwischen dem Osten und dem Westen herbeizuführen, gelingt es, den österreichischen Staatsvertrag abzuschließen, dann ist der Grundstein auch für eine dauernde internationale Verständigung gelegt. Darum kann und darf der geschlossene Appell an die Welt, Österreich endlich die Freiheit zu geben, nicht abermals ungehört verhallen. Unser Sinnen und Bemühen ist darauf gerichtet, endlich wieder frei zu sein in einem freien Vaterlande!

Damit ist aber auch die Grenze gekennzeichnet, die wir niemals überschreiten können. Niemals werden wir einem Staatsvertrag die Zustimmung geben können, welcher nicht die absolute Integrität unserer Staatsgewalt, die Freiheit unserer innenpolitischen Entwicklung und die Sicherheit unserer Existenz garantiert. Niemals Staatsvertrag um jeden Preis! So etwas wäre für uns nur vollkommen wertlos und eine eminente Gefahr. Ein Staatsvertrag, der uns zwänge, unsere Neutralität aufzugeben und uns gänzlich einer der beiden Machtgruppen anzuschließen, ist für uns untragbar und unannehmbar. *(Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)* Ich hoffe, daß wir aus der Stärke unserer Tradition den wünschenswerten Ausgleich finden und uns weder dem Osten noch dem Westen verbünden. Für uns kann es keine östliche, für uns kann es keine westliche, für uns kann es nur eine österreichische Linie geben! *(Erneuter Beifall.)*

Wenn der Herr Abg. Fischer in diesem Haus in der abgründigen Dialektik seiner Weltanschauung vor nicht langer Zeit von absoluter Neutralität gesprochen hat, dann meint er einseitige Parteinarbeit. Wenn er einer Friedensbewegung das Wort spricht, dann sind darunter kommunistische Offensivvorbereitungen zu verstehen. Spricht er von Frieden, meint er Krieg, spricht er von Befreiung, dann denkt er an Versklavung, und sein hier gezeigter Antimperialismus ist in Wirklichkeit Imperialismus schlimmster Sorte.

Dieser Preis, den Sie, meine Herren von der äußersten Linken, von uns verlangen, ist uns zu hoch, weil er uns das nehmen würde, wofür wir kämpfen, nämlich die Freiheit unseres Landes und darüber hinaus die Freiheit unseres Lebens. Wir wissen, was es den Großmächten gekostet hat, dieses Land zu befreien. Wir haben in diesem Haus in den vergangenen Jahren hierfür häufig die geeigneten Worte gefunden, aber wir glauben, daß die von den Großmächten gesetzte Befreiungstat auch verpflichtet und ihre logische Fortsetzung finden muß, wenn es sich um eine echte Befreiung und nicht nur um den Wechsel der Gewalthaber handeln soll. (*Starker Beifall bei der ÖVP.*) Diesbezüglich, Herr Abg. Fischer, scheinen unsere Auffassungen nicht immer übereinzustimmen.

Wir sind für jede Hilfe dankbar, die man uns für den Wiederaufbau unseres Landes gewährt hat oder noch gewährt, aber wir werden umso dankbarer sein, je weniger eine solche Hilfe an Bedingungen geknüpft ist, die uns mit anderen Mächtegruppen in Konflikt bringen. Ich habe schon einmal in diesem Parlament zum Ausdruck gebracht, daß die größte Hilfe, die uns die Alliierten gewähren können, darin besteht, uns in Hinkunft nichts mehr zu nehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Leider hat man uns diese Art von Hilfe nicht im gewünschten Maße angedeihen lassen.

Welch furchtbare Opfer hat der Hitler-Krieg unserem österreichischen Volk auferlegt! Unser Gold wurde uns genommen, unsere Bodenschätze wurden einem Raubbau unterworfen, unsere Städte wurden zerbombt und unersetzliche Kulturwerte wurden vernichtet. Die Blüte unserer Jugend wurde einem psychopathischen Gefreiten hingeopfert, und nun nimmt man uns, von Demokratie, Menschenrechten, Frieden und Freiheit redend, unter dem Vorwand, es handle sich um Deutsches Eigentum, wertvolle Rohstoffquellen, Produktionsstätten und Maschinen. Gewaltige Vermögenswerte wurden in Österreich mit der Begründung beschlagnahmt, daß es sich dabei um Nazieigentum und um legale Kriegsbeute handle. Dadurch wird

Österreich in Wirklichkeit aber für Taten verantwortlich gemacht, die die Nazi gegen das Land verübt haben. Es ist so, als ob die Polizei einen Diebstahl durch Konfiszierung des Diebsguts bestrafen würde, anstatt es dem Besitzer zurückzugeben. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Das alles muß einmal gesagt werden, und ich bin davon überzeugt, daß ich kein unwahres Wort gesprochen habe. Die Welt ist hart und unbarmherzig; wer nicht untergehen will, muß sich zur Wehr setzen und eines bewahren: Haltung und Würde! (*Beifall bei den Regierungsparteien.*) Mir kommt vor, als hätten wir es daran in den vergangenen Jahren manchmal mangeln lassen. Wollen wir daraus die notwendige Lehre ziehen! Der Himmel weiß, wann und wie unsere Not ein Ende finden wird. Es mag sein, daß wir uns durch die Macht und die Gewalt der Umwelt zu Boden gedrückt fühlen, aber unsere Haltung und Würde müssen wir bewahren, was immer auch kommen sollte!

Und nun bitte ich Sie um eines, meine sehr verehrten Frauen und Herren Abgeordneten des österreichischen Volkes: in der Frage unserer Würde, Freiheit und Einheit sowie in der Frage des Staatsvertrags einmütig zusammenzustehen, wie immer Sie auch sonst zu den gesetzgeberischen Problemen hier stehen mögen. Wenn es sich um die Frage der Freiheit und Unabhängigkeit dieses Landes handelt, dann ist es wohl Zeit, daß wir alles Trennende zurückstellen und den Alliierten beweisen, daß wir mit beiden Füßen auf dem Boden unserer Heimat stehen und daß wir für die Erhaltung dieser Heimat einen unbeugsamen Willen aufbringen werden — immobiles sicut patriae montes — und daß wir stark sind im Glauben an eine schöne Zukunft unseres Landes.

Als Österreich im Jahre 1938 fiel, kam eine Lawine ins Rollen, die Hekatomben von Menschenleben und unersetzliche materielle Werte vernichtete. Das sollten die Großmächte bedenken, wenn sie schon der Stimme des Rechtes kein Gehör schenken. Die erste, vornehmste und leichteste Tat, die sie vollbringen könnten, wäre der Abschluß eines für Österreich erträglichen Staatsvertrages. Mit Österreich wartet die gesamte friedliebende Welt, die die heutige Kundgebung des österreichischen Nationalrates nicht übersehen kann. Die Welt wird also warten und hoffen wie wir selbst, und am Ende wird sie mit uns Mut fassen oder verzagen. Über die Taten der Großmächte aber wird einanderer, ein Größerer, ein Mächtigerer richten, und seinem Urteil im Strafgericht werden auch jene Mächte nicht entgehen, die ihn verleugnen! (*Starker Beifall bei den Regierungsparteien.*)

Abg. Ernst Fischer: Meine Damen und Herren! Wenn man auf den Verlauf dieser Sitzung zurückblickt, dann muß man die Frage stellen: Was wurde eigentlich mit dieser Sitzung beabsichtigt, welchen Sinn sollte eigentlich diese so großsprecherisch angekündigte Veranstaltung haben? (Abg. Neuwirth: Haben Sie das noch nicht bemerkt? — Heiterkeit.) Wir haben hier sehr phrasenreiche und sehr schwulstige Reden gehört, in denen gar nichts Neues gesagt wurde, sondern nur das, was man schon so oft gehört hat. (Abg. Grete Rehor: Leider seit sieben Jahren!)

Meine Damen und Herren! Daß wir seit sieben Jahren besetzt sind, weiß das ganze Volk; daß dieser Zustand schwer zu ertragen ist, weiß das ganze Volk; daß dieser Zustand für jeden einzelnen Bedrückung, Demütigungen und Belastungen bringt, weiß ebenfalls das ganze Volk. Um das festzustellen, braucht man keine Regierung und kein Parlament. (Abg. Marianne Pollak: Und keine Russen! — Lebhaftes Zwischenrufe.) Wenn es also die Absicht sein sollte, hier einfach Klagen auszusprechen, die man in jeder Gasse und Straße täglich hören kann, meine Damen und Herren, dann muß ich Ihnen sagen: Dazu braucht das Volk keine Vertreter, dazu braucht das Volk keine Regierung. Aber das Volk möchte von seiner Regierung und Volksvertretung klar und deutlich erfahren, was geschehen soll, um aus diesem Zustand herauszukommen. (Zwischenrufe bei der ÖVP und SPÖ.) Das ist es, was das Volk von der Regierung und vom Parlament erwartet. (Andauernde heftige Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP. — Zwischenrufe des Abg. Ing. Raab. — Gegenrufe des Abg. Koplénig. — Der Präsident, der inzwischen wieder den Vorsitz übernommen hat, gibt das Glockenzeichen.)

Man muß nun sagen, meine Damen und Herren, daß die Regierung hier nicht allzuviel zu bieten hat. Der Herr Außenminister Dr. Gruber hat Kritik an der sowjetischen Außenpolitik geübt, ja noch mehr, er hat der sowjetischen Außenpolitik gute Ratschläge gegeben: es sei wohl an der Zeit und in ihrem eigenen Interesse, daß sie eine Kursänderung vornehme. Es wäre vielleicht zweckmäßiger gewesen, wenn der Herr Außenminister Dr. Gruber die Frage gestellt hätte, was denn er und diese Regierung seit sieben Jahren in der Außenpolitik erreicht haben. Nichts! (Zwischenrufe bei der Volkspartei. — Rufe: Njet! Njet! — Heiterkeit.) Sie ist heute vom Staatsvertrag, von dem sie erklärt hat, er sei das eigentliche Ziel ihrer Regierungskunst, weiter entfernt als je. Vielleicht hätte es doch einen Sinn, zu überprüfen, ob da nicht Fehler gemacht wurden, zu überprüfen, ob

dieser Weg, den man da eingeschlagen hat, zum Ziel führen kann, nüchtern, sachlich abzuwägen, wie man aus dieser Situation herauskommen will.

Hier wurde nun folgender Vorschlag, mehr oder minder verklausuliert, gemacht. (Abg. Frisch: Also doch! — Heiterkeit.) Ja, davon will ich jetzt sprechen. Es sollen also mit einem Federstrich all die Ergebnisse der Beratungen der vergangenen Jahre für null und nichtig erklärt werden (Abg. Dr. Bock: Es waren gar keine da!), man soll von vorne anfangen. Dem Parlament wird ein sogenannter Skelettvertrag — es klingt schon etwas gespenstisch, wenn man dieses Wort hört (Abg. Horn: Das ist ja eure Erfindung!) — als der neue Ausweg, als Rettung empfohlen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß nicht nur eine Menge westlicher Zeitungen und Politiker vom ersten Tag an gesagt haben: Dieser Skelettvertrag wird natürlich nicht Wirklichkeit, er wird natürlich nicht angenommen! Ich weise darauf hin, daß das auch die „Arbeiter-Zeitung“, nicht etwa die Kommunisten, geschrieben hat, und zwar am ersten Tag, nachdem der Skelettvertrag bekannt wurde. Vielleicht darf ich daran erinnern, was damals in der „Arbeiter-Zeitung“ vorwegnehmend gestanden ist. Es wird darin gesagt, daß es absolut nicht einzusehen sei, warum die Russen dem Vertrag zustimmen sollen, der für sie viel ungünstiger ist als der Staatsvertrag.

Der Herr Vizekanzler Schärf hat in Amerika, als von diesem Skelettvertrag die Rede war, erklärt, es sei natürlich nicht anzunehmen, daß dieser Skelettvertrag Wirklichkeit werde, und er hat hinzugefügt, er sei vor allem eine moralische Injektion. Ja, meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob es notwendig ist, solche große Sitzungen zu veranstalten, um moralische Injektionen zu verabreichen. (Abg. Lackner: Ihr braucht solche Injektionen!) Ich kann mir schon vorstellen, daß ihr es nötig habt. Ich habe Verständnis dafür, daß Sie die Empfindung haben, es wäre gut, von Zeit zu Zeit solche Injektionen zu bekommen. (Abg. Marianne Pollak: Die braucht ihr, aber nicht wir!) Aber ich frage als Politiker: Wie soll das nun weitergehen? Der Herr Außenminister hat hier schon erklärt: Wir ziehen in Erwägung, uns mit einem Appell an die UNO zu wenden, und wir werden es auch tun.

Das ist nicht neu, das stand schon in dem Interview, das der Korrespondent Mac Cormac veröffentlicht hat. Darin war schon die ganze Marschroute vorgezeichnet, es war vorausgesagt, es werde so sein, daß zuerst

ein Skelettvertrag vorgelegt wird, dann werde sich die österreichische Regierung an die UNO wenden und hierauf werde die UNO eine Abstimmung veranstalten. Und nun frage ich Sie allen Ernstes: Was weiter? Wohin wollen Sie, welchen Weg wollen Sie einschlagen, was wollen Sie erreichen? (*Abg. Dr. Migsch: Den Abzug der Besatzungstruppen, Herr Fischer, wenn Sie es noch nicht wissen sollten! — Abg. Ing. Raab: Die Freiheit wollen wir! — Lebhaftige Zustimmung. — Anhaltende Zwischenrufe.*) Sie werden durch diesen Skelettvertrag eine Verschärfung der Situation herbeiführen, ja Sie haben sie jetzt schon. Das ist Ihnen doch allen klar, das wissen Sie alle, daß sich die Situation dadurch verschärft. (*Abg. Gabriele Proft: Wieso? — Abg. Ing. Raab: Die Freiheit wollen wir! — Weitere Zwischenrufe.*) Sie wollen ja diese Verschärfung der Situation!

Sie werden sich also an die UNO wenden. Und was wird dort sein? Wir kennen die Mehrheitsverhältnisse in der UNO. In der UNO wird dann eine Abstimmung durchgeführt werden, und ich bin von vornherein überzeugt, daß sich die Mehrheit dort für diesen Appell der österreichischen Regierung aussprechen wird. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP. — Lebhaftige Gegenrufe beim Linksblock. — Abg. Ing. Raab: Das ist eine Frechheit! Sie glauben, wir dürfen überhaupt nichts mehr reden! Sie dürfen ja keine freie Meinung haben! — Abg. Koplénig: Arbeitermörder! — Abg. Grubhofer: Wer hat gemordet?*) Und dann, meine Damen und Herren, heißt es in dem Artikel der „New York Times“ — denn dort wird das alles vorausgesagt —, wird sich die UNO mit einem Ultimatum an die Sowjetunion wenden, ihre Truppen zurückzuziehen.

Und dann, meine Herren, was dann? (*Abg. Ing. Raab: Daß Sie sich nicht genieren, hier überhaupt hereinzukommen! — Abg. Honner: Wir werden da sitzen, und ihr werdet nicht mehr da sitzen! — Abg. Cerny: Solange die Russen da sind! — Abg. Grubhofer: Honner, der Hellscher! — Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen. — Anhaltende lebhaftige Zwischenrufe.*) Dann werden Sie in der Lage sein, daß die UNO einen Mehrheitsbeschluß gefaßt hat, der entweder nichts zur Folge hat, der eine Blamage für die UNO, eine Blamage für die österreichische Regierung und für alle Veranstalter ist, wenn ein solch großangelegter, so feierlicher Beschluß nichts zum Ergebnis hat.

Das ist die eine Möglichkeit. Oder es besteht die zweite Möglichkeit — und diese Gefahr ist offenbar vorhanden —, daß man durch derartige Beschlüsse eine solche Vergiftung der Atmosphäre herbeiführen will, um dann

den Weg frei zu haben für weitergehende Maßnahmen. (*Heftige Zwischenrufe bei den Regierungsparteien. — Gegenrufe beim Linksblock. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Meine Damen und Herren! Verantwortliche Regierungspolitiker müßten doch eigentlich imstande sein, so klar, daß es jeder hier versteht, den Weg vorzuzeichnen, zu sagen, was sie konkret mit einem solchen Weg zu erreichen hoffen, zu welchem konkreten Ergebnis ein solcher Weg führen soll.

Ich verstehe schon: Sie haben das Bedürfnis nach Agitation (*Abg. Seidl: Nein, sondern den Wunsch nach dem Staatsvertrag!*), nach Propaganda, nach moralischen Injektionen; aber das hilft doch Österreich nicht um einen Schritt weiter. (*Heftige Zwischenrufe und Unruhe.*) Sie bleiben nach wie vor in demselben Stadium der Stagnation stecken und nähern sich Schritt für Schritt, wie es selbst in der Regierungspresse heißt, einer katastrophalen wirtschaftlichen Situation in Österreich.

Es wäre also doch zu überlegen, ob man es nicht mit einem anderen Weg versuchen könnte, ob man nicht ernsthaft das ins Auge fassen sollte, was heute der Herr Außenminister mit ungewöhnlicher, mit erstaunlicher Offenheit ablehnte. Der Herr Außenminister hat heute, zum Unterschied von dem Redner seiner Partei, Dr. Gorbach — da war etwas nicht zusammengestimmt —, der sich für Neutralität ausgesprochen und mit großem Pathos über die Neutralität Österreichs geredet hat, erklärt: Neutralität kommt nicht in Frage! (*Abg. Widmayer: Eine Neutralität, wie ihr sie meint!*) Eine Politik der Neutralität kommt nicht in Frage, denn — ich werde wörtlich vorlesen — eine Neutralität wäre nur „ein Trojanisches Pferd, um die Volkdemokratie ... einzuschmuggeln.“ (*Zwischenrufe bei den Regierungsparteien. — Abg. Widmayer: Das hat er nicht gesagt!*)

Das hat der Außenminister gesagt. Ich verweise ja nur darauf und ich halte es für einen gewissen Fortschritt in der Aufrichtigkeit der Regierungspolitik, daß hier klipp und klar gesagt wird: Nein, Österreich will nicht neutral sein, Österreich will keine Neutralität, denn diese Neutralität wäre nur eine Vorstufe der Volkdemokratie! Das heißt ganz klar: Österreich ergreift Partei im Kalten Krieg einseitig gegen die Sowjetunion für Amerika! (*Stürmischer Widerspruch. — Abg. Dr. Koref: Sie sind ein Provokateur! — Weitere anhaltende Zwischenrufe.*) Das, was immer geschah, ist hier durch den Herrn Außenminister mit erquickender Offenheit bestätigt worden! (*Heftige Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Wir sehen hier die

Bestätigung durch den Außenminister, daß Österreich gesonnen ist, das heißt, daß diese Regierung gesonnen ist, nicht eine Politik der Neutralität, sondern eine Politik dessen, was man hier Verteidigung der abendländischen Kultur usw. genannt hat, durchzuführen. *(Anhaltende Zwischenrufe. — Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen. — Abg. Widmayer: Wieviel Rubel bekommen Sie für diese Rede?)*

Meine Damen und Herren! Der Herr Außenminister hat auch über die zwei sowjetischen Forderungen gesprochen, die gestellt waren, um die Staatsvertragsverhandlungen wiederaufzunehmen. Er hat versucht, die Dinge zu bagatellisieren. Nun erlaube ich mir einmal zu fragen: Wenn man einen Vertrag schließt, sei es einen zivilen Vertrag, sei es einen Staatsvertrag, so ist doch die elementare Voraussetzung eines Vertragsabschlusses wenigstens ein Minimum von Garantien, daß der Vertrag auch eingehalten wird. *(Heftige Zwischenrufe bei den Regierungsparteien.)* Was hat es für einen Sinn, Verträge abzuschließen, die nicht eingehalten werden? Nun hat die Sowjetunion darauf hingewiesen, daß im Falle Triest ein solcher bindender Vertrag abgeschlossen, aber — sehr in der Nähe von Österreich — nicht eingehalten wurde. Ja ich füge hinzu: Die Westmächte leugnen gar nicht, daß sie den Vertrag gebrochen haben. Die Westmächte begründen den Vertragsbruch damit — ich könnte das aus westlichen Zeitungen vorlesen —: dieser Vertrag sei durch die Ereignisse überholt.

Aber das Wesen von Verträgen in einer Welt sich ständig ändernder Situationen ist doch, daß man irgend etwas Stabiles, irgend etwas wenigstens vorübergehend Dauerhaftes schafft. Was ist denn ein Vertrag, von dem einer der Vertragspartner einfach erklären kann, er sei überholt? Gewiß, auch Verträge können überholt sein, aber das müssen doch alle Vertragsschließenden gemeinsam erklären. Es ist also durchaus nicht einzusehen, daß die österreichische Regierung so gar keinen Wert darauf legt, daß Verträge eingehalten werden, daß sie also offenbar der Anschauung ist, daß der Staatsvertrag ohnehin so unterschrieben wird wie der Vertrag über Triest; ob er eingehalten wird, ist eine andere Sache. *(Abg. Ing. Raab: Ihr Verrat ist konstant!)*

Nun, meine Damen und Herren, zu der vielbesprochenen Frage der Remilitarisierung Österreichs! Sie erklären — die Regierung erklärt es —, es gebe keine amerikanische Militarisierung in Österreich, es gebe keine amerikanischen Kriegsvorbereitungen in Österreich, das alles seien kommunistische

Schreckgespenster. Nun, ich frage Sie, warum eigentlich die österreichische Regierung nicht den Vorschlag des sowjetischen Hochkommissars unterstützt, einer Viermächtekommission die Vollmacht zu geben, in alle vier Zonen zu reisen, alles zu besichtigen, auch Döllersheim, alles in der Sowjetzone und alles in den anderen Zonen, mit voller Vollmacht, das alles zu sehen, um dann zu einem gemeinsamen Bild darüber zu gelangen.

Warum unterstützt die österreichische Regierung einen solchen Vorschlag nicht? *(Abg. Ing. Raab: Verdrehen Sie nicht die Tatsachen!)* Entweder es gibt nichts zu verbergen — dann kann man eine Kommission ohne weiteres hineinlassen; oder es gibt etwas zu verbergen — dann wird eine solche Kommission zur Notwendigkeit. Nun sagt der Herr Außenminister — seltsam für einen Außenminister —: Das wäre eine so schwierige Prozedur, bis man da zu einem Bericht gelangen würde, das hätte alles keinen Sinn. Ja, wenn das die Grundauffassung des Herrn Außenministers ist, es habe keinen Sinn, daß man zu Verhandlungen zusammenkommt, es komme ja so nichts dabei heraus: Wozu braucht man dann einen Außenminister, wozu die Diplomatie? Es ist ja das Wesen der Außenpolitik — gewiß, sie ist nicht leicht —, daß man verhandelt, daß es eine Zeit dauert, daß es schwierig ist, daß man aber doch zu einem Ergebnis gelangt. Wenn man darauf verzichtet, wenn man erklärt, zu solchen Ergebnissen kann man nicht kommen, dann gibt es nur eine Alternative, und das ist Krieg! Verständigung, so schwierig, so kompliziert und so langwierig sie sein mag, und jede Verhandlung, auch eine ergebnislose, ist immer noch besser, als wenn die Kanonen gegeneinander sprechen. Ich sage es offen: Für die Menschheit sind zweihundert ergebnislose Sitzungen besser als eine erfolgreiche Schlacht, in der schon die Kanonen, in der schon die Waffen gegeneinander sprechen. *(Bundesminister Dr. Gruber: Warum sind die Russen nicht nach London gegangen?)* Das fragen Sie die Russen, Herr Außenminister! Fragen Sie die Russen! Es ist Ihre Funktion, es ist Ihr Recht als Außenminister, die Russen zu fragen, fragen Sie nicht mich! Wenn Sie eine solche Frage haben, wenden Sie sich an die Russen! *(Lebhafte Zwischenrufe. — Abg. Probst: Sie dürfen nicht fragen! — Abg. Ing. Raab: Sie haben nur zu gehorchen!)*

Diese ganze Politik, die bewußte Preisgabe der Neutralität wird damit begründet, wie es der Abg. Koref mit den üblichen allgemeinen Phrasen erklärt hat, die wir an ihm schon gewöhnt sind, es handle sich darum, die westliche, die abendländische Kultur zu verteidigen. Herr Abg. Koref, Sie sind hier in

eine sonderbare Kampfgemeinschaft mit den Mördern in Griechenland, die Freiheitskämpfer hinrichten, hineingegangen. Ich erinnere mich an eine Nummer der „Arbeiter-Zeitung“, in der Sigmund Kuni leidenschaftlich für Sacco und Vanzetti geschrieben hat. (*Abg. Doktor Koref: Schämen Sie sich!*) Jetzt schweigen Sie nicht nur zu solchen Morden, zu solchen Verbrechen an Freiheitskämpfern in Griechenland, sondern Seite an Seite mit diesen Henkern verteidigen Sie die „abendländische Kultur“! Und zu den Verteidigern der abendländischen Kultur gehört der Herr Franco, der dort am laufenden Band hinrichtet, der dort Streiks blutig niederwirft, der dort Freiheitskämpfer in den Kerker wirft! Auch das ist einer der Verteidiger der abendländischen Zivilisation geworden. (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Diese abendländische Zivilisation wird in Amerika dadurch verteidigt, daß man den Schriftsteller Howard Fast eingesperrt hat, nur darum, weil er nicht die Namen von Spanienkämpfern preisgegeben hat. (*Lebhafter Widerspruch bei der ÖVP und den Sozialisten. — Abg. Probst: Was ist mit Anna Kéthly? — Abg. Horn: Wo ist Anna Kéthly? — Weitere Zwischenrufe.*) Sie wird verteidigt dadurch, daß man Kommunisten vor Gericht stellt und zu jahrelangem Kerker verurteilt, nur darum, weil sie sich zum Kommunistischen Manifest bekennen, ja noch mehr, man stellte die Verteidiger dieser Kommunisten vor Gericht und verurteilte sie, weil sie es gewagt haben, in dieser Welt der Freiheit einen Kommunisten zu verteidigen. Das ist die Welt der Freiheit, ist die abendländische Kultur, die Sie da gemeinsam verteidigen!

Und ich frage Sie weiter: Wer verkörpert für Sie mehr die abendländische Kultur? Der General Eisenhower oder der Nobelpreisträger Joliot-Curie? Joliot-Curie ist nicht abendländische Kultur, aber Eisenhower ist abendländische Kultur! Die Dichter Thomas Mann, Berthold Brecht, Anna Segers, das ist nicht abendländische Kultur, aber Franco und die Henker in Griechenland, das ist abendländische Kultur! (*Lebhaftes Zwischenrufe bei den Regierungsparteien.*) Und ich frage Sie weiter (*Abg. Gabriele Proft: Wo ist Anna Kéthly? — anhaltende Zwischenrufe — der Präsident gibt das Glockenzeichen*): Was verteidigen Sie da gegen wen? Verteidigen Sie Coca Cola, verteidigen Sie die Gangsterfilme, verteidigen Sie diesen ganzen Schmutz und Schund, der da als abendländische Kultur hereingeschwemmt wird? (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Wir sind für Europa. (*Anhaltende lebhaftes Unruhe.*) Wir sind für Europa, wir sind für das ganze, für

das ungeteilte Europa (*Unruhe — der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen*), wir sind für ein Europa, zu dem nicht nur Goethe und Beethoven, nicht nur Shakespeare und Balzac gehören, wir sind für ein Europa, zu dem auch Tolstoi und Dostojewskij, Puschkin und Tschernischewski gehören. Wir sind für ein Europa der Kultur. (*Abg. Altenburger: Sprechen Sie von Ottillinger! Sprechen Sie von Österreich! Sprechen Sie von denen, die noch draußen sind! Darüber sprechen Sie! Nicht von Griechenland! — Weitere Zwischenrufe.*)

Wenn Sie sich in eine solche Kampfgemeinschaft hineinbegeben, dann wird es immer klarer, welche Freiheit Sie eigentlich zu verteidigen gedenken. (*Zwischenrufe des Abg. Altenburger.*)

Präsident: Herr Abg. Altenburger! (*Abg. Altenburger: Von eurer Kommandantur, von der Wasagasse, darüber sprechen Sie! Sprechen Sie von den Österreichern! Wo sind die? Sprechen Sie von der Frau Ottillinger! Wo ist sie? Schweigen Sie nicht darüber! Geben Sie Antwort! Sprechen Sie von den Tausenden, die noch in Rußland sind! Sie personifizierte Kommandantura! — Große Unruhe und Lärm.*)

Abg. Ernst Fischer (fortsetzend): Es ist nach all den Dingen, die hier bekanntgegeben wurden, vollkommen klar, daß sich die österreichische Regierung offenbar endgültig entschlossen hat, einen äußerst gefährlichen Weg zu beschreiten und zu Ende zu gehen, einen Weg in die Katastrophe Österreichs. (*Abg. Altenburger: Wo ist Ottillinger?*)

Wenn Sie hier eine große nationale Kundgebung beabsichtigt hätten — und das wäre möglich gewesen, und es wäre nichts dagegen einzuwenden gewesen —, dann hätten Sie nicht die Frage der Unabhängigkeit, die Frage der Freiheit in einem Resolutionsentwurf verknüpft mit der kleinlichen Hetze gegen die USA. (*Abg. Altenburger: Wo sind die, die ihr außer Landes gebracht habt? Darüber sollt ihr reden!*) Diese Verknüpfung der Frage der Freiheit, des Friedens, der Unabhängigkeit mit einer kleinlichen Hetze zeigt, daß es Ihnen um die Hetze geht (*lebhafter Widerspruch — der Präsident gibt das Glockenzeichen*), zeigt, daß es Ihnen um die Verschärfung des Kalten Krieges geht, um eine Verschärfung, die Sie vielleicht eines Tages am meisten bedauern werden, um eine Verschärfung, die nicht nur in das Unglück Österreichs hineinführt, sondern um eine Verschärfung, die Sie einst zu verantworten haben werden vor dem ganzen österreichischen Volk. (*Abg. Altenburger: Sprechen Sie von den Österreichern! Wo sind sie? Geben Sie Antwort! — Abg. Honner: Eine Zwangsjacke für Altenburger! — Abg. Alten-*

3290 86. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 2. April 1952

burger: Wo sind unsere Österreicher? Wo sind unsere Gefangenen? Darauf wollen wir Antwort! Sie personifizierte russische Kommandantura! Wo sind die Österreicher? — Weitere Zwischenrufe.)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten. Ich bitte, endlich Ruhe zu halten! (*Abg. Altenburger: Abg. Fischer! Wo sind die Österreicher? Nicht die Griechen! Wo sind Frau Dr. Ottilinger? Wo sind sie? — Abg. Honner: Wo sind die Österreicher, die ihr 1934 an den Galgen gebracht habt? — Abg. Koplénig: Wo sind die Österreicher, die ihr an den Galgen gebracht habt? — Abg. Altenburger: Ohne Urteil sind sie verschwunden! — Abg. Koplénig: Ihr habt sie an den Galgen gebracht! So schauen sie aus, die Vorkämpfer der Freiheit! — Abg. Altenburger: Sie personifizierte Kommandantura! — Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.)*

Ich bitte um Ruhe! (*Abg. Probst zu Abg. Koplénig: Reg dich nicht auf! Du warst 1934 gar nicht da, du bist 1933 davongelaufen, du Feigling! — Zwischenrufe beim Linksblock. — Abg. Prinke: Ihr ganz gemeinen Stiefellecker! — Abg. Koplénig: Leute mit einer solchen Vergangenheit sollen nicht von Freiheit reden, weil sie kein Recht dazu haben! — Abg. Ing. Raab: Schweigen Sie! Sie haben alle Ursache, hier zu schweigen! — Abg. Machunze: Wieviel Rubel bekommen Sie für die heutige Sitzung? — Wiederholtes Glockenzeichen.)*

Ich bitte zu bedenken, daß wir im Parlament sind und nicht in einer Bude! Das Wort hat der Herr Minister!

Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Karl Gruber: Hohes Haus! Ich bin nicht mit dem Ehrgeiz heute in dieses Haus gekommen, die Kommunisten von den Prinzipien der österreichischen Außenpolitik zu überzeugen; denn ich bin sicher, das würde mir nur dann gelingen, wenn ich mich mit den Prinzipien der sowjetischen Außenpolitik befassen würde. Ich verstehe auch sehr wohl, daß die Mitglieder dieser Partei, deren Heimat — deren geistige Heimat zumindest — nicht in unserem Lande ist, eine andere Auffassung haben als die unsere. Trotzdem wäre ich immer bereit, mich mit ihrer Auffassung auseinanderzusetzen. Auseinandersetzen kann man sich aber nur mit Leuten, die zumindest in derselben Begriffswelt zu denken und zu sprechen bereit sind (*Abg. Honner: In der amerikanischen!*), die dann, wenn man die weiße Farbe bezeichnet, die weiße Farbe meinen und nicht die rote, und wenn man schwarz meint, die schwarze bezeichnen und nicht die blaue.

Ich glaube, Herr Abg. Fischer hat uns einen Beweis für das Gegenteil geliefert. Er hat meine heutige Rede zum Anlaß genommen, um wesentliche Teile aus ihr in der üblichen Weise zu verdrehen und umzufälschen. (*Abg. Haunschmidt: Das macht er ja immer!*) Ich glaube, das Hohe Haus war selbst Zeuge, daß ich dem Hohen Haus heute mitgeteilt habe: Es ist die Auffassung der Österreichischen Bundesregierung, daß wir auf dem Boden der völkerrechtlichen Neutralität stehen, daß aber jene Neutralität, die uns Herr Fischer einreden möchte, ganz etwas anderes bedeutet, daß es jene Neutralität ist, die uns zum Pfeifendeckel der kommunistischen Ideologie degradieren soll (*starker Beifall bei den Regierungsparteien*) — und eine solche Neutralität lehnen wir entschieden ab. (*Zustimmung.*)

Niemals haben wir uns in unserer Sprache und schon gar nicht in unseren diplomatischen Aktionen gegen jene echte Neutralität gewendet, die zum Gedankengut unseres Volkes gehört. Aber diese Neutralität des Herrn Fischer, die nichts anderes als ein Abklatsch aus den Anweisungen der Kominformagenten ist, lehnen wir entschieden ab. Nur diese Neutralität habe ich als Trojanisches Pferd bezeichnet, das dazu dienen soll, das zu ermöglichen, was Ihnen mit dem Stimmzettel durch so viele Jahre nicht gelungen ist, die Sie vergeblich hinausgegangen sind, um das österreichische Volk nicht nur mit Hilfe Ihrer Beredsamkeit, sondern auch durch Drohungen mit dem Schatten der russischen Bajonette in Ihr Lager zu ziehen. (*Abg. Wallner zum Linksblock: Schämt euch!*) Das ist mißlungen, dank der starken Disziplin und des Freiheitswillens des österreichischen Volkes. Und das, meine verehrten Herren vom Linksblock, wird Ihnen weder durch Verdrehungen noch durch noch so heftige Reden gelingen. Solange die Fünfte Kolonne in diesem Hause aus fünf Mitgliedern besteht, haben wir nicht die Absicht, uns hier einschüchtern zu lassen. (*Lebhafter anhaltender Beifall bei den Regierungsparteien.*)

Der Herr Abg. Fischer hat uns dann in beredamer Weise darzutun versucht, daß Verträge, Zusicherungen das einzige stabile Element in einer Welt der Bewegung, in einer Welt des Umsturzes, in der Welt von heute sind. Da möchte ich Ihnen nur antworten: Sagen Sie das bei Ihren guten Beziehungen dem Herrn Botschafter Zarubin, der mir persönlich erklärt hat: Verlassen Sie sich darauf, wenn die Forderungen aus dem Deutschen Eigentum erfüllt sind, gibt es in dem Vertrag keine Fragen mehr, die nicht sofort und schnell lösbar sind! Wo bleibt da die Zusicherung? Und wo bleibt die Unter-

schrift des Herrn Außenministers Wyschinski, die ich heute zitiert habe, der seine Unterschrift unter ein Dokument gesetzt hat, in dem klar die Grundsätze des österreichischen Vertrages ausgezeichnet wurden. Da war nirgends die Rede von der Frage Triest, da war auch keine Rede von der Remilitarisierung und von der Denazifizierung und von allen anderen Dingen, die inzwischen dazugekommen sind.

Und wenn Sie heute noch dazu gesagt haben: Verhandlungen, selbst nutzlose Verhandlungen sind besser als der Krieg!, so muß ich sagen: Ja, selbstverständlich sind wir auch dieser Meinung. Aber, verehrter Herr Abg. Fischer, warum ist dann die sowjetische Diplomatie nicht nach London gegangen, um dort zu diskutieren, um dort zu verhandeln? Warum hat sie dann die Verhandlungen abgelehnt? Sie haben hier vorhin gesagt: Da müssen Sie die Russen fragen! Wir haben die Russen darüber gefragt, wir haben aber darauf keine befriedigende Antwort erhalten.

Ich kann Ihnen versichern — und nun komme ich zum wesentlichsten Teil meiner Ausführungen, weshalb ich mich sofort zum Worte gemeldet habe: Ich habe in vielstündigen Diskussionen mit dem Herrn Außenminister Wyschinski, mit einer ganzen Reihe von hohen sowjetischen Diplomaten das österreichische Problem wiederholt und lange erörtert. Die Formel, auf die praktisch von den sowjetischen Diplomaten die sowjetische Einstellung zur österreichischen Frage gebracht wurde, hat kurz und bündig folgendermaßen gelautet: In einer Zeit der Spannungen, in der wir nicht wissen, wie sich die weitere europäische Geschichte und die Weltgeschichte überhaupt bewegen wird, in der wir nicht wissen, ob es zu einer Verständigung oder ob es zum Krieg kommt, können wir nicht riskieren, weitere Positionen zu räumen. (*Hört! Hört!-Rufe bei den Regierungsparteien. — Ruf bei der ÖVP: Was sagen Sie jetzt zu den Russen?*) Ob Sie diese Auffassung für berechtigt halten oder nicht, das ist Ihre Angelegenheit. Aber es ist dann Heuchelei und Verdrehung, zu erklären, daß dann, wenn wir unsere Politik ändern, die Sowjetunion bereit wäre, dieses Land zu räumen.

Wir wissen sehr gut, daß erst gewisse weltpolitische Konstellationen die Räumung des Landes herbeiführen werden. Ich habe es wiederholt klargemacht, daß wir nie an eine Lösung der Gewalt gedacht haben, daß wir immer an eine Lösung des Friedens appelliert haben; ich bin auch überzeugt, diese Lösung des Friedens wird kommen.

Sie haben uns hier die präzise Frage gestellt: Wie soll das weitergehen? Ja, Herr Abg. Fischer, diese Frage besteht nicht nur für das

österreichische Volk, diese Frage besteht für alle Völker westlich und östlich von uns und nicht zuletzt für die Sowjetunion. Wie soll das weitergehen, wenn es durch ständige Verschleppung, durch Sabotage des Friedens nicht zu echten Friedensbesprechungen kommt? Und deshalb sage ich Ihnen, weil die Antwort auf die Frage „Wie soll das weitergehen?“ von den großen Mächten gegeben werden muß, weil sie gegeben werden wird und weil Tag für Tag und Monat für Monat mehr diese Einsicht Platz greift, daß auf diese Frage eine konstruktive und friedliche Antwort gefunden werden muß. Darauf können wir unsere Hoffnung basieren, daß auch die österreichische Frage damit ihre Lösung findet.

Und wenn Sie uns gefragt haben, was wir bis dorthin als unsere Aufgabe ansehen, so kann ich Ihnen auch die Antwort geben: Den zwar mühseligen Weg, aber auch den erfolgreichen Weg fortzusetzen, die österreichische Freiheit zu verteidigen und das Leben dieses Landes zu sichern! Und trotz Ihrer sehr intensiven Anstrengungen, Herr Abg. Fischer, sind wir bis heute noch nicht zugrunde gegangen, und wir haben auch die Absicht, diese Freiheit weiter zu bewahren. Wir werden diese Freiheit vorwärtstragen bis zu dem Tage, an dem auch den großen Mächten die Antwort auf die Frage „Wie soll es weitergehen?“ so unter den Nägeln brennt, daß sie bereit sind, zu raschen und schnellen Lösungen zu kommen.

Und zum Schluß, Herr Abg. Fischer, noch eines: Sie reden hier immer davon, daß wir uns verantworten werden müssen — die österreichische Regierung und die österreichischen Diplomaten und ich weiß nicht wer noch alles. Meine sehr verehrten Herren! Den Tag werden Sie nicht erleben, wo wir uns in der Wasagasse verantworten werden! (*Starker Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Geisslinger: Den Russen wird es einmal zu dumm werden!*) Aber ob Sie sich nicht einmal verantworten werden müssen, verantworten werden müssen vor einem österreichischen Forum für jene Akte, die Sie in der schwersten Stunde unseres Vaterlandes begangen haben, darauf möchte ich nicht so sicher meine Hand legen. Ich kann Ihnen ganz offen sagen: Gewiß, unsere Zeit ist mit Gefahren verbunden, und es mag sein, daß der eine oder der andere von uns diesen Gefahren eines Tages erliegen wird. (*Abg. Koplenig: Sie nicht, denn Sie reißen rechtzeitig aus! — Ruf bei der ÖVP: Ihr werdet bekommen, was ihr braucht! — Ruf beim Linksblock: Politische Deserteure! — Abg. Prinke: Wovon wart ihr 1938? In Moskau!*) Aber eines kann ich Ihnen mit Sicherheit sagen: Trotz dieser Schwierigkeiten, trotz dieser Nervenanstrengung, die uns

3292 86. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 2. April 1952

zweifellos diese Zeit kostet, möchte ich nicht eine Minute in Ihrer Haut stecken; denn mit uns wird eines Tages die Freiheit in dieses Land ziehen. Wohin Sie dann zu ziehen gezwungen sein werden, das überlasse ich dem zuständigen Forum des österreichischen Volkes. *(Starker anhaltender Beifall bei ÖVP und SPÖ. — Lebhaftige Zwischenrufe.)*

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Dr. Kraus. *(Heftige Zwischenrufe beim Linksblock. — Abg. Geisslinger: Euch wird das Lachen noch vergehen!)*

Das Wort hat der Herr Abg. Kraus. Ich bitte um Ruhe. *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Abg. Dr. Herbert Kraus: Hohes Haus! Man kann zuweilen den Eindruck gewinnen, daß sich die Weltöffentlichkeit allmählich an den unmöglichen Zustand gewöhnt hat, in dem sich unser Österreich befindet. Es ist so, als ob man es als eine Selbstverständlichkeit hinnehmen müßte, daß wir im Zentrum Europas nun schon im siebenten Jahr von vier verschiedenen Mächten besetzt sind. Aus diesem Grunde ist es auch nach unserer Meinung hoch an der Zeit, daß die gesamte Volksvertretung dagegen protestiert und zum Ausdruck bringt, daß dieser Zustand keine Selbstverständlichkeit ist.

Seit sieben Jahren spricht die gesamte alliierte Propagandamaschine von dem großen Unrecht der sogenannten Hitlerischen Besetzung Österreichs. Ich glaube, die Herren Alliierten sollten das Wort „Besetzungsunrecht“ nicht zu oft in den Mund nehmen; denn das, was sie tun, ist zumindest genau dasselbe Unrecht. Genau so wie damals werden Menschen verschleppt, genau so wie damals sind Leute ins Konzentrationslager gekommen, genau so wie damals wird das primitivste Menschenrecht geknechtet. Infolgedessen wäre es besser, wenn die Alliierten in ihrer diesbezüglichen Propaganda etwas zurückhaltender wären.

Man wird vielleicht einwenden, es könne der beste Mann keinen Frieden machen, wenn es der bösen vierten Besatzungsmacht nicht gefällt, einem solchen Frieden zuzustimmen. Dem ist aber eines entgegenzuhalten: Wir müssen hier zum Ausdruck bringen, daß alle vier Besatzungsmächte für unser Unglück, für den derzeitigen Zustand Österreichs genau in gleicher Weise verantwortlich sind. Ich würde es bedauern, wenn die heutige Kundgebung der österreichischen Volksvertretung lediglich die Demonstration gegen eine einzige Besatzungsmacht wäre. Es muß festgestellt werden, daß, angefangen von Jalta bis Potsdam, alle vier alliierten Mächte aus freiem Willensentschluß heraus dem zugestimmt haben, was

zu unserem derzeitigen Zustand geführt hat. Infolgedessen ist festzustellen, daß alle vier Besatzungsmächte gleich verpflichtet sind, uns aus diesem Zustand herauszuführen. *(Abg. Hartleb: Sehr richtig!)* Infolgedessen ist auch festzustellen, daß — insofern es überhaupt eine internationale Moral gibt — alle vier Besatzungsmächte sehr tief in unserer Schuld stecken. *(Zustimmung beim KdU.)*

Man hat manchmal den Eindruck, daß die alliierte Propaganda mit einer gewissen Überheblichkeit vom österreichischen Volk spricht und so tut, als ob das österreichische Volk die Schuld an seinem derzeitigen Zustand trüge.

Gestatten Sie, daß ich einen Augenblick in die Vergangenheit zurückgehe. Bis zum Jahre 1938 sind wir — offen gesprochen — sehr am Gängelband zweier heutiger Besatzungsmächte gegangen. Man hat uns jede engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn verboten, man hat in unsere Innenpolitik hineingesprochen und als Prätext dafür angegeben, daß unsere ganze staatliche Existenz lediglich an der Garantie dieser alliierten Großmächte, England und Frankreich, hänge.

Aber was haben diese beiden Großmächte im Jahre 1938 getan, als diese Garantie hätte effektuiert werden sollen? Sie haben eine außerordentlich klägliche Rolle gespielt. Das einzige, was sie gemacht haben, war, daß einige Zeitungen bedauernde Leitartikel über Österreich geschrieben haben. Andere Leitartikel haben uns jedoch sogar noch mit Hohn übergossen. So hat der damals so berühmte Korrespondent der englischen Zeitung „Daily Mail“ vom Linzer Balkon zusammen mit Hitler den Anschluß Österreichs an Deutschland begrüßt; so hat die damalige Moskauer „Prawda“ einen spöttischen und höhnischen Artikel über Österreich geschrieben; so hat Jugoslawien im Jahre 1938 eine Ehrenkompagnie an die Grenze geschickt, um diesen Anschluß zu begrüßen. Und jetzt tun diese Besatzungsmächte so, als ob Österreich eine Schuld hätte!

Nichts, so gut wie gar nichts, kann man Österreich vorwerfen, aber alles kann man den Alliierten vorwerfen! Der einzige Unterschied besteht darin, daß die Alliierten eine ungeheure Propagandamaschine haben und daß wir keine solche Propaganda haben, um die Weltöffentlichkeit beeinflussen zu können — höchstens daß wir uns aus innenpolitischer Kurzsichtigkeit heraus zuweilen parteipolitische Vorwürfe machen und daraus künstlich Anschuldigungen konstruieren, die einen falschen Schein von Schuld erwecken können, was die Alliierten natürlich aufgreifen, um sich daraus ihre Tugend und ihre Schuldlosigkeit zu erheucheln.

Es wäre infolgedessen zweckmäßiger, wenn die alliierten Besatzungsmächte etwas bescheidener wären, ihre Schuld einbekennen und daraus die Konsequenzen ziehen würden, und zwar vor allem in bezug auf das, was heute so oft erwähnt wurde, nämlich die Räumung unseres Landes. Dabei möchte ich den Herrn Außenminister auffordern, den Posten in der Endabrechnung, der da heißt „wirtschaftliche Ausbeutung unseres Landes“, nicht nur gegenüber der einen Seite, sondern auch gegenüber der anderen Seite genau festzulegen und geltend zu machen. Die Konsequenzen zu ziehen hätten sie aber auch in bezug auf die aktuelle Besatzungspolitik.

Es widert einen geradezu an, wenn man im Rundfunk bei jeder Gelegenheit hören und in der Presse bei jeder Gelegenheit lesen kann, wie die Vertreter der alliierten Besatzungsmächte bei jedem Festessen zum Ausdruck bringen, daß sie kein höheres Anliegen haben, als uns Österreichern die Freiheit und Selbständigkeit zurückzugeben. Man müßte diesen Beteuerungen gegenüber, und zwar ohne Unterschied, ob sie von Westen oder Osten kommen, klar zum Ausdruck bringen, daß die Besatzungsmächte es ja in der Hand haben, wenigstens den jetzigen Zustand Österreichs zu erleichtern. Ich muß da einige Einzelheiten anführen.

Wie kommt das österreichische Volk dazu, da dieser Besatzungszustand doch widerrechtlich, völlig unmotiviert und unmoralisch ist, weiterhin noch Besatzungskosten zu zahlen? Wie kommt die österreichische Bevölkerung dazu, auf Tausende von Häusern, Wohnungen, Hotels usw. zu verzichten? Wenn sich die Besatzungsmächte untereinander nicht einigen können, dann sollen sie doch das tun, was man in einem besiegten Land, nach dem ersten Weltkrieg gegenüber Deutschland bei der alliierten Rheinland-Besatzung, gemacht hat: dann sollen sie sich ihre Häuser selber bauen. Es wäre hoch an der Zeit, daß auch von seiten der österreichischen Regierung solche Dinge entsprechend klar vorgebracht werden. Die Vertreter dieser Mächte sind im Verhältnis zur Armut unseres Volkes mit einer Wohlhabenheit ausgestattet, die unserer Bevölkerung oft sehr deutlich in die Augen fällt. Da kann man es nicht verstehen, daß diese amerikanischen, französischen, englischen und russischen Offiziere sogar unsere Möbel, Teller und Hausgeräte, und was es alles gibt, benützen, weil sie nicht den Willen haben, sich diese Dinge selber zu kaufen. Sie sollen doch wenigstens einmal diese Dinge herausgeben und dem Grundsatz der Heiligkeit des Privateigentums Rechnung tragen.

Ein weiteres, in dem sie uns heute schon entgegenkommen können, ist die Handhabung

des Rundfunks. Es ist nicht nur die östliche Besatzungsmacht, sondern es sind auch die westlichen, welche uns in einer geradezu unerträglichen Weise ständig mit ihren Propagandasendungen überschütten, als ob wir irgendwelche zu kultivierende Neger wären. (*Abg. Hartleb: Sehr richtig!*) Wir sind nicht etwa kleinlich und lassen uns auch gerne einmal etwas von den Zuständen in anderen Ländern erzählen. Aber das, was uns jeden Tag in vier, fünf Sendungen, noch dazu während der besten Zeit, vorgesetzt wird: „Stimme Amerikas“, „Amerika ruft Österreich“ — und ich weiß nicht, wie das alles heißt —, das ist schon nicht mehr erträglich und keineswegs zu rechtfertigen.

Wie sind damit die genannten Erklärungen der Hochkommissare bezüglich ihrer Sorge um unsere Selbständigkeit in Einklang zu bringen? Wir haben nichts gegen diese Völker. Im Gegenteil, wir sind außerordentlich interessiert, ohne jeden Nationalitätenhaß, auf das friedlichste mit ihnen zusammenzuarbeiten. Aber zuerst sollen sie uns unsere Freiheit und unser Recht zurückgeben, und dann reden wir über andere Dinge.

In diesem Zusammenhang muß ich auf die bisherige Staatsvertragspolitik der Österreichischen Bundesregierung eingehen. Zunächst einmal die Frage: Was heißt eigentlich „Staatsvertrag“? Nach dem bisher geltenden Völkerrecht gibt es diesen Begriff des Staatsvertrages gar nicht. Es gibt einen Friedensvertrag mit einem kriegführenden Land, und es gibt eine Vereinbarung über die Räumung eines irrtümlich besetzten Landes. Aber etwas anderes gibt es nicht. Wir hätten es uns von allem Anfang an nicht gefallen lassen dürfen, daß man uns mit dem Ausdruck „Staatsvertrag“ daherkommt. Ich verstehe es: wir waren damals in einer schwierigen Situation, in einer gewissen Gemütsdepression und im Zustand der Schwäche, in einem Zustand, den der Strafrichter mit dem typischen Zustand der Erpressung bezeichnen würde. (*Abg. Dr. Pittermann: Wir waren mit „Kalorien“ gefüttert!*)

Was damals getan wurde, um den sogenannten Staatsvertrag irgendwie ergattern zu können, ist aber keineswegs mit dem zu vereinbaren, was heute der Herr Abg. Dr. Gorbach mit den Worten „Haltung und Würde“ bezeichnet hat. Um den Staatsvertrag zu erkaufen — so hat es damals geheißen —, hat man jene himmelschreiende NS-Gesetzgebung gemacht. Um den Staatsvertrag zu erkaufen, hat man gegen besseres Wissen jene Rückstellungsgesetze beschlossen, die keineswegs mit den Grundprinzipien unserer Rechtsordnung zu vereinbaren sind. Wegen dieses Staatsvertrages hat man voreilig einer Verstaatlichung zu-

3294 86. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 2. April 1952

gestimmt, wie sie niemals dem Wunsche der Mehrheit unseres Volkes entspricht. (Abg. Dr. Pittermann: Wieso?) Ich habe schon im Jahre 1947, noch bevor ich in die Politik eingetreten bin, in einem Artikel (*Zwischenrufe*) auf das schärfste gegen die NS-Gesetzgebung Stellung genommen (Abg. Dr. Pittermann: *Damals haben Sie noch fürs Vaterland gezittert!*) und bin gegen den Grundsatz aufgetreten, daß man sich damit den Staatsvertrag erkaufen könne. Ich wurde deshalb von verschiedenen Seiten der Regierungsparteien auf das heftigste angegriffen. Ich habe es damals schon ausgesprochen, daß es sich niemals lohnt, heilige Grundsätze aufzugeben, um sich damit hinterherum einen Staatsvertrag zu ergattern. Und wie hat mir die Geschichte recht gegeben! (Abg. Dr. Pittermann: *„Sauberkeit gab ich für Papier!“*) Damals wurde mir erklärt: Warten Sie nur einige Wochen oder Monate, dann werden Sie den Preis für diese Gewissensopfer sehen. Jetzt haben wir aber den inneren Unfrieden, jetzt haben wir die innere Ungerechtigkeit, und trotzdem bekommen wir keinen Staatsvertrag. Es wäre hoch an der Zeit, daß man alles, was man in diesem Zustand der psychologischen Gedrücktheit und Erpressung, im Zustand von 1945, geplant und beschlossen hat, wieder wegräumt.

In diesem Zusammenhang muß ich auf das zu sprechen kommen, was man heute den alten Staatsvertrag nennt. Ich will dazu kurz nur das eine sagen: Was in diesem Vertrag drinnensteht, ist völlig unannehmbar! Ich hätte eigentlich erwartet, daß die heutige Sitzung den einheitlichen Willen der österreichischen Volksvertreter zum Ausdruck bringt, daß sie diesem alten Vertragsentwurf niemals zustimmen würden.

Man ist nun einen wesentlichen Schritt vorwärtsgekommen. Es ist ein neuer Entwurf da. Man nennt ihn Skelettvertrag oder Kurzvertrag. Ich will Ihnen erklären, daß wir weder bereit sind, den einen noch den anderen Ausdruck zu akzeptieren; der einzige Ausdruck, den man wirklich akzeptieren kann, heißt: „Räumungsprotokoll“. Denn niemand hat das Recht, uns unsere Souveränität, die durch freie Wahlen fundiert ist, streitig zu machen. Ich möchte die Regierung auffordern, gegenüber den Auffassungen mancher Staaten und Besatzungsmächte, daß unsere Souveränität nur eine beschränkte sei, das heißt, daß wir über bestimmte Dinge keine Verhandlungen führen könnten, sich von vornherein auf den Standpunkt zu stellen, daß wir eine Beeinträchtigung dieser Souveränität nicht zur Kenntnis nehmen können.

Nun ein Wort zum Inhalt dieses Räumungsprotokolls. Es heißt dort im Art. 2 Abs. 2,

daß es Österreich verboten ist, eine wirtschaftliche und politische Bindung mit Deutschland einzugehen. Ich spreche nicht deswegen davon, weil ich die Absicht hätte, einen Anschluß zu propagieren, sondern weil wir darin die Gefahr sehen, daß eine böswillige Macht diesen Artikel eines schönen Tages so auslegen könnte, daß Österreich niemals einem geeinten Europa beitreten könnte. Unsere Fraktion wird niemals einer Bestimmung zustimmen, die uns dieses Recht vorenthalten könnte. Ich könnte mir vorstellen, daß durch die Einfügung des Wörtleins „einseitige“ entsprechende Mißdeutungen von vornherein ausgeschlossen werden könnten. Denn uns ist die Einigung Europas und die Teilnahme Österreichs daran ein größeres Anliegen als den meisten anderen Parteien, in deren Programm dieser Punkt schon allgemein üblich ist. Wir sind der Meinung, daß es die Aufgabe Österreichs wäre, sich nicht bloß mit eingliedern zu lassen in ein geeintes Europa, sondern aktiven Anteil zu nehmen und sein historisches Talent, Völker zusammenzuführen, auch heute wieder unter Beweis zu stellen.

Der Herr Außenminister hat in seiner Rundfunkrede zum Ausdruck gebracht, daß unsere Chancen für die Räumung Österreichs eigentlich erst in dem Augenblick beginnen, in dem ein Gleichgewicht der militärischen Kräfte hergestellt ist. Ich sehe in dieser Meinung eine gewisse Gefahr, insbesondere wenn man daraus den Schluß ziehen würde, daß wir bis dahin nichts anderes zu tun hätten, als unsere Hände in den Schoß zu legen und den Status quo zu pflegen. Wir haben sehr wohl die Möglichkeit, wenigstens bezüglich der derzeitigen Besatzungspolitik verschiedene Initiativen gegenüber den Besatzungsmächten zu ergreifen, und zwar, wie ich glaube, mit einer größeren Energie, als dies bisher geschehen ist. Außerdem haben wir die Aufgabe, neue Situationen zur Kenntnis zu nehmen. Nun hat in dem Tauziehen zwischen Ost und West die bevorstehende Eingliederung Deutschlands in den Atlantikpakt dazu geführt, daß durch das sowjetische Deutschlandangebot ein erster, vielleicht noch sehr kleiner Schritt zu einer Änderung der Situation erfolgt ist. Ob dies ein reines Täuschungsmanöver ist oder ob sich dahinter irgendeine ehrliche Absicht verbirgt — auf jeden Fall sind damit neue Gespräche in Gang gekommen.

Wenn nun die Sowjetunion bezüglich Deutschland Vorschläge macht, bei denen eigentlich nur zwei Schwierigkeiten zu lösen sind, nämlich die freien Wahlen und die Teilnahme am Atlantikpakt, dann möchte ich darauf hinweisen, daß in Österreich diese zwei Schwierigkeiten nicht bestehen. Wir

brauchen keine UNO-Kommission, die zur Frage der freien Wahl Stellung nehmen müßte, und wir brauchen keine Gespräche wegen der Nichtteilnahme Österreichs am Atlantikpakt; denn darüber ist bisher noch nicht einmal gesprochen worden.

Der Herr Außenminister hat in seiner heutigen Rede zum Ausdruck gebracht, daß das Tor zu Verhandlungen weit offen steht, und er hat im Gegensatz zu dem, was ihm Fischer unterschieben wollte — ich habe es mir genau notiert —, gesagt: „Die völkerrechtliche Neutralität ist für uns Österreicher eine Selbstverständlichkeit.“ Infolgedessen besteht hier die Möglichkeit, die Sowjetunion beim Wort zu nehmen. Und wenn sie vor der Weltöffentlichkeit dann den Beweis für ihren guten Willen erbringen will, so hat sie hier bei Österreich die beste Gelegenheit, diesen Beweis zu liefern.

Wir können in der jetzigen Situation das Weltgewissen nicht genug aufrütteln und aufrufen, um dem unwürdigen Zustand, in dem sich unser Land befindet, ein Ende zu setzen. Unsere Fraktion hat sich infolgedessen entschlossen, dem vom Abg. Dr. Koref vorgelesenen Entwurf einer Entschließung zuzustimmen. *(Beifall beim KdU.)*

Abg. Huemer: Geehrte Damen und Herren! Unser Volk ist sich wohl in keinem Punkt so einig wie in dem einen: Abzug aller Besatzungstruppen, Beendigung des unwürdigen und entehrenden Zustandes der Besetzung unseres Landes durch fremdländische Truppen! Das ist unzweifelhaft der Wille und der leidenschaftliche Wunsch der bei weitem überwiegenden Mehrheit unseres Volkes. Wenn daher heute der Herr Abg. Koplenig den Skelettvertrag in Grund und Boden verdammen zu müssen glaubte, handelte er damit nicht im Interesse unseres Volkes und Landes. Genau so wenig tat dies der Herr Abg. Honner, als er kürzlich von dieser Stelle aus erklärte, es sei ein Glück, daß sich Zistersdorf nicht in der Verfügungsgewalt der gegenwärtigen österreichischen Regierung befinde. So leicht darf man sich die Sache als österreichischer Politiker nicht machen! Ich gehöre beileibe nicht zu jenen Kreisen, die so gerne die imaginären Ansprüche ausländischer, vor allem amerikanischer Aktienbesitzer verteidigen möchten. Wir haben in unserem Land einen Garanten, Herr Abg. Honner, der dafür bürgt, daß die Ölfelder von Zistersdorf nicht an das ausländische Kapital verschachert werden können: es ist das der österreichische Arbeiter. Warum übergibt die Sowjetunion Zistersdorf nicht der österreichischen Arbeiterschaft, beispielsweise in Form einer Arbeitsgenossenschaft? Das wäre eine Tat, wie man sie von einem sozialistischen Staat wahrhaftig erwarten dürfte.

Vom Standpunkt unseres Landes und Volkes aus gesehen halte ich es für richtig, wenn immer neue Wege und Möglichkeiten gesucht werden, um der Besetzung ein Ende zu bereiten. Deshalb bin ich auch dafür, daß man über den von den Westmächten vorgeschlagenen Kurzvertrag ernsthaft diskutiert. Andererseits war es von seiten der Westmächte nicht sehr klug, daß sie auf den französischen Chauvinismus in einem solchen Ausmaß Rücksicht genommen und die jüngsten Vorschläge der Sowjetunion über die Wiedervereinigung Deutschlands und eine bewaffnete Neutralität strikte zurückgewiesen haben. Diese Zurückweisung war bestimmt nicht ein Zeichen besonderen diplomatischen Geschicks, keinesfalls entsprach sie den Interessen Deutschlands. Ich bin der Ansicht, daß beide Seiten sich ehrlich bemühen sollten, die Lösung der schwebenden Weltprobleme auf friedlichem, diplomatischem Wege zu erreichen. Wir tun daher gut daran, wenn wir alle Vorschläge in diesem Sinne, gleichgültig aus welcher Himmelsrichtung sie kommen, begrüßen. Umsomehr müssen wir dies tun, wenn sich damit für uns ein Funken Hoffnung verbindet, die Besatzungstruppen loszuwerden. Ich bin ein überzeugter und aktiver Neutralist, erkläre eben gerade deshalb ganz offen, daß es, wenn es um die ureigensten Interessen des eigenen Volkes und Landes geht, nur einen einzigen Standpunkt geben darf: nämlich den Platz an der Seite seines Volkes und seiner Heimat! Darum erkläre ich mich auch mit dieser Kundgebung der österreichischen Volksvertretung solidarisch.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will jetzt nur ganz kurz zwei Fragen aufwerfen, die ebenfalls mit unserer Außenpolitik im Zusammenhang stehen. Am 20. März berichtete „Die Presse“ in einem Artikel über Drauverhandlungen mit Jugoslawien. Es hieß dort, daß in der Zeit vom 27. bis 29. Februar eine Besprechung zwischen einer österreichischen und einer jugoslawischen Delegation stattgefunden habe. Jugoslawien habe Beschwerde geführt gegen die Überleitung der Möll, die im Zuge der Bauten am Tauernkraftwerk Kaprun durch einen 11,4 km langen Stollen durch das Massiv der Hohen Tauern in die dort befindlichen Speicher geleitet wird. Auf die Beschwerde Jugoslawiens hin habe die österreichische Delegation zugesagt, eine Kompensation für die Möllüberleitung finden zu wollen. Diese Zusage von österreichischer Seite ist einigermaßen sonderbar. Man wird das Gefühl nicht los, daß hier von außen her auf die österreichische Regierung ein Druck ausgeübt wird. Anscheinend soll Österreich in der Frage Schwabegg und Lavamünd nachgeben, um Tito die Lösung der Frage Triest im Sinne Italiens schmackhafter zu machen.

Im Jahre 1946 hieß es noch in der offiziellen Broschüre „Gebiets- und Wirtschaftsfragen der Untersteiermark“ über das „Kraftwerkssystem der Drau“ wörtlich:

„Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die energiewirtschaftliche Planung und die Errichtung der Kraftwerk-Kette am Mittellauf der Drau sowie die Einbindung des ganzen Systems in die österreichische Elektrizitätswirtschaft von Österreich aus erfolgt ist und eine mit großem Wissen und Können und unter Verwendung bedeutender materieller Mittel vollbrachte Leistung darstellt, die ein moralisches Recht Österreichs beinhaltet. Abgesehen davon, daß die Kraftwerke am Mittellauf der Drau planmäßig in das österreichische Verbundnetz eingegliedert sind, hat Jugoslawien gar nicht die Möglichkeit, die bedeutenden Energien der Drauwerk-Kette auszunützen.“

Warum jetzt plötzlich diese Nachgiebigkeit gegenüber jugoslawischen Forderungen, die auch völker- und wasserrechtlich nicht gerechtfertigt sind? Denn wenn und solange keine Vereinbarung hinsichtlich eines vom Meere aus nicht schiffbaren und mehrere Staaten durchfließenden Flusses besteht, unterliegt dieser Fluß anteilmäßig der uneingeschränkten Gebietshoheit jedes dieser Staaten innerhalb seiner Grenzen. Unsere nationale Flußstrecke der Drau unterliegt nach dem völkerrechtlichen Grundsatz der Territorialitätstheorie der freien Verfügungsgewalt des österreichischen Volkes. Die österreichische Strecke des Draufusses ist kein internationaler Strom, aber auch kein konventioneller Strom, weil hierüber auch nach den Richtlinien der Wiener Kongreßakte vom 9. Juni 1815 keine zwischenstaatliche Vereinbarung vorhanden ist. Auch das Genfer Übereinkommen vom 9. Dezember 1923 über die Nutzbarmachung von Wasserkraften fand und findet auf die österreichische Drau keine Anwendung. Es ist daher höchst eigenartig, wenn sich die österreichische Delegation so schnell bereit erklärt hat, eine Kompensation für die Möllüberleitung zu finden. Es wäre mir lieber gewesen, ich hätte gelesen, daß eine österreichische und eine jugoslawische Delegation Verhandlungen über das Schicksal der im Jahre 1945 von den Tito-Truppen verschleppten Kärntner aufgenommen habe.

Nun noch zur zweiten Frage: Ich glaube, daß wir die Gelegenheit der heutigen Kundgebung nicht vorübergehen lassen sollten, ohne jener Österreicher zu gedenken, die noch immer, jetzt bereits sieben Jahre nach Kriegsende, das schwere und harte Los der Kriegsgefangenschaft tragen müssen. Wir dürfen die Gelegenheit, gegen diese himmelschreiende Verletzung der Menschenrechte zu protestieren, nicht vorübergehen lassen. Und wenn man

vor einiger Zeit in den Zeitungen gelesen hat, daß die Sowjetunion auf dem Standpunkt steht, es handle sich bei den noch zurückgebliebenen und zurückbehaltenen Kriegsgefangenen um Kriegsverbrecher, dann können und dürfen wir Österreicher uns diesem Standpunkt niemals anschließen. Wir müssen daher immer wieder den Ruf erheben: Schickt die Kriegsgefangenen heim! Gebt den Kindern ihre Väter zurück! Helft mit an der Aufklärung der Schicksale der Kriegsvermißten! So wollen wir auch heute, wie schon so oft, wieder in die Welt hinausrufen. Ich bin überzeugt: Einmal wird und einmal muß dieser Ruf gehört werden!

Abg. Dr. Strachwitz: Hohes Haus! Ich habe mich zum Worte gemeldet, weil mir an dieser Kundgebung dieses Hauses nicht nur der Rahmen mißfallen hat, sondern auch die Art und Weise, wie die Debatte abgeführt wurde. Sie wurde im großen und ganzen bedauerlicherweise auf einer Höhe geführt, die eben den üblichen polemischen Auslassungen in diesen Dingen gerecht wurde und das Entscheidende wieder vermissen ließ, nämlich die Sanktion, die wir zu ergreifen gewillt sind, wenn auch dieser Appell wieder nur ein leidenschaftlicher Ausdruck bleibt, wobei sich allerdings die Leidenschaft in diesem Hause heute nicht allzu stark gezeigt hat.

Ja, was ist denn dann, wenn nach diesem Appell wieder nichts wird und wir nach sieben Jahren eben wieder demütig sagen können: Wir haben wieder einen Appell an das Weltgewissen gerichtet, und das Ergebnis ist daselbe wie immer innerhalb der sieben Jahre? (*Zwischenruf des Abg. Krippner.*)

Ich hätte nicht die Absicht gehabt, hier einzugreifen, denn glauben Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zeit, in der über diese Außenpolitik, in der über die Politik vom Jahre 1945 bis heute gerichtet werden wird, kommt immer näher, und ich bin der festen Überzeugung, daß noch Rechenschaft darüber wird abgelegt werden müssen. Denn immer wird es nicht gehen, daß man die Gemeinschaft mit Versprechungen hinhält und letzten Endes ein Volk mit Versprechungen füttert. Einmal wird die Zeit kommen, da die Empörung tatsächlich Platz greift und sich das Volk tatsächlich der Mittel bedient, die es braucht, um zu dem Ziel zu gelangen, das ein anderes ist, als wir heute haben. (*Abg. Krippner: Man irrt sich manchmal!*) Herr Abg. Krippner! Sie können lachen, Sie kennen mich; in einem werden Sie mich nicht auslachen, daß ich nämlich so konsequent bin, wie ich rede, und ich würde wünschen, daß Sie, meine sehr verehrten Kollegen, mit denen ich in vergangener Zeit auf einer Bank gesessen bin, auch so konsequent wären, wie Sie reden, denn

dann würden sehr viele Dinge in diesem Hause nicht Gesetz geworden sein, dann würde dieser Appell nicht ein Appell sein, der zerredet wurde, dann würde hinter dem Appell auch eine Sanktion stehen, dann würde hier stehen (*Ruf des Abg. Krippner*), daß wir nicht mehr bereit sind, Besatzungskosten zu zahlen, daß wir nicht mehr bereit sind, den 8. Mai als Befreiungstag zu feiern (*Beifall beim KdU*), daß wir nicht mehr bereit sind, den unwürdigen Zustand zu ertragen, und daß wir nicht bereit sind, demütig nur zu protestieren, sondern auch bereit sind, zum Widerstand aufzurufen, wenn es notwendig ist. Nicht zum kämpferischen, das wollen wir derzeit nicht, aber zu einem moralischen Widerstand, zu einem Widerstand gegen den Einfluß von außen, der heute auf der einen wie auf der anderen Seite versucht, uns geistig auseinanderzureißen.

Das hätte ich mir von dem heutigen Appell, der selbstverständlich zu unterstützen ist, erwartet. Ich hätte mir erwartet, daß das Haus in einer einheitlichen Willenskundgebung nicht nur zum Ausdruck bringt, daß an dem, was bisher gemacht oder nicht gemacht wurde, die Alliierten die Schuld oder nicht die Schuld haben, sondern zum Ausdruck bringt, was zu tun wir bereit sind, wenn das, wonach wir rufen, nicht eintritt.

Und jetzt gestatten Sie mir noch einen kleinen Rückblick. Als die russischen Panzer, beziehungsweise — verzeihen Sie — als die Russen auf amerikanischen Panzern in Wien einzogen, da war ich schwer verwundet in Gefangenschaft. Als ich aus dieser Gefangenschaft nach Hause kam und viele meiner Kameraden aber noch drüben geblieben waren, da las ich an meinem Geburtstag, am 22. Dezember, in der „Wiener Zeitung“ folgende Regierungserklärung:

„Österreich ist frei, dank des großen einmaligen Befreiungswerkes, das die Hauptmächte der Welt vereinte, um diese Welt wieder von dem Einfall der Barbarei zu erlösen. Unser Heimatland, das erste Opfer des faschistischen Imperialismus in der Welt ist so wieder frei und selbständig geworden. Als erster, auf Grund legaler, unabhängiger demokratischer Wahlen mit der Führung der Regierung dieses Österreich betrauter Bundeskanzler ist es mir eine heilige Pflicht und aus tieferinnerlicher Überzeugung kommendes Bedürfnis, den Alliierten Mächten für ihre große Befreiungstat im Namen Österreichs zu danken.“ Zwischen Klammern steht: „Die Abgeordneten erheben sich von den Sitzen, wenden sich zu den Logen, in denen die Höchstkommmandierenden der Besatzungstruppen Platz genommen haben, und bringen diesen brausende Ovationen dar. — Stürmischer Beifall auf den Galerien.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Und wenn Sie heute die Erklärung desselben Mannes gehört haben, der damals all diese Worte gesprochen hat, erhebt sich nur eine einzige Frage, und darauf muß mir diese Regierung Antwort geben, mir, der Opposition in diesem Land und dem ganzen österreichischen Volk: Welchen Erfolg hatten Sie seit diesem Zeitpunkt, und welches dieser Versprechungen aus Ihrer Regierungserklärung von 1945, die Sie erkaufte haben mit der gesamten Ausnahmsgesetzgebung, erkaufte haben mit den Zwistigkeiten im eigenen Volk, erkaufte haben mit der Rechtsungleichheit, ist tatsächlich eingetreten? Es ist bedauerlich, daß wir heute hier... (*Abg. Dengler: Ich würde mich schämen, mit Fischer auf einer Linie in der Opposition zu stehen, gerade am heutigen Tag! Was haben Sie damals geleistet? Wo waren Sie damals, Herr Ritterkreuzträger! Schämen Sie sich, mit dem Generalssohn auf einer Stufe zu stehen!*) Es ist bedauerlich, daß ich heute hier diese Feststellung treffen muß. Damit lehne ich jetzt nicht die Kundgebung dieses Hauses ab, ich muß aber sagen, daß wir nicht nur bei der Kundgebung bleiben, nicht nur tönende Worte sprechen dürfen, sondern daß wir heute, wenn wir eine Kundgebung beschließen, auch den Willen bekunden müssen, die Konsequenzen zu ziehen, die ich Ihnen aufgezeigt habe. (*Beifall beim KdU.*)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Debatte ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den vom Abg. Dr. Koref eingebrachten Antrag der Abg. Ing. Raab, Dr. Pittermann und Dr. Kraus. Der Antrag ist vervielfältigt worden und liegt den Abgeordneten vor.

Ich bitte jene Frauen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschlecht.*) Das Hohe Haus hat mit großer Mehrheit diesem Resolutionsantrag die Zustimmung gegeben.

Wir kommen nun zur Tagesordnung.

Ich schlage vor, den 1. und 2. Punkt der Tagesordnung unter einem zu behandeln. Wird dagegen ein Einwand erhoben? (*Niemand meldet sich.*) Es ist nicht der Fall, es bleibt bei meinem Vorschlag.

Der 1. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (520 d. B.): Bundesgesetz über die nichtlinienmäßige gewerbsmäßige Beförderung von Personen zu Lande und über einige Änderungen der Gewerbeordnung (*Gelegenheitsverkehrs-Gesetz*) (528 d. B.).

Berichterstatter Wallner: Hohes Haus! Der Handelsausschuß hat sich in seiner Sitzung

vom 24. März 1952 eingehend mit der Regierungsvorlage 520 d. B., Gelegenheitsverkehrs-Gesetz, beschäftigt.

Ich möchte nun einiges aus diesem Gesetz hier im Hohen Hause vortragen. Es handelt sich dabei um den bereits in Ihrem Besitz befindlichen Bericht 528 d. B. Ich möchte hierbei erwähnen, daß dieses Gesetz trotz seinen scheinbar sehr unbedeutenden Bestimmungen einen sehr großen Widerhall in der Bevölkerung gefunden hat. Vergessen wir nicht, daß es in Österreich über 6000 Unternehmungen gibt, die in den letzten Jahren einen schweren Konkurrenzkampf mit den staatlichen Verkehrsunternehmungen zu führen hatten. Der Ausschuß hat sich daher der schweren Aufgabe unterziehen müssen, die Interessen der Privatunternehmungen mit den Interessen der Verkehrsbetriebe, wie Post und Bahn, in Einklang zu bringen. Während die Autobus- und Personenverkehrsunternehmungen unter dem Druck der zunehmenden Konkurrenz den Gelegenheitsverkehr restlos für sich in Anspruch nehmen wollten, hat auf der anderen Seite natürlich auch die Post für ihren Kraftwagenverkehr diesen Anspruch gestellt. Es war daher notwendig, hier eine mittlere Linie zu finden. Infolge der gesteigerten staatlichen Betätigung, die sich durch die Zunahme der Postomnibusse schwer auf die ganze Privatwirtschaft ausgewirkt hat, ist auch die Steuerquelle insbesondere der Privatverkehrsunternehmer schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Es liegt daher im allgemeinen Staatsinteresse, diese Entwicklung, die ich hier kurz angedeutet habe, in gesunde Bahnen zu lenken.

Diesen staatspolitisch begründeten Erfordernissen trägt die Vorlage insofern Rechnung, als innerhalb der Parteien über die aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten eine Einigung erzielt werden konnte. Die von den Autobusunternehmungen gewünschte Einschränkung des Gelegenheitsverkehrs wird nun dadurch berücksichtigt, daß den staatlichen Kraftwagenbetrieben laut § 1 die Ausübung des Gelegenheitsverkehrs nur mit den Kraftfahrzeugen des Linienverkehrs gestattet wird. Dem weiteren Wunsch nach Unterwerfung der staatlichen Kraftwagenbetriebe unter dieses Gesetz konnte leider bei den Verhandlungen im Handelsausschuß nicht voll Rechnung getragen werden.

Auch der Fachverband des Personenverkehrs- und Fuhrwerksgebietes hat sich an das Parlament, an seine Vertreter und an die Regierung gewendet, damit seinen Wünschen, die ihm wieder von seinen Mitgliedern vorgebracht wurden, in irgendeiner Form Rechnung getragen werde. Leider konnten nicht alle diese Wünsche untergebracht werden, doch

sind einige besonders krasse Mängel der Vergangenheit beseitigt worden, wobei die Änderungen dann in irgendeiner Form in diese neue Vorlage eingebaut werden konnten.

Stellt man jedoch das Ergebnis der im Gesetz berücksichtigten Wünsche des Fachverbandes für das Personenfuhrwerksgebiet jenen gegenüber, die aus den obigen Gründen keine Erfüllung gefunden haben, so darf man beruhigt feststellen, daß sich der Ausschuß in verantwortungsvoller Weise vom gesamtstaatlichen Interesse leiten ließ. Die vom Gesetzgeber nicht berücksichtigten Wünsche auf Konzessionierung des Gewerbes zum Verleih von Kraftfahrzeugen, Einführung eines Befähigungsnachweises mit dreijähriger Verwendung sowie Einführung des Zwanges zum Nachweise des alleinigen Eigentums am anzumeldenden Wagen werden weitgehend wettgemacht durch jene Wünsche des Fachverbandes des Personenverkehrs- und Fuhrwerksgebietes, die der Ausschuß annehmen konnte.

Unter anderem hat im § 1 der Vorlage Berücksichtigung gefunden, daß die geforderte Konzessionierung auf Lebenszeit und nicht wie bisher auf ein bis zwei Jahre erfolgt. Die Zulassung der Witwenfortbetriebe war ebenfalls ein Kapitel, über das sich der Handelsausschuß einigen konnte. Es war bisher nicht möglich gewesen, Witwenfortbetriebe dieser Art weiterzuführen.

Der § 3 bringt für das Platzfuhrwerks-Gewerbe die Konzessionierung des Mietwagen-Gewerbes und das seit Jahrzehnten immer wieder vergeblich geforderte Recht auf Einzelvergebung der Sitzplätze, was ja eigentlich der Hauptsinn dieser Bestimmung überhaupt ist.

Die Vorlage erfüllt im § 14 eine alte Forderung des Gewerbes, indem sie statt der gerichtlichen nunmehr die verwaltungsmäßige Straffolge androht.

Einen weiteren Wunsch des Personenfuhrwerksverkehrs erfüllt wiederum der § 15 der Vorlage, indem er statt der Polizei nunmehr die Verwaltungsbehörde zur Betreuung des Gewerbes bestimmt.

Von den übrigen, durch die Vorlage berücksichtigten Wünschen möchte ich nur noch die Sonderbestimmungen des § 11 für das Platzfuhrwerks- und für das Ausflugswagen-Gewerbe in Wien erwähnen. Hinsichtlich des Platzfuhrwerks-Gewerbes wurde für Wien in Ansehung der Eigenheit der Großstadt eine bestimmte Ausnahme gemacht, wonach der Landeshauptmann im Einvernehmen mit den zuständigen Polizei- und Verwaltungsbehörden eine Sonderregelung zu treffen hat.

Mit diesen Vorschriften schafft der Gesetzgeber für einen sehr weiten Kreis der Personenfuhrwerker einen zeitgemäßen Schutz, um dessen Aufrechterhaltung sich die Vertreter

des Fuhrwerksgewerbes — das muß ich hier besonders unterstreichen — sehr bemüht haben.

Wenn es auch nicht gelungen ist, mit diesem Gesetz allen Wünschen gerecht zu werden und allem zu entsprechen, was an uns herangetragen wurde, so steht doch fest, daß mit dieser Vorlage auf dem Gebiete der Vereinheitlichung und Vereinfachung der österreichischen Rechtsordnung ein Schritt nach vorwärts gemacht wurde. Mit der Außerkraftsetzung der einschlägigen reichsdeutschen Rechtsvorschriften auf diesem wichtigen Gebiet der Verkehrswirtschaft ist wenigstens in rechtlicher Hinsicht eine Konsolidierung eingetreten, von der wir alle erwarten und hoffen, daß sie sowohl den staatlichen wie auch den privaten Verkehrsunternehmen die Möglichkeit einer gezielten Entwicklung geben wird.

Wir haben im Handelsausschuß den § 6 der Regierungsvorlage eingehend behandelt und ihn dann gestrichen. Der § 6 hatte einige sehr unsichere und unklare Bestimmungen enthalten, die den Handelsausschuß veranlaßt haben, ihn überhaupt zu streichen, weil man niemandem zumuten kann, daß eine seinerzeit rechtlich erworbene Konzession durch irgendeinen Zufall verlorengeht.

Auf Grund der Beratungen des Handelsausschusses erlaube ich mir den Antrag zu stellen, der Nationalrat wolle dem vorliegenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung geben.

Geschäftsordnungsmäßig möchte ich bitten, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident Dr. Gorbach übernimmt den Vorsitz.

Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (522 d. B.): Bundesgesetz, betreffend die linienmäßige Beförderung von Personen zu Lande mit Kraftfahrzeugen (**Kraftfahrliiniengesetz 1952 — KfG. 1952**) (531 d. B.).

Berichterstatter **Populorum**: Hohes Haus! Der Verkehrsausschuß hat in seiner Sitzung vom 27. März l. J. die Regierungsvorlage, betreffend die linienmäßige Beförderung von Personen zu Lande mit Kraftfahrzeugen, das Kraftfahrliiniengesetz 1952, in Behandlung gezogen. Mit diesem Gesetz soll ein weiterer Beitrag zur endgültigen Regelung des Problems Schiene — Straße geleistet werden. Der vorliegende Gesetzentwurf regelt im österreichischen Sinne die linienmäßige Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen und nimmt Bezug auf bewährte Bestimmungen des alten

Kraftfahrliiniengesetz, während die reichsrechtlichen Bestimmungen damit aufgehoben erscheinen.

Im einzelnen ist zu den Bestimmungen dieses Gesetzes kurz folgendes zu bemerken:

Der § 1 definiert den Begriff einer Kraftfahrliinie entsprechend einer international festgelegten Begriffsabgrenzung und setzt die Konzessionspflicht fest.

Der § 2 normiert Ausnahmen von der Konzessionspflicht, wobei insbesondere auf die Notwendigkeit der für die Postverwaltung zur Postbeförderung eingerichteten Landkraftposten Rücksicht genommen wird.

Im § 3 sind die Zuständigkeiten für die Konzessionserteilung geregelt.

Der § 4 bestimmt die Voraussetzungen für die Konzessionserteilung. Die Konzession kann erteilt werden, wenn:

1. der Bewerber zuverlässig und geeignet ist und die Sicherheit des Betriebes und die Leistungsfähigkeit des Unternehmens gewährleistet sind;
2. der Bewerber die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt;
3. ein entsprechendes Verkehrsbedürfnis vorhanden ist;
4. die Art der Linienführung eine zweckmäßige und wirtschaftliche Befriedigung des in Betracht kommenden Verkehrsbedürfnisses gewährleistet und
5. das Unternehmen auch sonst öffentlichen Interessen nicht zuwiderläuft.

Der § 5 enthält die näheren Bestimmungen über die Konzessionserteilung. Hier ist im besonderen vermerkt, daß vor Erteilung der Konzession bei sonstiger Nichtigkeit zu hören sind: die Post- und Telegraphendirektionen; die Bundesbahndirektionen; jene Unternehmen des öffentlichen Eisenbahnverkehrs und die Kraftfahrliinienunternehmer, in deren Verkehrsbereich die neue Kraftfahrliinie ganz oder teilweise fällt; die Landeshauptmänner, wenn das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe zur Erteilung der Konzession zuständig ist — diese Bestimmung wurde im Ausschuß über Antrag neu aufgenommen, desgleichen wurde die Frist zur Abgabe von Äußerungen der vorgenannten Stellen von höchstens 90 auf 60 Tage abgeändert —; weiters die Gemeinden, in deren Gebiet der Ausgangs- oder der Endpunkt der geplanten Linie liegt; weiters die Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern, durch deren Gebiet die Linie geführt wird; die Kammern der gewerblichen Wirtschaft; die Landwirtschaftskammern; die Kammern für Arbeiter und Angestellte und die Landarbeiterkammern.

Der § 6 bestimmt die Dauer der Konzession.

3300 86. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 2. April 1952

§ 7 und § 8 sehen Bestimmungen über die Verpflichtungen des Konzessionsinhabers hinsichtlich der Führung des Betriebes vor.

Die §§ 9, 10 und 11 handeln von der Enthebung von der Betriebspflicht, vom Erlöschen der Konzession und der Übertragung der Konzession und von der Fortführung des Betriebes nach dem Tode des Konzessionsinhabers.

§ 12 behandelt die Genehmigungspflicht der Beförderungspreise, der Beförderungsbedingungen und der Fahrpläne.

§ 13 regelt das Berufsrecht.

Im § 14 wird das Aufsichtsrecht über die Kraftfahrlinienunternehmungen festgelegt.

§ 15 enthält die Ermächtigung zur Erlassung von Durchführungsverordnungen.

Der § 16 beschäftigt sich eingehend mit den Strafbestimmungen.

Im § 17 wird das Recht der Konzessionsbehörde auf Zurücknahme der Konzession im Falle wiederholter Verstöße gegen die Konzessionsbedingungen statuiert.

§ 18 enthält Übergangsbestimmungen.

Im § 19 ist die Inkraftsetzung dieses Gesetzes mit 1. Mai 1952 — gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Güterbeförderungsgesetzes — vorgesehen.

Der § 20 enthält die Vollzugsklausel.

Auf Grund der Beratungen im Verkehrsausschuß stelle ich den Antrag, der Nationalrat wolle dem vorliegenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich beantrage ferner, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Gegen den formalen Antrag der Berichterstatter, General- und Spezialdebatte zu den beiden Vorlagen unter einem abzuführen, wird keine Einwendung erhoben.

Abg. Elser: Geschätzte Frauen und Herren! Ich hatte schon bei der Behandlung der neuen Bundesbahn-Gütertarife und des Güterbeförderungsgesetzes die Möglichkeit, Grundsätzliches über unser Verkehrswesen zu sagen. Ich möchte anlässlich der Verabschiedung der letzten beiden Verkehrsgesetze, des Gelegenheitsverkehrs-Gesetzes und des Kraftfahrliiniengesetzes, auch noch einiges hinzufügen.

Liest man aufmerksam die Motivenberichte zu den beiden Gesetzen, dann ersieht man daraus, daß man eigentlich mit diesen Gesetzen zweierlei verfolgt: erstens einmal die Wiederherstellung eines österreichischen Verkehrsrechtes an Stelle reichsdeutscher Bestimmungen, und zweitens will man mit diesen Verkehrsgesetzen — es sind deren ja vier — den Wettbewerb zwischen Schiene und Straße beseitigen. Daß dieses Ziel erreicht wird, das möchte ich nicht nur bezweifeln, ich behaupte vielmehr, daß von

einer Ausschaltung des Wettbewerbes zwischen Schiene und Straße trotz der neuen Verkehrsgesetze keine Rede sein kann.

Ich möchte aber überhaupt zu den Verkehrsgesetzen noch einige grundsätzliche Bemerkungen machen. Meine Damen und Herren! Einst in der Zeit der Erfindung der Dampfmaschine wurde die Straße, wurde das animalische Fuhrwerk entthront. Die Dampfmaschine, der Schienenstrang beherrschte eine neue Zeit. Man bäumte sich auf gegen diese unaufhaltsame Entwicklung unserer Technik; bäuerliche Bevölkerungskreise sträubten sich gegen die heranbrausende Dampflokomotive und wollten damit den Bau von Bahnen verhindern. Tausende von Fuhrwerksbesitzern mit animalischen Fuhrwerken haben sich ebenfalls, von ihrem Standpunkt aus sicherlich richtig, in ihrer Existenz bedroht gesehen. Aber alles nützte nichts. Es nützte die Auflehnung großer Bevölkerungsschichten gegen den Fortschritt der Technik nichts, es nützte auch das Aufbäumen der interessierten Kreise nichts; die Entwicklung ging über sie hinweg.

Heute, meine Damen und Herren, stehen wir vor einer neuen verkehrspolitischen Situation. Die technischen Fortschritte gehen natürlich weiter. Wir halten derzeit bei der möglichen Ausnützung der Atomenergie. Der Gasmotor schlägt im Wettbewerb wieder den Schienenstrang und die Lokmaschine. Die Straße wird wieder so wie einst zum Herrn des Verkehrs — unaufhaltsam, nichts kann man dagegen unternehmen. Allerdings muß man daraus die Folgerungen für die Bahn ziehen. Das, was ich hier ausführe, gilt natürlich nicht nur für die österreichischen Bundes- und Privatbahnen, sondern es gilt überhaupt für alle Bahnen in der Welt.

Die Schiene sucht sich selbstverständlich mit allen möglichen Mitteln der Konkurrenz zu entledigen, und die neuen Verkehrsgesetze sollen ja schließlich auch diesem Ziel dienen. Ich behaupte, meine Damen und Herren: Eine wirksame Ausschaltung der Konkurrenz, des Wettbewerbes zwischen Schiene und Straße ist überhaupt nicht möglich, außer man hebt den technischen Fortschritt auf; aber das ist ebenfalls undenkbar. Es gibt nur eine Alternative im Wettkampf zwischen Schiene und Straße: Entweder man hebt die Privatwirtschaft zumindest auf den Fernverkehrslinien auf und übergibt diese Fernverkehrslinien der öffentlichen Hand, liefert sie in Österreich den Bundesbahnen aus, dann ist dieses Problem zu regeln und die Konkurrenz auszuschalten; oder aber man beläßt, wie es die vier neuen Verkehrsgesetze tun, die Privatwirtschaft auf dem Gebiete des Verkehrswesens auf den Straßen, aber dann gibt es auch keine Aufhebung der Konkurrenz zwischen Schiene und

Straße. Das ist ein Grundsatz, gegen den anzukämpfen lächerlich ist. Entweder das eine oder das andere. Bleibt es beim privatwirtschaftlichen Betrieb der Verkehrsmittel auf der Straße so wie bisher, dann werden die Bundesbahnen nach wie vor, trotz der neuen Verkehrsgesetze, der verschärften Konkurrenz der Straße ausgesetzt sein.

Bedenken wir doch: Die Entwicklung schreitet weiter, der Verkehr auf der Straße wird sich noch mehr verdichten, und in demselben Maße wird sich natürlich auch die Konkurrenz gegenüber der Schiene, gegenüber den Bahnen verstärken. Es gibt keine Ausschaltung des Wettbewerbes zwischen Schiene und Straße, wenn man es bei dem gegenwärtigen Rechtszustand beläßt. Dieser gegenwärtige Rechtszustand wird durch die neuen Verkehrsgesetze eigentlich nur insoweit abgeändert, als man den privatwirtschaftlichen Sektor im Verkehrswesen noch verstärkt, ihn stützt und fördert.

Es ist klar, daß die Bahnen überall in der Welt, in allen Staaten, trotz der Entwicklung des Verkehrs auf der Straße eine lebenswichtige Bedeutung für die Volkswirtschaft haben werden. Der Transport von Massengütern und von Personenmassen ist natürlich nur über den Weg der Schienenstränge möglich; diese Aufgabe kann die Straße nicht übernehmen. Die Eisenbahnen werden nach wie vor trotz der Entwicklung der Technik und des Fortschreitens des modernen Verkehrswesens eine eminente volkswirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen haben. Aber weil dem eben so ist und weil die Eisenbahnen aus der modernen Verkehrswirtschaft nicht wegzudenken sind, müssen wir aus der gegebenen Entwicklung die Folgerungen ziehen.

Meine Damen und Herren! Kostenmäßig werden die Bahnen gegenüber den Verkehrsmitteln auf der Straße niemals mehr konkurrenzfähig sein können. Es wäre zu weitgehend und würde zu langatmig sein, wenn ich das konkret mit Beweisen beleuchten würde. Es ist klar, daß die Straße der Schiene in vielerlei Hinsicht weit überlegen ist. Diese Überlegenheit drückt sich natürlich auch in den Gesteuerungskosten aus. Die Belastung der gesamten, gewaltig großen Bahnanlagen, die stets betrieben werden müssen, ob sich nun der Verkehr verdichtet oder ob er schwächer wird, bedeutet allein schon einen großen Kostenfaktor, den ich auf der Straße nicht habe. Auf der Straße kann ich regulieren und disponieren. Ich kann an Stelle von zwanzig Lastwagen nur sechs in Bewegung setzen, wenn es der Verkehr erfordert, oder aber umgekehrt an Stelle von zwanzig Lastwagen eben hundert. Bei den Eisenbahnanlagen ist diese Dispositionsfähigkeit nicht gegeben.

Das allein ist schon ein Beweis, daß eine Konkurrenzfähigkeit der Bahnen gegenüber den modernen Verkehrsmitteln auf der Straße nicht gegeben sein kann.

Nun gibt es natürlich Defizite. Die Bahnen weisen Defizite aus, während die privaten Verkehrsunternehmen, besonders im Fernverkehrsnetz, gewaltige Überprofite für sich beanspruchen können. Entweder steht man auf dem Standpunkt, daß das Verkehrsproblem ein Problem ist, das die Allgemeinheit angeht, oder man steht auf dem Standpunkt, daß der Verkehr auch eine Quelle teilweiser Bereicherung kleiner privatwirtschaftlicher Schichten ist. Wenn man das letztere will, dann soll man es klar, offen und ehrlich zum Ausdruck bringen. Dann muß man eben diesen Weg gehen, den die neuen vier Verkehrsgesetze beschreiten. Will man aber dieses gewaltige Verkehrsproblem, das ja nicht nur in Österreich, sondern in allen Ländern besteht, im Interesse und zugunsten des Staatssäckels, zugunsten der Gesamtaufgaben einer Wirtschaft erledigen und liquidieren, dann gibt es nur eines: Entprivatisierung zumindest der großen Verkehrslinien und Ordnung dieser Linien durch die betreffenden Bundesbahnverwaltungen. Nur so könnte man dieses Problem, allgemein gesehen, lösen.

Wenn ich von Entprivatisierung spreche, dann meine ich damit nicht, daß man eventuell den Bundesbahnen eine Monopolstellung einräumt, damit sie die Preise der Personen- und Gütertarife im Straßenverkehr in die Höhe schrauben sollen. Es ist klar, daß auch die öffentliche Hand natürlich die Verschiedenheit der Gesteuerungskosten, die Eigenkosten bei jedem Verkehrsmittel berücksichtigen muß; sie wird nach wie vor die Tarifsätze auf der Straße wesentlich niedriger zu halten haben als verschiedene Tarifsätze auf der Schiene. Das habe ich nur gesagt, um nicht mißverstanden zu werden.

Was sagen nun die beiden Verkehrsgesetze, das Gelegenheitsverkehrs-Gesetz und das Kraftfahrliiniengesetz? Erstens einmal heißt es so schön, daß sich die alte österreichische Gewerbeordnung wieder im Verkehrsrecht durchsetzen soll. Allerdings wird das nicht durch Einbau in die österreichische Gewerbeordnung, sondern über den Weg eigener Verkehrsgesetze erreicht, wie wir es bei diesen Gesetzen sehen.

Wenn man diese Vorlagen studiert, kommt man darauf, daß die Verkehrsgesetze zum Teil den Modergeruch der Zunftgesetze atmen oder aber daß sie den Geist des unhaltbaren Untersagungsgesetzes enthalten. Ich möchte mich darüber nicht weiter auslassen. Über die Folgen des Untersagungsgesetzes gehen die Meinungen auseinander. Es ist klar —

3302 86. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 2. April 1952

und gerade jene Kreise, die immer von der freien Wirtschaft sprechen, müssen sich das sagen —, daß dieses Untersagungsgesetz nichts anderes ist als der Würgegriff an der Entwicklung der Volkswirtschaft. Auf die Dauer kann man aber das Wirtschaftsleben nicht erwürgen, man kann es auf die Dauer nicht einzwängen in mittelalterliche, zünftlerische Gedankengänge und Gesetze. Die Wirtschaft wird sich Bahn brechen, und das Untersagungsgesetz wird früher oder später durch die inneren Kräfte unserer Gesamtwirtschaft durchbrochen werden. Diese Verkehrsgesetze sind jedoch nichts anderes als eine zweite Auflage des unhaltbar gewordenen Untersagungsgesetzes.

Was sagt zum Beispiel das Gelegenheitsverkehrs-Gesetz? Welche Arten von Konzessionen haben wir auf diesem Gebiet? Der § 3 sagt es uns: Wir haben ein Ausflugswagen-Gewerbe, ein Stadtrundfahrten-Gewerbe, ein Kraftstellwagen- und Mietwagen-Gewerbe, ein Platzfuhrwerks-Gewerbe animalischer Natur, das Taxi-Gewerbe und ein Hotelwagen-Gewerbe. Da soll sich ein Mensch mit seinen gesunden fünf Sinnen auskennen! Die Behörde wird jetzt darauf zu sehen haben, ob nicht das Ausflugswagen-Gewerbe dem Stadtrundfahrten-Gewerbe ins Geschäft pfuscht, und umgekehrt muß das Taxi-Gewerbe wieder Obacht geben, ob ihm nicht das Hotelwagen-Gewerbe ins Geschäft pfuscht. Mit einem Wort: Wenn Sie dieses Verkehrsrecht wirklich aufmerksam studieren, werden Sie nur die Hände zusammenschlagen und sagen können: Höher geht's nicht mehr in der Verbürokratisierung des Rechts! Auskennen kann sich niemand. Mit einem Wort: Die ganzen Gesetze atmen, wie ich bereits ausführte, den Modergeruch einer längst vergangenen zünftlerischen Zeit!

Es ist ganz ausgeschlossen, daß man über diesen Weg die Wirtschaft ankurbelt. Im Gegenteil, man erstickt sie. Da nun die Zeiten des Hinaufnumerierens der Preise allmählich zu Ende gehen — alles geht eben einmal im Leben zu Ende, auch das Hinaufnumerieren der Preise (*Abg. Ing. Raab: Sehr brav!*) —, herrscht jetzt natürlich überall Besorgnis bei den privaten Verkehrsunternehmungen. Sie sagen sich: Jetzt müssen wir trachten, daß wir die Konkurrenz irgendwie ausschalten. Neu hinzutretende Konzessionäre könnten unser lukratives Geschäft stören — also müssen wir uns absondern. Wir müssen uns abschalten von jeder Konkurrenz, wir müssen trachten, daß unsere Verkehrsunternehmungen monopolartigen Charakter erhalten. Nur keine Konkurrenz! Das sprechen jene Kreise aus, die sonst immer laut und vernehmlich nach der freien Wirtschaft rufen.

Meine Damen und Herren! Das Fundament einer freien Wirtschaft bildet bekanntlich die Konkurrenz. Aber wenn man in Österreich von freier Wirtschaft sprechen hört, dann weiß man schon, was man darunter zu verstehen hat. Unter Ausschaltung der Konkurrenz meint man natürlich das Preisdiktat. Hunderte von Kartellen, monopolartigen Gebilden und ähnlichen Zusammenschlüssen haben wir in Österreich, damit die Preise nur ja hochgehalten werden. Wenn dabei schließlich auch die Kaufkraft der breiten Massen leidet und wenn dadurch zum Teil auch die Exportmöglichkeit Schaden nimmt, ist das gleichgültig, wenn nur diejenigen, die einmal die Konzession haben, vor jeder Konkurrenz schön geschützt sind. Ich glaube freilich, daß man mit dieser Art der freien Wirtschaft der freien Wirtschaft von dazumal eigentlich das Grab gräbt.

Soviel also über die freie Wirtschaft, soviel über die Stützungen, die in diesen Gesetzen im Interesse der privaten Verkehrsunternehmer enthalten sind. Ich kann mir lebhaft vorstellen, daß der Herr Präsident Raab hier unruhig wird, denn das, was er predigt, ist eigentlich alles eher als eine richtige freie Wirtschaft. Er meint unter der freien Wirtschaft das, was ich hier ausgeführt habe: das Diktat der Privatwirtschaft gegenüber den großen Kreisen der Konsumenten. Aber eine solche Privatwirtschaft hole der Teufel! Sie dient schließlich ja nur der Auspowerung der breiten Volksmassen. Auch hier muß man konsequent sein. Will man schon als alter Kapitalist der freien Wirtschaft das Wort reden, dann muß man auch die Konkurrenzwirtschaft auf allen Gebieten der kapitalistischen Wirtschaft gelten lassen. Aber das geschieht doch schon seit Jahrzehnten nicht mehr! Man spricht immer von der freien Wirtschaft, in Wirklichkeit schreitet die Kartellisierung, die Monopolisierung des Kapitals weiter. Von einer freien Wirtschaft von anno dazumal ist keine Rede mehr. Was von der freien Wirtschaft bleibt, ist nichts anderes als das Preisdiktat, die Auspowerung der breiten Volksmassen durch diese Preisdiktatoren.

Unter solchen Umständen werden Sie verstehen, meine Damen und Herren, daß der Linksblock diesem Gesetz nicht zustimmen kann.

Wenn man diesem Gesetz noch näher an den Leib rückt, dann erkennt man auch den Einfluß des De-facto-Parlaments in Österreich. Ich meine damit nicht das Hohe Haus hier, sondern die Bundeswirtschaftskammer in Wien und die Wirtschaftskammern in den Ländern. Das sind die De-facto-Parlamente. Dort werden eigentlich die Wirtschaftsgesetze zuerst

ausgedacht und ausgehandelt. Was sich dann hier abspielt, ist nichts anderes mehr als der Abdruck dessen, was man in diesen Büros der Bundeswirtschaftskammer und ihren Landesstellen ausgeheckt hat.

Natürlich hat die Bundeswirtschaftskammer bei der Ausarbeitung dieses Verkehrsgesetzes nicht vergessen, eine weitere Stärkung ihrer Position und die der Innungen einzubauen. Wir hätten nichts dagegen, wenn die Bundeswirtschaftskammern und die Innungen eine Einflußmöglichkeit auch auf dieses Gesetz suchen, aber wir wissen — und deswegen sind wir entschiedene Gegner dieser protektionistischen Wirtschaft —, daß man heute eine Konzession oder eine Gewerbeberechtigung nur mehr erhält, wenn man die nötige Protektion von oben hat. Da kann man ein noch so tüchtiger Handwerker sein, da kann man ein noch so tüchtiger Mensch sein, man bekommt keine Konzession, man bekommt keine Gewerbeberechtigung. Nicht das Können entscheidet auf diesem Gebiet, Herr Minister Raab, sondern die Protektion! Das ist die Wahrheit und ist die Feststellung, die man hier einmal treffen muß.

Das sind auch die Gründe, meine Damen und Herren, weshalb die Abgeordneten des Linksblocks diesen Verkehrsgesetzen ihre Zustimmung verweigern.

Abg. Krippner: Hohes Haus! Schon der Herr Berichterstatter zum Gelegenheitsverkehrs-Gesetz hat mit Recht darauf hingewiesen, daß dieses Gesetz und die damit in Zusammenhang stehenden Verkehrsgesetze nicht die einmütige Zustimmung der davon betroffenen Kreise, besonders der Verkehrsunternehmen, gefunden haben. Vor allem das Transportgewerbe hat eine nicht immer schmeichelhafte Kritik an diesen Gesetzen geübt. Die Autobusunternehmer, die Personenfuhrwerker und auch die Privatbahnen, die durch das Kraftfahrliengesetz verdrängt worden sind, nehmen mit Recht dagegen Stellung, daß ihre Wünsche nicht berücksichtigt worden sind. Auch die Kammer, die diese Privatunternehmen vertritt, fordert mit Recht, daß diese Unternehmen unter den gleichen Bedingungen zu arbeiten haben wie Bahn und Post und daß auch diese den gleichen Gesetzen unterworfen sein sollen. Außerdem muß verlangt werden, daß die Forcierung des Gelegenheitsverkehrs durch Bahn und Post eingeschränkt wird, da gerade beim Gelegenheitsverkehr der Expansionsdrang der Bahn und Post sehr groß ist und durch sie die privaten Unternehmen schwer geschädigt sind.

Es wird verlangt, daß die gleichen Bedingungen wie für Bahn und Post auch für die privaten Unternehmen zu gelten haben. Diese

Gleichstellung ist leider Gottes in diesem Gesetz nicht gelungen. Der Gelegenheitsverkehr der Bahn und Post hat noch die gleiche Vorzugsstellung, wie er sie im nationalsozialistischen Regime im Jahre 1939 erlangt hat. Es könnte doch für uns alle nur von Vorteil sein, wenn im redlichen Wettbewerb billige Verkehrsleistungen für die Bevölkerung erbracht werden.

Wenn man bedenkt, daß die Leistungen der Postkraftwagenbetriebe außerordentlich gestiegen sind und dennoch nicht die erwarteten finanziellen Erfolge gebracht haben, so muß man schon sagen, daß die Berücksichtigung der Wünsche des Transportgewerbes auch im staatsfinanziellen Interesse gelegen wäre. Vor 1938 betrug die Jahresleistung der Post 8 Millionen Wagenkilometer. Im Jahre 1950 waren es fast 52 Millionen Wagenkilometer, davon 2 Millionen Wagenkilometer allein im Gelegenheitsverkehr. Trotz dieser enormen Steigerung der Fahrtleistungen ist für das Jahr 1952 ein Defizit der Postkraftwagenbetriebe von 21·7 Millionen Schilling vorgesehen. Was würde man sagen, wenn die privaten Unternehmen, die Autobusbetriebe usw., ein gleich hohes Defizit hätten? Und wer würde sich bereit finden, dieses Defizit so zu decken wie bei der Bahn und Post, wo es durch unsere Steuergelder geschieht?

Von den Unternehmen wird auch Beschwerde geführt, daß nach § 9 bei den Ausflugsfahrten nicht einmal eine Fahrtunterbrechung gestattet wurde. Schwer verständlich ist auch, daß auf der einen Seite Bahn und Post diesem Gesetz nicht unterliegen, die örtlichen Bahn- und Postverwaltungen aber bei der Erteilung einer Konzession an Privatbetriebe mitreden dürfen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch auf die zunehmende Konkurrenz hinweisen, die den Autobus- und Taxiunternehmen in den größeren Städten durch die städtischen Autobusbetriebe gemacht wird. Welcher große Kreis von Kleingewerbetreibenden in Betracht kommt, geht daraus hervor, daß 88 Prozent dieser privaten Autobusunternehmen nur ein bis zwei Autobusse und nur 4 Prozent mehr als drei Autobusse besitzen. Ein kleiner Ausgleich wurde darin gefunden, indem im § 9 die Möglichkeit vorgesehen ist, daß ein solcher Unternehmer in einem Ausflugsort eine Tafel aufstellen und zum Beispiel darauf schreiben kann: 4 Plätze zu 8 S, 10 S, 15 S usw., und dadurch die Möglichkeit gegeben ist, daß das Taxigewerbe einigermaßen zu einem Geschäft kommt.

Es ist aber ein großes Unrecht und auch staatsfinanziell unklug, daß defizitäre Staatsbetriebe nicht eingeschränkt, sondern mit den

Steuergeldern der Wirtschaft weiter erhalten werden. Auf der einen Seite steigt das Defizit, und auf der anderen Seite werden nicht nur die steuerzahlenden Unternehmungen, sondern auch die Gesamtwirtschaft geschwächt.

Auch der Befähigungsnachweis für das Gewerbe ist gefordert worden. Dem konnte sich der Ausschuß nicht anschließen, weil das eine Entwertung der Konzession mit sich gebracht hätte und auch die Witwenbetriebe dadurch benachteiligt worden wären. Solche Witwen hätten, wenn sie nach dem Tode ihrem Manne im Betriebe nachgefolgt wären, bei einem Stande von nur ein oder zwei Taxis einen Geschäftsführer gebraucht, eventuell einen ihrer Chauffeure, dem sie dann mit ihren Betrieben vollständig ausgeliefert gewesen wären.

Ein Vorteil dieses Gesetzes ist, daß es die Unterstellung unter die österreichische Gewerbeordnung bringt. Das ist ein Vorteil, da die Befristung von Berechtigungen, wie sie nach den reichsrechtlichen Vorschriften bestanden hat, keine Investitionsmöglichkeit gegeben hat. Die Berechtigung wurde nur auf eine bestimmte Zeit erteilt, und dadurch war es den Unternehmern nicht möglich, teure Autobusse anzuschaffen oder eine Modernisierung des Kraftwagenparkes vorzunehmen. Ebenso ist auch für die Witwen und Hinterbliebenen von Kraftfahrern in der Form gesorgt worden, daß sie weiter im Besitze der Konzession bleiben.

Ferner ist jetzt die Ahndung von Übertretungen einheitlich geregelt. Es haben sich da große Erschwerungen dadurch ergeben, daß eine Doppelgeleisigkeit bestanden hat. Nun unterliegt der Gelegenheitsverkehr auch dem Rahmengesetz der österreichischen Gewerbeordnung, womit wieder ein Schritt zur Aufhebung aller reichsrechtlichen Vorschriften getan wurde.

Es wäre hoch an der Zeit, daß man daranginge, die restlichen reichsrechtlichen Vorschriften aufzuheben, soweit sie nicht mehr in die österreichische Gesetzgebung passen. Ich möchte nur das Reichsleistungsgesetz erwähnen, das bereits vor zwei Jahren hier der Gegenstand von Verhandlungen war. Damals wurde vom Parlament eine Resolution beschlossen, daß die Regierung dieses Reichsleistungsgesetz, wonach die Gemeinden und die Bezirkshauptmannschaften noch immer die Möglichkeit haben, willkürlich Wagen und andere Dinge aus irgendeinem Titel heraus zu beschlagnahmen, endlich aufheben möge. Ich würde daher nochmals bitten, daß die Regierung die Initiative ergreift, um das Reichsleistungsgesetz aus der Welt zu schaffen.

Es wurde auch die Forderung erhoben, daß endlich ein modernes Kraftfahrrecht geschaffen werde. Man spricht schon seit langem von einer Novellierung der Kraftfahrverordnung, und es wäre hoch an der Zeit, nicht nur eine Novellierung vorzunehmen, sondern überhaupt ein neues, ein modernes Kraftfahrrecht zu schaffen, das nicht nur den Fortschritt im Wagenbau, sondern auch im Straßenbau berücksichtigt. Die jetzige Kraftfahrverordnung, von der man nicht einmal genau weiß, ob sie Gesetz oder Verordnung ist, stammt ungefähr aus dem Jahre 1930. Es ist bekannt, welche Fortschritte der Wagenbau und der Straßenbau seit dieser Zeit gemacht haben.

Wenn ich vom Gelegenheitsverkehrs-Gesetz spreche, ist es auch angebracht, auf die Verkehrssicherheit in Wien hinzuweisen. Es ist ja schön und gut, wenn ein Verkehrssünder gleich beim Krawattl gepackt wird, auf die Roßauer Lände kommt und dort noch ganz warm dann seine 2000 S hinaufdividiert kriegt; denn der böse Autofahrer muß ja schließlich und endlich dafür bestraft werden, daß er die Straße benützt. Aber wenn er die Roßauer Lände verläßt und mit seinem Wagen über die Ecke fährt, stößt er auf jeden Fall auf das Verkehrshindernis, das noch aus der Fiakerzeit und der Linksfahrordnung stammt, eine Verkehrsinsel, die so ein schönes Kipfel bildet, über das man, wenn man bei Dunkelheit fährt, auf jeden Fall drüberfahren muß. Ich weiß nicht, wie viele Achsbrüche dieses Verkehrshindernis schon verursacht hat. Es wäre hoch an der Zeit, auch diese Verkehrsinseln, von denen es noch einige gibt, aus dem Weg zu räumen. Ich brauche nur auf die Augartenbrücke zu verweisen. Wenn man ein Stück weiterfährt, so kommt man gleich in der Mitte der Fahrtrichtung auf die große Verkehrsinsel — die ebenfalls unbeleuchtet ist, wie alle anderen —, weil sie mitten in der Fahrbahn ist und die Fahrbahn dort eine Linksknickung macht. Ebenso ist eine berüchtigte Verkehrsinsel beim Technischen Museum und ebenso auf der Hauptstraße über die Reichsbrücke bei der Kaiser-mühlen-Kreuzung. Wenn man schon nicht die Kosten aufbringen kann, diese Verkehrsinseln, die aus längst vergangener Zeit stammen, endlich einmal wegzuräumen, so wäre jedenfalls die Forderung zu erheben, daß man sie anständig beleuchtet.

Die Privatwirtschaft weiß, daß dieses Gesetz seinen wahren Zweck nur dann erfüllen wird, wenn erstens staatliche und Gewerbebetriebe unter gleichen Bedingungen zu arbeiten gezwungen sind und, die staatlichen Betriebe auch über den Erfolg ihrer Tätigkeit öffentlich

Rechnung zu legen haben. Dieses Gesetz erfüllt bestimmt nicht alle Wünsche der Privatwirtschaft. Es bringt aber jedenfalls eine wesentliche Verbesserung des bestehenden Zustandes. Deswegen stimmen wir auch für die Annahme dieses Gesetzes. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abg. Ebenbichler: Hohes Haus! Das in Behandlung stehende Gelegenheitsverkehrs-Gesetz liegt im Rahmen der in der Vorwoche beschlossenen Gesetze, wie zum Beispiel der Beförderungsteuernovelle usw. Es liegt im Rahmen des Konkurrenzkampfes Schiene — Straße.

Ich habe dazu in der Vorwoche meine Meinung geäußert und kann es mir ersparen, heute längere Ausführungen zu diesem Gesetz zu bringen. Insoweit das Gesetz bisherige reichsrechtliche Vorschriften ersetzt, ist ihm sicherlich die Zustimmung zu geben. Das bedeutet eine Vereinfachung und eine Klarstellung. Es sind aber verschiedene Momente in diesem Gesetz, die absolut abgelehnt werden müssen. Es ist sicherlich falsch — ich habe das in der Vorwoche wiederholt gesagt —, wenn man glaubt, daß man dem Konkurrenzkampf Schiene — Straße durch Maßnahmen auf dem Gebiete des Straßenverkehrs begegnen könnte. Das ist grundfalsch, und daher müssen wir hier immer wieder das Wort ergreifen und darauf hinweisen; denn wie in so vielem, was wir vor einem oder vor zwei Jahren gesagt haben, wird es auch hier sein, daß Sie nämlich in einem Jahr bestätigt finden werden, was ich heute sage: Sie können die Bundesbahnen nicht dadurch heilen, daß Sie dem Straßenverkehr, dem Verkehr der Zukunft in der Zeit der technischen Entwicklung, daß Sie diesem Teil der Wirtschaft, dem modernen Beförderungswesen, Auflagen erteilen.

Es ist interessant, daß in Westdeutschland bereits im Jahre 1948 die Sonderstellung der Bahn und der Post gebrochen wurde und daß in Westdeutschland Bahn und Post genau denselben Bestimmungen, genau denselben Gesetzen unterliegen wie die privaten Betriebe und Unternehmungen der Verkehrswirtschaft.

Man glaube nicht, daß dies bei uns anders ist. Aber diejenige Komponente unserer Koalitionsregierung, die bei allen diesen Gesetzen, die die Wirtschaft betreffen, immer wieder darauf bedacht ist, einen Schritt weiter in die Verstaatlichung zu machen oder zumindest wieder einen Schritt weiter den Weg für die Verstaatlichung zu ebnen, ist die stärkere und ihr wird nachgegeben.

Der Abs. 2 des § 1 zeigt wieder deutlich, daß Bahn und Post eine Ausnahmstellung genießen — zum Schaden der privaten Unternehmen und der privaten Wirtschaft.

Der § 4 bestimmt, daß die Konzession für eine bestimmte Art und Zahl von Fahrzeugen zu erteilen ist; er ist meiner Ansicht nach zu engherzig gefaßt.

Im § 5 Abs. 1 sehen wir wieder, daß ein Gesetz, das — ich habe das schon oft erwähnt — abgebaut werden und verschwinden soll, nämlich das Untersagungsgesetz, wieder verewigt und festgenagelt wird.

Der Wirtschaftstreibende, der fleißige, tüchtige Mann, ist sehr skeptisch, wenn er in einem Gesetz liest: „... und ein Bedarf nach der Gewerbeausübung sowie die Leistungsfähigkeit des Betriebes gegeben sind“. Ja, wer bestimmt denn dies? Entweder bestimmt dies die Konkurrenz in der privaten Wirtschaft oder die Staatswirtschaft. Noch mehr erschwert wird es, wenn dann sogar der Bundesbahn oder der Post auch noch das Recht eingeräumt ist, daß sie vor Vergebung einer Konzession zu hören sind. Es ist selbstverständlich, daß letzten Endes dann eine Behörde darüber entscheidet; das Gewicht des Staatsbetriebes ist natürlich ein stärkeres, und der Privatunternehmer wird dadurch weniger berücksichtigt. So stellt der Abs. 2 des § 5 eine weitere Einschränkung der Tätigkeit im Verkehrswesen dar.

Wir müssen daher feststellen, daß dieses Gesetz erstens den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, wie wir sie als Anhänger der privaten Wirtschaft auffassen, nicht genügend Rechnung trägt und es vor allem den verstaatlichten Betrieben erleichtert, sich noch weniger den Kopf darüber zu zerbrechen, wie sie ihre Defizitwirtschaft abzubauen haben.

Im Ausschuß wurde von einigen Abgeordneten darauf hingewiesen, daß es wenig zweckmäßig erscheint, in einem Gesetz, das Gelegenheitsverkehrs-Gesetz heißt, einen Abschnitt unterzubringen, der sich mit Änderungen der Gewerbeordnung, betreffend Seillifte, persönliche Dienstleistungen an öffentlichen Orten, wie Träger, Boten usw., das Rauchfangkehrergewerbe und die Polizeistunde, befaßt. Es scheint, daß sich diese Bedenken in der Zwischenzeit gelegt haben. Ich bin nicht ganz der Meinung; ich glaube, daß die Materie dadurch eher unübersichtlich geworden ist.

Wenn im § 16 unter dem Titel „Verfahren“ darauf hingewiesen wird, daß überdies die staatlich zuständige Post- und Telegraphendirektion zu hören ist, und zwar hinsichtlich der Konzession für das Platzfuhrwerks- und das Mietwagen-Gewerbe, so bestätigt das nur, was ich gerade früher erwähnt habe.

Wir sind der Meinung, daß man in der modernen Zeit, in der Zeit der modernen technischen Entwicklung die modernen Zweige der Wirtschaft fördern muß und nicht zu Gunsten veralteter oder zumindest nach alten

3306 86. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 2. April 1952

Methoden geführter Staatsunternehmen schädigen darf. (*Beifall beim KdU.*)

Abg. Dr. Migsch: Hohes Haus! Wenn man die Reden der beiden Abg. Elser und Ebenbichler gehört hat, dann weiß man genau, was man nicht tun durfte, um das Problem Schiene und Straße einer volkswirtschaftlich gesunden Regelung zuzuführen. Unsere Wirtschaftsstruktur weist zwei Sektoren auf: die Gemeinwirtschaft und die Privatwirtschaft. Wir Sozialisten stehen auf dem Standpunkt, daß in der gegenwärtigen Zeit ein volkswirtschaftlich gesundes, einverständliches Arbeiten beider Sektoren nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist.

Die vier Gesetze, von denen wir heute zwei beschließen und die anderen in der vergangenen Woche erledigt haben, bedeuten die Herstellung eines rechtlich und ökonomisch geregelten Verhältnisses für beide Teile. Ich glaube nicht, meine Damen und Herren, daß diese Rechtsformen die Konkurrenz zwischen Schiene und Straße unterbinden. Ich bin eher der Meinung, daß sie für beide Sektoren die gleichen Konkurrenzbedingungen herstellen. Das ist so, weil jede Bahn durch die Erhaltung des Bahnkörpers von Anfang an mit so hohen fixen Kosten belastet ist, daß eine Konkurrenz mit dem Kraftfahrverkehr auf der Straße in Wahrheit nicht gegeben war, weil diese Fahrmöglichkeiten dem Kraftwagenverkehr aus allgemeinen Steuermitteln bereitgestellt worden sind.

Jetzt wurde diese Ungleichheit behoben, Herr Kollege Ebenbichler und Herr Kollege Krippner! Weil sie behoben wurde, können sich beide Sektoren in einer gesunden Konkurrenz entwickeln und entfalten. Ich bedauere nur, daß es nicht möglich gewesen ist, einzelne Begriffe, die hier in dem Gelegenheitsverkehrs-Gesetz neu aufscheinen, klarer zu fassen. Uns Sozialisten erschien insbesondere eine genauere Abgrenzung des Ausflugsverkehrs von dem Reisebüro-Gewerbe notwendig. Die andere Seite konnte sich zu dem nicht entschließen.

Abschließend möchte ich nur bemerken: Wenn ein Fremder heute in unser Land kommt, fällt ihm vor allem das politische Gewitter auf, das in der Hauptsache auf dem wirtschaftlichen Himmel droht. Da zucken die Blitze hin und her, da wettet es. Und in der gleichen Zeit finden sich die Pole, die Vertreter der Privatwirtschaft mit den Vertretern der Gemeinwirtschaft, zusammen, um letzten Endes doch eine grundvernünftige Lösung des Zusammenwirkens beider Sektoren auf dem Verkehrsgebiete zu finden. (*Abg. Dr. Gasselich: Das ist dann das reinigende Gewitter!*) Aus diesem Grunde wird die SPÖ für die Gesetzesvorlagen stimmen.

Abg. Alois Gruber: Hohes Haus! Das zweite in Beratung stehende Gesetz ist ein würdiges Glied in der Kette der Maßnahmen, die man als geeignet betrachtet, das Verhältnis zwischen Schiene und Straße einer vernünftigen Regelung zuzuführen. Es ist von den Vorrednern schon darauf hingewiesen worden, daß eine vernünftige Lösung dieser Konkurrenz, die für beide Teile tragbar ist, nicht dadurch geschaffen werden kann, daß man sie gesetzlich regelt. Eine vernünftige Konkurrenzregelung zwischen den Betrieben des Staates, also der Post, einerseits und der Privatwirtschaft andererseits muß auf vernünftigen Konkurrenzbedingungen und nicht auf Gesetzen aufgebaut sein.

Das Kraftfahrlineiengesetz ist ein Gesetz, das die Beförderung von Personen auf Privatlinien regelt. Diese bedarf einer Konzessionsgenehmigung. Es ist interessant, daß zur Führung eines solchen Betriebes beziehungsweise zur Erlangung der Erlaubnis für die Führung eines solchen Betriebes eine Menge von Behörden und Instanzen zu befragen sind, die eine Beurteilung über die Notwendigkeit oder Dringlichkeit der Errichtung einer solchen Linie abzugeben haben. Falls sich alle befragten Instanzen und Ämter darüber klar sind, daß die Bedürfnisse vorherrschen, eine solche Linie zu eröffnen, dann liegt es noch immer im Ermessen einzelner Beamter, ob dem Bewerber die Konzession erteilt wird oder nicht. Angefangen von der Landesregierung über sämtliche Fachkammern, Post- und Eisenbahndirektion sind letzten Endes einzelne Beamte die entscheidenden Leute, die diese Konzessionserteilung zu verantworten haben — eine Bestimmung, die unserer Anschauung nach vollkommen undiskutabel ist und zu verschwinden hat.

Wenn sämtliche Instanzen bereits ihr Gutachten abgegeben haben, dann kann es nicht mehr im Ermessen des einzelnen liegen, ob dieses Ansuchen nun im positiven oder negativen Sinn erledigt wird.

Ich habe weiter schon im Ausschuß darauf hingewiesen, daß ein Bewerber, wenn er diesen dornenvollen Weg der Auskunftserteilung und Begründung glücklich hinter sich gebracht hat, vor der Tatsache steht, daß er dann erst in den Besitz einer begrenzten Konzession kommt. Es wäre nur recht und billig, in diesen Fällen die Konzession auf unbeschränkte Zeitdauer zu gewähren, damit das zu investierende Kapital unter allen Umständen in der Lage ist, sich zu amortisieren.

Weiters verstehen wir nicht, daß ein Konzessionsinhaber den Auftrag auszuführen hat, für die Post- und Telegraphendirektion unentgeltlich die Postbeförderung durchzuführen.

Das ist meiner Meinung nach eine Klausel in der Regierungsvorlage, die unverständlich ist. (*Abg. Hartleb: Sehr richtig!*) Nie würde es der Post einfallen, einem Privatunternehmer unentgeltlich Post zu befördern. Mit dem gleichen Recht kann auch der Privatunternehmer verlangen, daß er für seine erbrachte Leistung durch ein Entgelt entschädigt wird.

Eine interessante Bestimmung dieses Gesetzes besagt, daß Bewerber, die beabsichtigen, eine Kraftfahrlinie zu eröffnen, auch wenn alle zu befragenden Stellen der Meinung sind, daß diese Konzession beziehungsweise diese Linienöffnung richtig sei, die Erteilung der Konzession noch abgelehnt werden kann, wenn man der Ansicht ist, daß die zu befahrende Strecke nicht den Verkehrssicherheitsvorschriften entsprechend instandgesetzt ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben ja in der letzten Zeit Gelegenheit gehabt, uns über die verschiedenen steuerlichen Maßnahmen, die auch in diesen Sektor hineinreichen, eingehend zu unterhalten, und falls es dem einen oder anderen entgangen sein sollte, braucht er sich nur zu einer Tankstelle hinzustellen. Dort hört er genau und deutlich, was das Volk zu der Erhöhung der Steuer in der letzten Zeit spricht und was für eine Meinung es darüber hat. (*Abg. Probst: Das Volk — bei den Tankstellen?*)

Die Begründung, daß diese Gelder zur Instandhaltung und zum Ausbau des Straßennetzes verwendet werden, stellt ein Argument dar, dem man sich nicht verschließen kann. Aber unverständlich wird es dann, wenn es in der neuen Regierungsvorlage in einem Gesetzesabschnitt heißt, daß die Konzession dem Bewerber dann zu verweigern ist, wenn sich die Straßen nicht in einem die Verkehrssicherheit gewährleistenden Zustand befinden. Meine Damen und Herren! Wir wissen sehr genau, daß es gerade in den Gebirgstälern oft nicht gerade die besten und schönsten Straßen gibt, die zu den einzelnen entlegenen Siedlungen führen. Aber wir dürfen doch annehmen, daß ein Staat, der aus dem Betrieb des ganzen Kraftfahrwesens soviel Steuern herauspreßt, auch die Verpflichtung übernimmt, in diesen entlegenen Gebieten die Straßen so instandzusetzen, daß man mit ruhigem Gewissen mit einem Omnibus drüberfahren kann, und daß man nicht, wie es in dieser Vorlage geschieht, die Bewohner dieser abgelegenen Ortschaften weiterhin verurteilt, fünf und noch mehr Stunden bis zum nächsten Verkehrsknotenpunkt zu Fuß zu gehen, weil sie einmal Gelegenheit oder die Pflicht haben, zu einem Amt oder zu einer sonstigen Behörde zu fahren. (*Zwischen-*

rufe.) Solche Bestimmungen sind uns unverständlich. Das Argument, daß man in ein Bundesgesetz nicht die Bestimmung hineinnehmen kann, die Landesregierungen zu verpflichten, ihre Straßen in Ordnung zu halten, kann man wohl akzeptieren, auf keinen Fall aber kann man die Zustände, wie sie anscheinend — bitte auf Grund dieser Regierungsvorlage — teilweise noch bestehen, auch weiterhin so belassen. Da hat die Bundesregierung eben Maßnahmen zu treffen und die Landesregierungen anzuhalten, ihre Landesstraßen in Ordnung zu bringen. Ich habe das Gefühl, daß man an die Erstellung dieser Verkehrsgesetze, die das Problem Schiene — Straße nun bereinigen sollen, einigermaßen mit Sorglosigkeit herangegangen ist und sich im großen und ganzen nicht den Kopf darüber zerbrochen hat.

Ich habe mich, meine Damen und Herren, sehr gewundert, daß es in der Ausschusssitzung, bevor wir zur Abstimmung gekommen sind, auf einmal geheißen hat: Halt! Ein Antrag, der allerdings mündlich eingebracht worden ist, wäre noch zu berücksichtigen, und zwar handelt es sich um folgendes: Im § 11 Abs. 1 hieß es über die Führung von Witwenbetrieben usw., daß die Verpflichtung besteht, einen „Betriebsführer“ einzustellen. An allem anderen hat man eigentlich nicht Anstoß genommen, aber der „Betriebsführer“, der hat es unserer Koalition angetan! Man muß nun einen „Betriebsleiter“ nehmen.

Meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen folgendes: Ich sehe in dieser und in anderen Regierungsvorlagen zu dieser ominösen Bereinigung einen Würgegriff der Staatsautorität an der Privatwirtschaft, und ich bin der festen Überzeugung, daß das zur Stilllegung so manchen Privatbetriebes und damit zur Arbeitslosigkeit der dort beschäftigten Leute führt, und Sie, meine Herren, brauchen sich dann nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, ob das ein „Betriebsleiter“ oder ein „Betriebsführer“ ist, weil der Betrieb sowieso zugrunde gegangen ist und es gar nicht mehr notwendig ist, dort eine solche Autoritätsperson hineinzustellen.

Meine Damen und Herren! Das ist auch der Grund, warum ich mich als Arbeiter gegen dieses Gesetz ausspreche und warum der Klub der Unabhängigen zur Erkenntnis gekommen ist, daß solche Gesetze nicht geeignet sind, die gesamtwirtschaftliche Lage unserer verstaatlichten Industrie und der Bundesbetriebe einer besseren wirtschaftlichen Situation zuzuführen. (*Beifall beim KdU.*)

Bei der getrennt durchgeführten Abstimmung werden die beiden Gesetzentwürfe in

3308 86. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 2. April 1952

der Fassung der Ausschlußberichte in zweiter und dritter Lesung mit Mehrheit zum Beschluß erhoben.

Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage (499 d. B.): Bundesgesetz, betreffend die Zulässigkeit des Verbotes des Betretens von Gast- und Schankgewerbebetrieben durch bestimmte Personen (532 d. B.).

Berichterstatter **Reismann**: Hohes Haus! Der vorliegende Gesetzentwurf ersetzt lediglich eine deutsche Polizeiverordnung über das Wirtshausverbot aus dem Jahre 1939, Deutsches RGBI. I S. 2115, durch ein Bundesgesetz, entsprechend der österreichischen Verfassung. Mit diesem Gesetzentwurf wird bezweckt, daß auch in Hinkunft Maßnahmen gegen Gefahren, die der Allgemeinheit aus der Trunksucht drohen, getroffen werden.

Der Ausschuß hat dem Gesetzentwurf seine Zustimmung gegeben und beantragt lediglich, im Titel des Gesetzes die Worte „durch bestimmte Personen“ zu streichen.

Der Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform stellt den Antrag, dem vorliegenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf in der Fassung des Ausschlußberichtes in zweiter und dritter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.

Der 4. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage (511 d. B.): Bundesgesetz über die Schaffung von Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich (533 d. B.).

Berichterstatter **Geisslinger**: Hohes Haus! Ich will für mich den Ruhm in Anspruch nehmen, in der heutigen Sitzung der kürzeste Redner zu sein. (*Beifall und Heiterkeit.* — *Dr. Pittermann*: Welche Auszeichnung steht darauf?)

Am 4. November 1922 wurde in der Ersten Republik ein Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik geschaffen. Es hat noch Ehrenzeichen vom Roten Kreuz und Ehrenmedaillen für 40jährige treue Dienste gegeben. Im Zuge der Einführung der neuen deutschen Gesetze nach 1938 wurden diese Gesetze abgeschafft. Es hat sich nun die Notwendigkeit ergeben, wieder eine solche Institution zu schaffen.

Ich beantrage auf Grund der Ausschlußberatungen, die Vorlage annehmen zu wollen, und beantrage — hoffentlich nur platonisch —, die General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident **Dr. Gorbach**: Der Antrag des Herrn Berichterstatters ist platonisch. (*Heiterkeit.*)

Berichterstatter **Geisslinger** (*fortsetzend*): Was ich mit Freude feststelle. Ich bitte, der Vorlage in der Form, wie sie Ihnen vorliegt, die Genehmigung zu erteilen.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf in der Fassung des Ausschlußberichtes in zweiter und dritter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.

Präsident **Dr. Gorbach**: Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich ein für morgen, Donnerstag, 3. April, 12 Uhr mittag. Die Tagesordnung ist bereits ausgegeben.

Nach der morgigen Haussitzung tritt der Hauptausschuß zusammen.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 30 Minuten